



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

**Sicherheits- und verteidigungspolitisches
Meinungsklima in der
Bundesrepublik Deutschland**

Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung
2016

Markus Steinbrecher
Heiko Biehl
Chariklia Höfig
Meike Wanner

Forschungsbericht 114

Dezember 2016

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, D-14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: zmsbwmilitaersociologie@bundeswehr.org

Internet: www.zmsbw.de

© ZMSBw

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick	6
3	Methodisches Design der Studie	11
4	Subjektive Sicherheit.....	15
5	Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands	29
6	Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr	47
7	Verteidigungspolitisches Wissen	62
8	Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit	82
9	Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr	92
10	Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr	104
11	Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr.....	113
12	Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr	119

1 Einleitung

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat im II. Quartal 2016 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durchgeführt. Diese Studie wird seit 1996 regelmäßig realisiert und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar.

Zentrale Themenstellungen der Befragung waren das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr sowie zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst. Zudem enthält die Befragung einige Fragen zum verteidigungspolitischen Wissen der Bürgerinnen und Bürger (vgl. Kapitel 7 für ausführlichere Informationen).

Das Studienkonzept, die Ausschreibungsunterlagen und der Fragebogen der Bevölkerungsbefragung 2016 wurden am ZMSBw erarbeitet. Wesentliche Ziele waren einerseits die Fortführung bereits seit langem erhobener Fragen und Fragebatterien sowie andererseits die Berücksichtigung zentraler Konzepte aus der Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen. Die Daten der aktuellen Befragung wurden im Zeitraum vom 17. Mai bis 19. Juni 2016 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben. Befragt wurden 2 295 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben. (vgl. Kapitel 3 für weitere Angaben zum methodischen Design) Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch Ipsos erhielt das ZMSBw am 1. Juli 2016 den vorläufigen Datensatz. Am 5. Juli 2016 wurde der mit diesen Daten erstellte Kurzbericht dem Bundesministerium der Verteidigung zur internen Auswertung vorgelegt.

Für die vorliegende ausführliche Version des Berichts wurden die Daten umfassend auf Konsistenz, Validität und Reliabilität getestet und zudem die offenen Fragen ausgewertet. Auf dieser Basis können Befunde und ausführliche empirische Analysen der Befragung 2016 präsentiert und – wo möglich – der Verlauf der sicherheitspolitischen Einstellungen über die letzten Jahre hinweg aufgezeigt werden. Im Gegensatz zum am

28. November 2016 auf der Webseite des ZMSBw (www.zmsbw.de) veröffentlichten Kurzbericht dient diese Fassung des Berichts nicht nur zur Dokumentation der erhobenen Daten und zeitnahen ministeriellen Information. Vielmehr wird in den verschiedenen Kapiteln mit Hilfe bivariater und multivariater Verfahren untersucht, wie bestimmte Einstellungsmuster und zeitliche Veränderungen zu erklären sind. Das ZMSBw wird sich zudem in weiteren Analysen und Publikationen detaillierter mit Fragestellungen und Problemen beschäftigen, die in diesem Bericht nur angerissen werden können. In diesem Zusammenhang sei bereits auf den Sammelband „Freiheit vs. Sicherheit“ (Arbeitstitel) hingewiesen, der im Laufe des Jahres 2017 erscheinen wird.

2 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

4. Subjektive Sicherheit

- Die Wahrnehmung von Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit ist bei den Bürgerinnen und Bürgern verhältnismäßig ausgeprägt. Es spielen vor allem Bedrohungen eine wichtige Rolle, die in Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise stehen.
- Bedrohungswahrnehmungen determinieren entscheidend das Sicherheitsgefühl auf der persönlichen, nationalen und globalen Referenzebene. Daher ist das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung derzeit im Vergleich zu den Vorjahren (national) bzw. zum Vorjahr (weltweit) relativ hoch. Überraschenderweise trifft dies nicht für das persönliche Sicherheitsgefühl zu.
- Verglichen mit den Vorjahreswerten fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger, trotz gestiegener sicherheitspolitischer Bedrohungswahrnehmungen, persönlich sicherer. Gleichwohl lässt sich jedoch vermuten, dass das Unsicherheitsempfinden in der Bevölkerung weiter ansteigen wird, sollte sich die sicherheitspolitische Lage und damit militärische und sicherheitspolitische Bedrohungen in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger künftig weiter verschärfen.

5. Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

- Hinsichtlich der Einstellung zu Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik bestätigen sich die Befunde aus vorangehenden Studien: Die Deutschen sind kritisch gegenüber Krieg als Mittel der Politik, sind klar für eine Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern und Bündnispartnern und möchten, dass sich ihr Land in die internationale Politik einmischt.
- Über Einsätze der Bundeswehr sollte nach Ansicht eines großen Teils der Bürger der Bundestag entscheiden. Im Verhältnis zu Russland zeigt sich Sorge vor einer Neuauflage des Kalten Krieges. Wirtschaftssanktionen und Truppenverstärkungen der NATO in Osteuropa finden allerdings keine mehrheitliche Unterstützung.
- Bei all diesen politischen Einstellungen zeigen sich besonders große Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlichen Parteipräferenzen sowie zwischen Ostdeutschen und den Bewohnern der anderen Regionen des Landes.

6. Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

- Wie in den Vorjahren bestätigt sich das hohe Renommee, das die Bundeswehr bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt. Alle verwendeten Indikatoren weisen in dieselbe Richtung: Die Streitkräfte werden positiv bewertet, sind angesehen und erfahrenen Vertrauen.
- Das hohe Ansehen geht quer durch die gesellschaftlichen Gruppen. Geringere Zustimmung erfährt die Bundeswehr von Anhängern der AfD und der Linken sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die dem politischen System ohnehin mit Vorbehalten begegnen.
- Eigene Erfahrungen als Soldatin oder Soldat stärken das Ansehen. Insbesondere sind es aber Kontakte, Begegnungen und Berichte mit bzw. über die Streitkräfte, die positive Bewertungen determinieren. Insofern ist insgesamt von einer Verstetigung des hohen Ansehens auch nach dem Ende der Wehrpflicht auszugehen.

7. Verteidigungspolitisches Wissen

- Für die sechs verteidigungspolitischen Wissensfragen zeigt sich eine klare Hierarchie hinsichtlich des Kenntnisstandes der Bürgerinnen und Bürger. Fast jeder Befragte kennt die Bundesministerin der Verteidigung. Mehr als zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung wissen über die Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr sowie die Notwendigkeit der Zustimmung des Bundestages zu Auslandseinsätzen Bescheid.
- Etwas mehr als ein Drittel kann die hauptsächlich mit dem UNIFIL-Einsatz befasste Teilstreitkraft Marine richtig benennen. Die Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sowie die Gesamtstärke der Bundeswehr kann maximal von einem Fünftel der Befragten korrekt genannt werden.
- Das verteidigungspolitische Wissen liegt in der Bevölkerungsbefragung 2016 etwa auf dem Niveau des Wissens zu anderen politischen Fragen in Deutschland. Es zeigen sich vielfältige Zusammenhänge zwischen verteidigungspolitischem Wissen und Einstellungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

8. Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

- Die Bundeswehr wird von den Bürgerinnen und Bürgern vor allem über die Massenmedien (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften) wahrgenommen. Persönliche Gespräche oder Begegnungen im Alltag spielen nur für ein Viertel der Be-

völkerung eine Rolle. Interessanterweise ist aber der Eindruck bei persönlichen Begegnungen deutlich besser als in Berichten der Medien.

- Das Meinungsbild dazu, ob die Bundeswehr genug dafür tut, mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, ist geteilt. 2016 sind nur 41 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundeswehr genug tut, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine deutliche Abnahme um 18 Prozentpunkte. Mit 40 Prozent sind fast genauso viele Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, dass sich die Bundeswehr nicht ausreichend bemüht, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.
- Als Möglichkeiten zur Verbesserung des Verhältnisses zur Gesellschaft werden vor allem Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz angeführt. Dementsprechend hat es die Bundeswehr zumindest teilweise selbst in der Hand wie eng sie mit den Bürgerinnen und Bürgern verbunden bleibt.

9. Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

- Die Bundeswehr wird von 68 Prozent der Befragten als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen angesehen.
- Viele würden Freunden, Bekannten und Verwandten die Streitkräfte als Arbeitgeber empfehlen.
- An konkrete Werbemaßnahmen kann sich allerdings ein Großteil der Befragten nicht erinnern. Die größere Bekanntheit in der besonders relevanten Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen spricht aber für eine gewisse Wirkung der vielfältigen Werbemaßnahmen der Bundeswehr.

10. Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

- Es zeigt sich bei den Deutschen eine mehrheitliche Unterstützung sowohl für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben als auch für eine Erhöhung der Personalstärke der Bundeswehr. Damit verstetigt sich der in den letzten Jahren zu verzeichnende Trend wachsender Zustimmung.
- Zwischen den soziodemografischen Gruppen zeigen sich in der Regel lediglich geringfügige Unterschiede in den Präferenzen zur Personalstärke bzw. zur Höhe des Verteidigungshaushalts. Lediglich bei Anhängern der Linken und bei Bürgerinnen und Bürgern ohne Parteipräferenz spricht sich deutlich weniger als die Hälfte der

Befragten für eine Vergrößerung der Streitkräfte bzw. für eine Erhöhung der Personalstärke aus.

- Die multivariaten Modelle zur Erklärung der beiden Präferenzen stellen die besondere Bedeutung allgemeiner Einstellungen zur Bundeswehr heraus. Allerdings sind auch sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen relevant.

11. Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

- Die Bundeswehr sollte nach Auffassung der Bevölkerung mit zahlreichen Aufgaben betraut werden. Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands bzw. deutscher Staatsbürger auszeichnen oder dem Schutz und der Verteidigung von Bündnispartnern sowie der Antiterrorbekämpfung dienen.
- Ein Vergleich der Zustimmungswerte mit denen des Jahres 2015 zeigt, dass Hilfsaufgaben vermehrten Zuspruch erfahren. Auch finden Aufgaben stärkere Unterstützung, die sich auf die Bündnisverpflichtung und Bündnissolidarität Deutschlands beziehen.
- Die Bevölkerung befürwortet mehrheitlich zahlreiche Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren. Am stärksten unterstützt werden Inlandseinsätze, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (90 Prozent) und um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (86 Prozent).

12. Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

- Die Einsätze der Bundeswehr, die im Jahr 2016 am stärksten befürwortet werden, sind der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Flüchtlingshilfe (66 Prozent), der EUTM-Einsatz in Mali zur medizinischen Versorgung und zur Ausbildung malischer Sicherheitskräfte und Sanitäter (50 Prozent) sowie der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (47 Prozent). Insgesamt zeigt sich, dass die Deutschen sich am ehesten für ein Bundeswehrengagement bei den Einsätzen ausspricht, die als Hilfeinsätze wahrgenommen werden oder die der Terrorismusbekämpfung dienen.
- Im Jahr 2016 geben nur 22 Prozent der Bundesbürger an, dass sie sich gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, 41 Prozent sagen teils/teils, und 35 Prozent bezeichnen den eigenen Informationsstand als schlecht. Im Ver-

gleich zum Vorjahr ist der wahrgenommene Informationsstand der Bundesbürger rückläufig. Auch die spezifische Selbsteinschätzung zu den einzelnen Einsätzen ist gering.

- Die Ergebnisse der bivariaten und multivariaten Analysen unterstreichen die Relevanz von Information und Kommunikation zu den Einsätzen für deren Akzeptanz. Personen, die sich besser informiert fühlen, bewerten die Einsätze durchweg deutlich positiver. Ist es gewollt, dass die Engagements der Bundeswehr auf breiten gesellschaftlichen Zuspruch treffen, dann sollte über diese daher stärker und besser informiert werden.

3 Methodisches Design der Studie

Chariklia Höfig

In der durch das ZMSBw (bis Ende 2012: SOWI) jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996 ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderung der gemessenen Einstellungen zu treffen.¹ In Tabelle 3.1 sind die Themenbereiche bzw. Items der diesjährigen Befragung aufgelistet.

Tabelle 3.1: Themen der Studie, Teil 1

Subjektive Sicherheit
<ul style="list-style-type: none">• Subjektives Sicherheitsgefühl (3 Items)• Sozioökonomische, ökologische und sicherheitspolitische/militärische Bedrohungen (16 Items)
Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none">• Persönliche Einstellung und Wichtigkeit (3 Items, davon 1 offen)• Ansehen der Bundeswehr und Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (4 Items)• Leistungen, Ausrüstung, Einbindung in die Gesellschaft, öffentliches Auftreten und Ausbildung der Bundeswehr (6 Items)• Institutionenvertrauen (17 Items)• Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items)
Verteidigungspolitisches Wissen
<ul style="list-style-type: none">• Wissen zur Bundeswehr (6 Items, davon 2 offen)
Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit
<ul style="list-style-type: none">• Wahrnehmung Bundeswehr (15 Items)• Kontakt der Bundeswehr zur Gesellschaft (3 Items, davon 1 offen)
Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none">• Attraktivität Arbeitgeber Bundeswehr (6 Items)• Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr (3-4 Items)
Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands
<ul style="list-style-type: none">• Internationale Verantwortung Deutschlands (2 Items)• Außen- und sicherheitspolitische Mittel (10 Items)• Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen und -fragen (14 Items)• Einstellungen zum Verhältnis zu Russland (6 Items)

¹ Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatebene der Gesamtheit aller Befragten (ähnlich eines Trenddesigns). Ausführlicher zu Forschungsdesigns der quantitativen Sozialforschung: Stein (2014).

Tabelle 3.1: Themen der Studie, Teil 2

Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none">• Höhe der Verteidigungsausgaben (1 Item)• Personalumfang der Bundeswehr (1 Item)
Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none">• Aufgabenbereiche der Bundeswehr (12 Items)• Aufgabenbereiche der Bundeswehr in Deutschland (6 Items)
Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
<ul style="list-style-type: none">• Bekanntheit Auslandseinsätze (9 Items)• Unterstützung Auslandseinsätze (9 Items)• Bewertung Informationsarbeit Auslandseinsätze (1 Item)
Eigenschaften der Befragten
<ul style="list-style-type: none">• Soziodemografische Merkmale (11-15 Items)• Parteipolitische Orientierung (2 Items)• Militärische Sozialisation bzw. Bindung (5-6 Items)• Verteidigungspolitisches Interesse (2 Items)• Interne verteidigungspolitische Efficacy (4 Items)• Mediennutzung (1 Item)

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, so dass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler zu bestimmen.² Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, welches den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 3.2). Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points (Gebiet Deutschlands in etwa 53 000 Flächen unterteilt) abgegrenzt, daraus anschließend Haushalte

² Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit. Ausführlicher zu Stichprobe und Grundgesamtheit: bspw. Bortz (1999, Kapitel 3); Schnell/Hill/Esser (2005, Kapitel 6).

nach dem Random-Route-Prinzip³ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁴ ausgewählt.

Tabelle 3.2: Vertrauensintervall für Stichproben

Anteilswert des Merkmals (p)	Stichprobenumfang (n)									
	100	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2500
5	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0
10	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
15	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
20	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
25	10,0	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
30	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
35	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
40	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
45	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
50	11,6	7,3	5,2	4,2	3,7	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
55	11,5	7,3	5,2	4,2	3,6	3,3	3,0	2,8	2,6	2,3
60	11,4	7,2	5,1	4,1	3,6	3,2	2,9	2,7	2,5	2,3
65	11,1	7,0	4,9	4,0	3,5	3,1	2,9	2,6	2,5	2,2
70	10,6	6,7	4,8	3,9	3,4	3,0	2,7	2,5	2,4	2,1
75	10	6,4	4,5	3,7	3,2	2,8	2,6	2,4	2,2	2,0
80	9,3	5,9	4,1	3,4	2,9	2,6	2,4	2,2	2,1	1,9
85	8,3	5,2	3,7	3,0	2,6	2,3	2,1	2,0	1,9	1,7
90	7,0	4,4	3,1	2,5	2,2	2,0	1,8	1,7	1,6	1,4
95	(5,1)	3,2	2,3	1,8	1,6	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0

Anmerkung: In der Tabelle sind die Fehlerspielräume der Merkmalsanteile mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 Prozent ($z_{0,95} = 1,645$) angegeben. Werte in Klammern sind empirisch nicht möglich, da Anteilswerte nicht kleiner als 0 bzw. nicht größer als 100 sein können.

Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2 500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit im Bereich von 23 (25 – 2) bis 27 Prozent (25 + 2).

Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen: $P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1 - p)}{n}}$

³ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁴ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durchgeführt.⁵ Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa 5 Wochen (17. Mai bis 19. Juni 2016) 2 295 Nettointerviews durch erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die erhobenen Daten wurden durch Ipsos im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet⁶ (vgl. Tabelle 3.3), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

Tabelle 3.3: Grundgesamtheit und Stichprobe

Angaben in Prozent			
	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		Gewichtet	Ungewichtet
Geschlecht			
Männer	49	49	48
Frauen	51	51	52
Alter			
16 bis 19 Jahre	5	5	5
20 bis 29 Jahre	14	14	13
30 bis 39 Jahre	14	14	14
40 bis 49 Jahre	18	18	18
50 bis 59 Jahre	18	18	18
60 bis 69 Jahre	13	13	14
70 Jahre und älter	18	18	18
Bildungsabschluss			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	29	29	23
Realschulabschluss	32	32	42
Hauptschulabschluss oder niedriger	39	39	35
Region			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	16	16	16
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	20	20	21
Süddeutschland (BW, BY)	29	29	28
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	35	35	35

Anmerkung: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Mediaanalyse (ma) aus dem Jahr 2016; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

⁵ Die Autorinnen und Autoren des Forschungsberichts standen während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos.

⁶ Die Gewichtungsfaktoren reichen dabei von 0,158 bis 5,091 ($\bar{x}=1,213$; $sd=0,579$). Zu Gewichtung von Umfragedaten ausführlicher bspw. Diekmann (2013: 427-431).

4 Subjektive Sicherheit

Chariklia Höfig

Sicherheit ist ein wesentliches Grundbedürfnis des Menschen (Maslow 1943). Folglich sind die Sicherheit und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger als zentrale Wertebegriffe in unserer Gesellschaft und als Kernaufgabe der Bundeswehr fest verankert. Im sicherheitspolitischen Diskurs wird der Begriff der Sicherheit sehr unterschiedlich verwendet und vielfach diskutiert. Der Worterkunft nach beschreibt Sicherheit (lat. „securus“ bzw. „securitas“) einen Zustand „ohne Sorge“ bzw. der „Sorglosigkeit“ (Brunner 1984). Diese Negativbestimmung des Terminus, also das Fehlen von Sorgen oder Bedrohungen, findet sich ebenfalls in zahlreichen Arbeiten zum Sicherheitsbegriff wieder. Im Wörterbuch zur Sicherheitspolitik wird Sicherheit beispielsweise definiert als ein „Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam vor ihnen geschützt sehen [...]“ (Meier/Nelte/Huhn 2008: 410). Deutlich wird an dieser Stelle der dem Sicherheitsbegriff zugeschriebene konstruierte Charakter, wonach (Un-)Sicherheit individuell empfunden und keine, aus der realen Sicherheitslage resultierende, objektive Tatsache ist. Diese Auffassung findet sich ebenso in zahlreichen neueren Sicherheitsdiskursen wieder, in denen immer wieder über die Unterscheidung von objektiver bzw. objektivierter und subjektiver Sicherheit sowie über die Legitimität des Einflusses letzterer auf realpolitische Entscheidungen diskutiert wird (z.B. Armbrorst 2014; Daase 2012; Gusy 2010; Haverkamp 2014; Noll 1994). Empirische Arbeiten verweisen in diesem Zusammenhang auf die häufige Diskrepanz zwischen objektiver Sicherheit (Statistiken) und subjektiv wahrgenommener Sicherheit in der Bevölkerung (bspw. Gigerenzer 2013; Windzio et al. 2007: 19f.).⁷

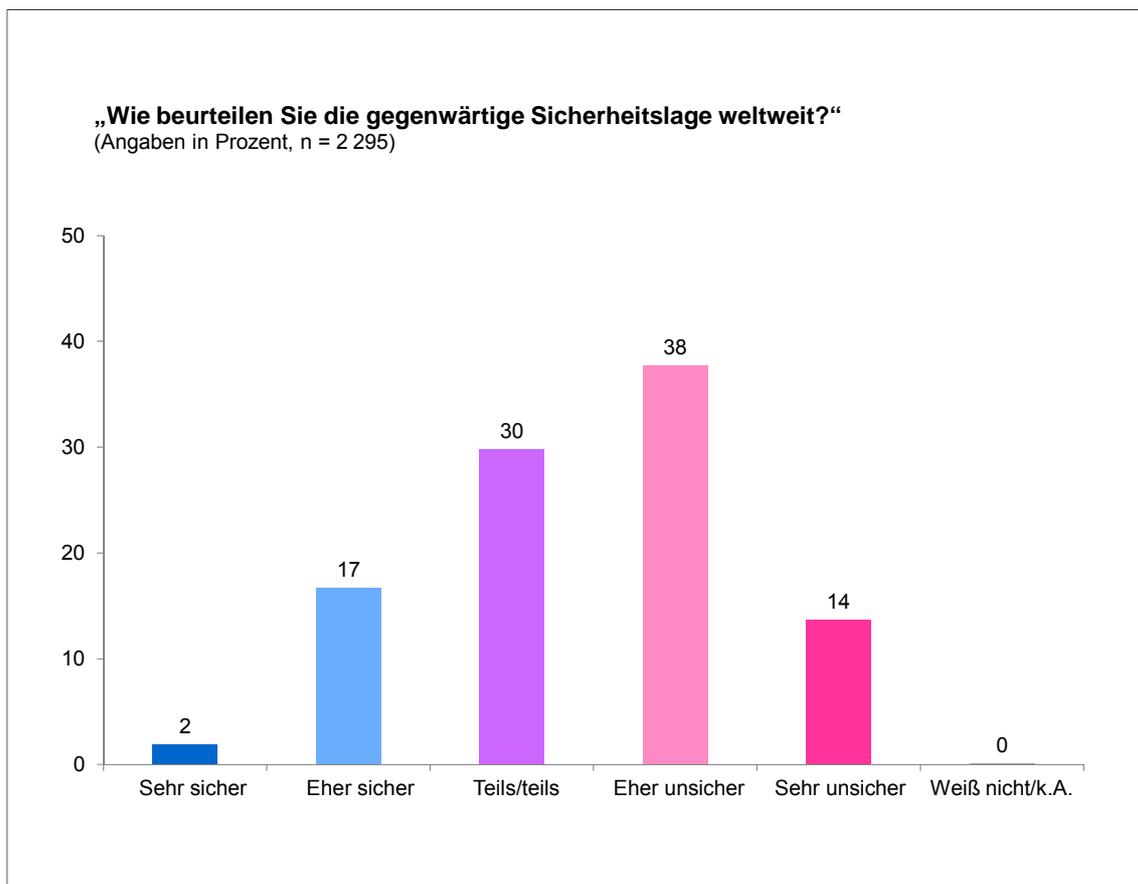
Sicherheitsempfinden

Da es in der vorliegenden Studie um das sicherheitspolitische Meinungsklima in der deutschen Bevölkerung geht, wurde in der Bevölkerungsbefragung Letzteres, also die subjektiv empfundene Sicherheit gemessen. Analog zum sozialpsychologischen Verständnis von Einstellung (bspw. Arson/Wilson/Akert 2008: 194-199) wird angenommen, dass die subjektive Einschätzung von Sicherheit eine affektive, eine kognitive und eine Verhaltenskomponente besitzt (Hummelsheim/Oberwittler 2014: 56). Davon aus-

⁷ Windzio und Kollegen (2007) finden bspw. erhebliche Unterschiede zwischen der polizeilichen Kriminalitätsstatistik und der Kriminalitätswahrnehmung in der Bevölkerung.

gehend, dass Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen der affektiven und Risikowahrnehmungen der kognitiven Dimension von Sicherheit zugeschrieben werden können, konzentrieren sich die folgenden Analysen auf die gefühlsmäßige Komponente von Sicherheit (Krasmann et al. 2014: 32). Analog zu einschlägigen Forschungsarbeiten (bspw. Huddy et al. 2002; Pötzschke 2016; Sjöberg 2000) wird dabei zwischen der persönlichen, der gesellschaftlichen bzw. nationalstaatlichen und globalen Dimension von Sicherheit unterschieden.

Abbildung 4.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage

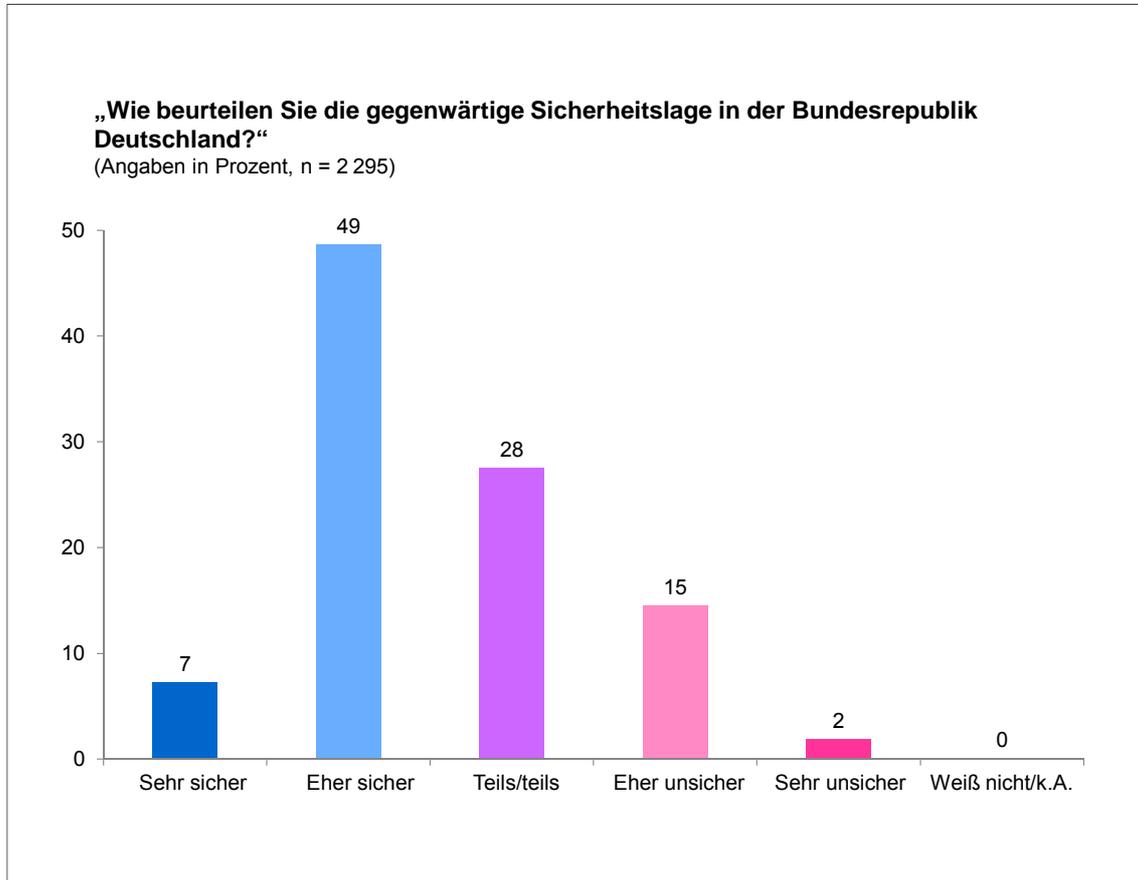


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die weltweite Sicherheitslage wird durch die Bürgerinnen und Bürger differenziert wahrgenommen (vgl. Abbildung 4.1). Nur etwa zwei von zehn Befragten bewerten die globale Lage als sehr sicher (2 Prozent) oder eher sicher (17 Prozent), etwa die Hälfte meint, die Lage sei eher unsicher (38 Prozent) oder sehr unsicher (14 Prozent). Drei von zehn Befragten sind geteilter Meinung. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, wird die globale Sicherheitslage deutlich unsicherer eingeschätzt. Da-

bei ist vor allem der Anteil an Befragten, die die Lage als eher unsicher empfinden, angestiegen.⁸

Abbildung 4.2: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

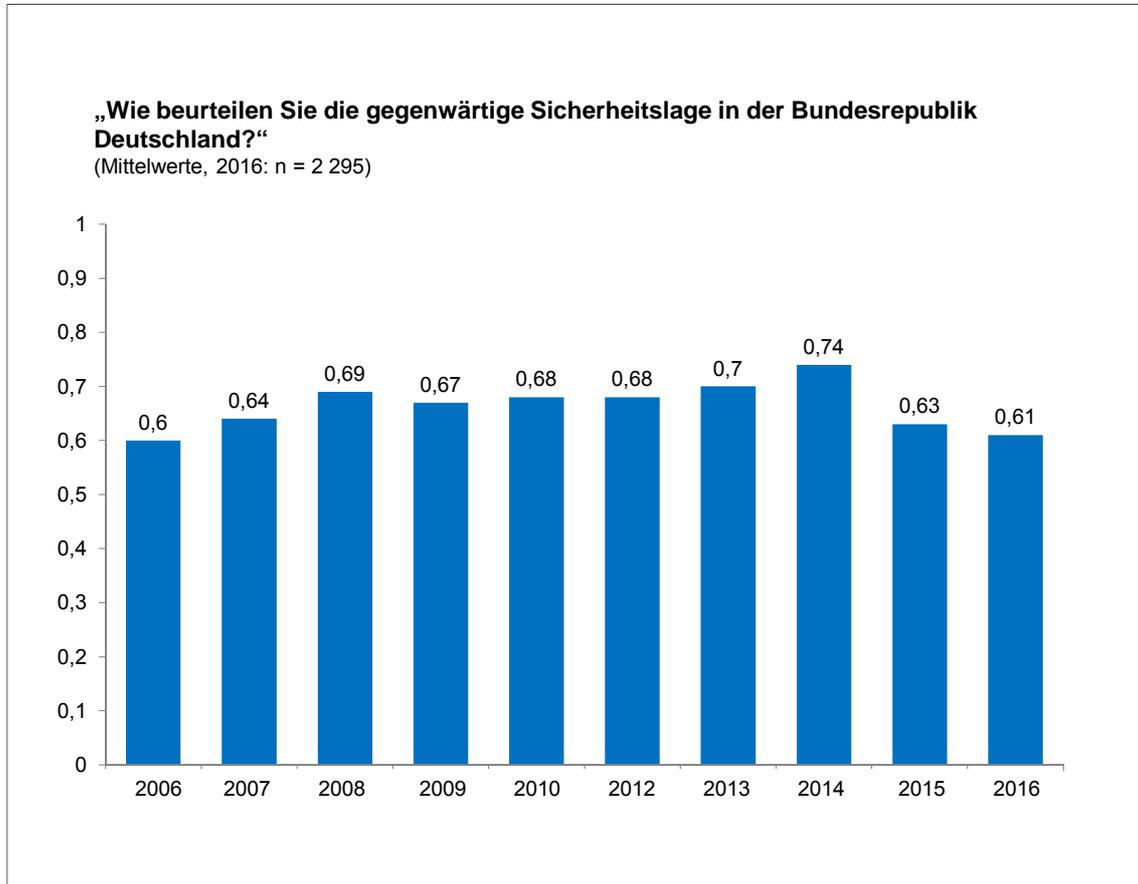
Im Vergleich zur weltweiten Lage wird die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bürgerinnen und Bürger sicherer eingeschätzt (vgl. Abbildung 4.2). Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (49 Prozent) oder sehr sicher (7 Prozent). Im Kontrast dazu meinen 15 Prozent der Bundesbürger, die Lage sei eher unsicher bzw. sehr unsicher (2 Prozent). 28 Prozent der Befragten schätzen die Lage im eigenen Land als teils sicher/teils unsicher ein.

In Abbildung 4.3 ist dargestellt, wie sich die Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitverlauf verändert haben. Zum ersten Mal wurde diese Frage in der Bevölkerungsbefragung 2006 ge-

⁸ Veränderungen im Vergleich zur Bevölkerungsbefragung 2015: „Sehr sicher“ -3 Prozentpunkte, „Eher sicher“ -7 Prozentpunkte, „Teils/teils“ -1 Prozentpunkt, „Eher unsicher“ +15 Prozentpunkte, „Sehr unsicher“ -3 Prozentpunkte.

stellt. Da die Antwortvorgaben seit der Befragung 2014 von sechs auf fünf Skalenpunkte reduziert wurden, sind in der Grafik Mittelwerte abgebildet.

Abbildung 4.3: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich



Anmerkungen: Wertebereich von 0 „Sehr unsicher“ bis 1 „Sehr sicher“. Antwortmöglichkeiten 2006-2013: 6-stufig, „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ sowie entsprechend positive Antwortmöglichkeiten; ab 2014: 5-stufig, „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“, „Teils/teils“, „Eher sicher“ und „Sehr sicher“. 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

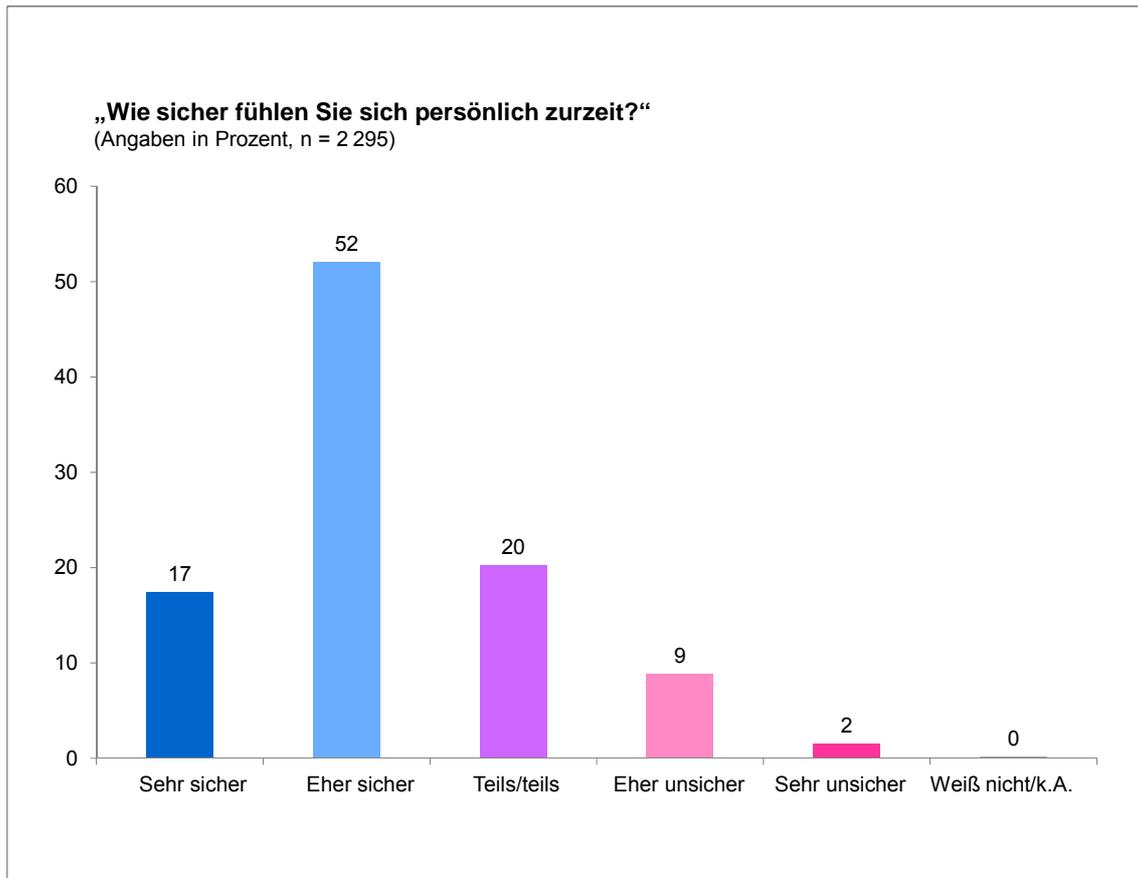
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2006–2016.

Um die Werte der verschiedenen Jahre mithilfe des Lagemaßes Mittelwert⁹, trotz unterschiedlicher Antwortskala, miteinander vergleichbar zu machen, wurden die Antworten auf einen gemeinsamen Wertebereich von 0 („Sehr unsicher“) bis 1 („Sehr sicher“) umkodiert. Ein höherer Mittelwert im Vergleich zum Vorjahr deutet daher auf ein gestiegenes Sicherheitsgefühl hin, ein geringerer Mittelwert signalisiert die Zunahme von Unsicherheit. Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich das subjektive Sicherheitsempfinden in

⁹ Da der Wertebereich der Items der verschiedenen Erhebungen auf [0;1] vereinheitlicht wurde, ist der Mittelwert zum Vergleich im Zeitverlauf seit 2006 besser geeignet als der Vergleich von einzelnen Antworthäufigkeiten. Da im Vorjahr die gleiche Antwortskala verwendet wurde, kann man die Antwortverteilungen (Veränderungen der Prozentpunkte) zusätzlich direkt miteinander vergleichen.

Bezug auf die gegenwärtige Sicherheitslage in Deutschland mit einem Mittelwert von 0,61 im Vergleich zum Vorjahr nicht signifikant verändert hat. Bei detaillierter Betrachtung der einzelnen Antwortverteilungen aber zeigt sich, dass es in diesem Jahr weniger Befragte gibt, die die Lage als sehr sicher einschätzen (-8 Prozentpunkte) und dafür mehr, die sie als eher sicher (+9 Prozentpunkte) bewerten.

Abbildung 4.4: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage



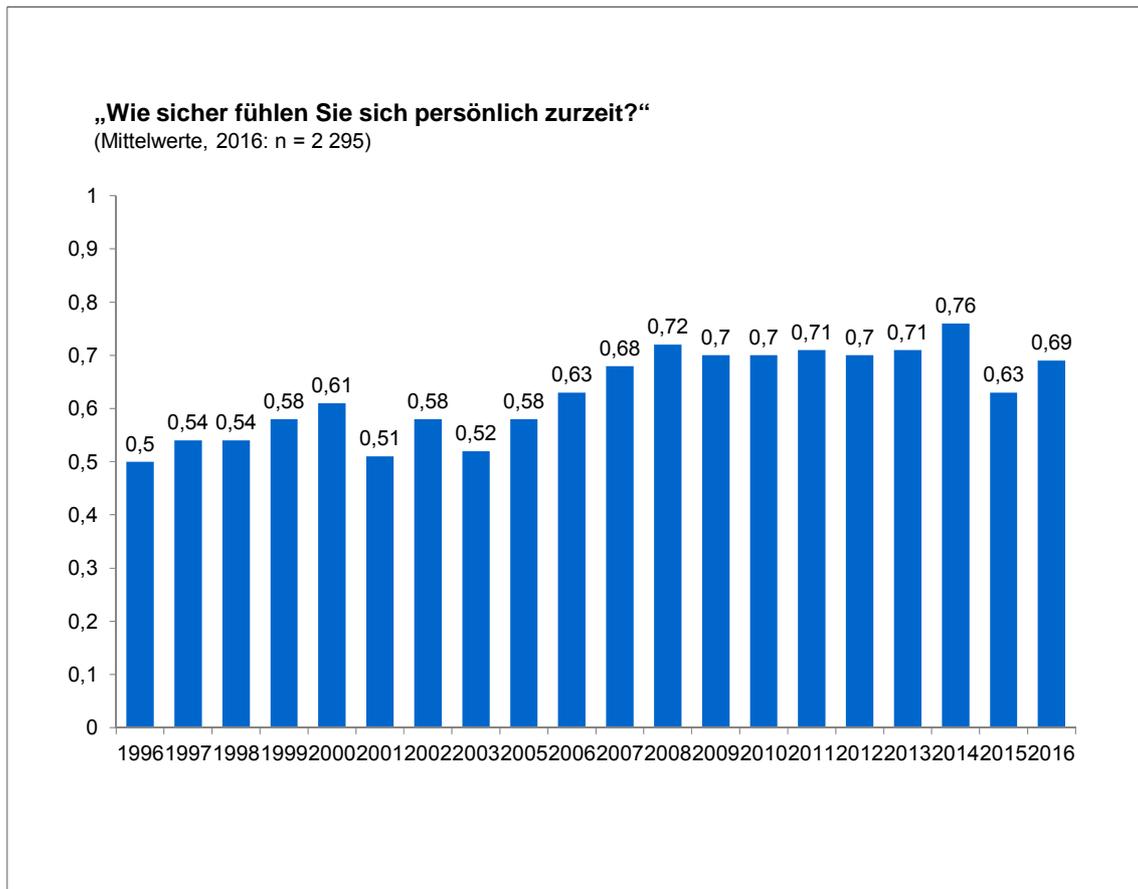
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Im Hinblick auf die dritte Referenzebene von Sicherheitsempfinden überwiegt insgesamt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von persönlicher Sicherheit (vgl. Abbildung 4.4). Etwa sieben von zehn Befragten fühlen sich persönlich sehr (17 Prozent) oder eher sicher (52 Prozent). Einer von fünf Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheitsgefühl, und nur wenige fühlen sich persönlich eher (9 Prozent) oder sehr unsicher (2 Prozent).

Wie bei der Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitverlauf, wurden in Abbildung 4.5 die Antwortskalen der unterschiedlichen Erhebungsjahre vereinheitlicht und anschließend Mittelwerte gebildet. Dargestellt ist die Perzeption der persönlichen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger seit 1996. Im Gegensatz zur zeitlichen Stabilität

bei der Wahrnehmung der nationalen Sicherheitslage ist der Anteil der Befragten, die sich persönlich unsicher fühlen, im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozentpunkte gefallen. So erreicht das Sicherheitsgefühl der Befragten mit einem Mittelwert von 0,69 etwa das Niveau von 2009, 2010 und 2012. Die derzeitigen Krisen bzw. Konflikte inner- und außerhalb Deutschlands scheinen sich im Vergleich zum Vorjahr in einem geringeren Maß im persönlichen Sicherheitsempfinden der Befragten niederzuschlagen.

Abbildung 4.5: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage im Zeitvergleich



Anmerkung: Wertebereich von 0 „Sehr unsicher“ bis 1 „Sehr sicher“. Antwortmöglichkeiten 1996-2002: 4-stufig, „Sehr unsicher“, „Eher unsicher“, „Eher sicher“, „Sehr sicher“; 2003-2013: 6-stufig, „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ sowie entsprechend positive Antwortmöglichkeiten (Ausnahme 2005: 7-stufig, mit zusätzlicher Kategorie „Teils sicher, teils unsicher“); ab 2014: 5-stufig, „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“, „Teils/teils“, „Eher sicher“ und „Sehr sicher“.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 1996–2016.

Die Perzeption von Sicherheit ist überaus komplex und wird, neben der realen sicherheitspolitischen Lage (faktische Gefahren), durch eine Vielzahl von anderen Einflussfaktoren determiniert (Daase 2010; Hummelsheim/Oberwittler 2014; Krasmann et al. 2014). Kulturtheoretische und psychometrische Ansätze der Risikoforschung (Überblick: Guasti/Mansfeldova 2013; Sjöberg 2000) sehen vor allem individuelle und sozia-

le Merkmale, Erfahrungen und Einstellungen als determinierende Faktoren in der Wahrnehmung bzw. Bewertung von Bedrohungen.

Empirische Arbeiten weisen darauf hin, dass Frauen (Skitka et al. 2006; Wilcox et al. 2009), Ältere (Goodwin/Willson/Stanley 2005; Lemrye et al. 2006; Skita et al. 2006), Personen mit niedrigem Einkommen (Skita et al. 2006; Wilcox et al. 2009), wenig Selbstbewusstsein (Harber/Yeung/Iacovelli 2011) und geringer sozialer Einbindung (Huddy/Feldman/Weber 2007) sowie vermeintlich verwundbare Bevölkerungsgruppen (Eisenman et al. 2009; Nellis 2009) Bedrohungen eher wahrnehmen und sich entsprechend unsicherer fühlen. In diesem Zusammenhang werden Sicherheitswahrnehmungen im Folgenden nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen dargestellt und untersucht.

Ähnlich wie in anderen empirischen Arbeiten zeigt sich in Tabelle 4.1, dass sich die Befragten verschiedener sozialer Gruppen in ihrem Sicherheitsgefühl statistisch signifikant unterscheiden. Erwartungsgemäß fühlen sich Frauen auf allen drei Referenzebenen unsicherer als Männer. Mit zunehmendem Alter empfinden die Bürgerinnen und Bürger mehr Unsicherheit bezüglich ihrer persönlichen, nationalen und weltweiten Lage. Bildungsunterschiede finden sich für die persönliche und nationale Dimension von Sicherheit, wobei das Sicherheitsempfinden linear mit dem Bildungsniveau steigt. Analog zu Befunden anderer Studien nehmen Befragte mit niedrigem Einkommen signifikant häufiger Unsicherheit wahr. Die Sicherheitslage scheint zudem mit der politischen Orientierung zusammenzuhängen. So fühlen sich Anhänger (gemessen mit der „Sonntagsfrage“) der CDU/CSU, der SPD, der Grünen und Nichtwähler bzw. Befragte ohne Parteipräferenz auf allen drei Ebenen sicherer als Wähler der FDP (Ausnahme national), AfD und der Linken. Regionale Herkunft und Migrationshintergrund scheinen nur eine geringe Rolle zu spielen.

Tabelle 4.1: Sicherheitsempfinden in soziodemografischen Gruppen

„Wie sicher fühlen Sie sich persönlich zurzeit? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ „Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage weltweit? Antworten Sie bitte mit Hilfe dieser Skala.“ (Mittelwerte)			
	Persönlich	Deutschland	Weltweit
Insgesamt	0,69	0,61	0,39
Geschlecht	***	**	**
Männer	0,72	0,63	0,40
Frauen	0,66	0,60	0,37
Alter	**	***	***
16 bis 29 Jahre	0,71	0,65	0,43
30 bis 49 Jahre	0,70	0,62	0,40
50 bis 69 Jahre	0,68	0,60	0,37
70 Jahre und älter	0,67	0,58	0,36
Bildungsniveau	***	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,71	0,63	0,39
Realschulabschluss	0,69	0,61	0,39
Hauptschulabschluss	0,66	0,59	0,37
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	**	**	**
4.001 Euro und mehr	0,69	0,63	0,40
2.001 bis 4.000 Euro	0,70	0,63	0,41
Bis 2.000 Euro	0,66	0,59	0,38
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***
CDU/CSU	0,72	0,65	0,42
SPD	0,70	0,61	0,41
Bündnis 90/Die Grünen	0,69	0,62	0,41
Die Linke	0,67	0,57	0,34
FDP	0,66	0,62	0,35
AfD	0,62	0,52	0,33
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	0,68	0,61	0,38
Region	n.s.	n.s.	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,69	0,63	0,41
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,69	0,60	0,35
Süddeutschland (BW, BY)	0,70	0,63	0,38
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,67	0,60	0,41
Migrationshintergrund	n.s.	**	n.s.
ja	0,71	0,66	0,41
nein	0,69	0,61	0,39

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 - sehr unsicher; 1 - sehr sicher]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Bedrohungswahrnehmungen

In der Forschung wird subjektive Sicherheit allgemein als ein Zustand verstanden, der durch die Perzeption von Bedrohungen verändert wird (Holst 1998). Bedrohungswahrnehmungen werden definiert als Einstellung zu oder Bewertung von Objekten. Die Perzeptionen von Bedrohungen und Sicherheit sind demnach Ergebnisse der „individuellen Informations-, Informationsverarbeitungs- und Lebensbewältigungsfähigkeit; eine Frage des Selbst- und Gesellschaftskonzepts“ (Gusy 2010: 116). Wie bereits gezeigt wurde, ist die Perzeption von Sicherheit sozial konstruiert und äußerst vielschichtig. Sie hängt maßgeblich von ihrem Bezugsrahmen (wessen Sicherheit?) und entsprechenden Ursachen bzw. Gefahren ab (Frevel 2016: 3-8). Diese Komplexität spiegelt sich ebenso in den Verteidigungspolitischen Richtlinien wider. Dort heißt es: „Das strategische Sicherheitsumfeld hat sich in den letzten Jahren weiter verändert. Zu den Folgen der Globalisierung zählen Machtverschiebungen zwischen Staaten und Staatengruppen sowie der Aufstieg neuer Regionalmächte. Risiken und Bedrohungen entstehen heute vor allem aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik. Sicherheit wird nicht ausschließlich geografisch definiert.“ (Bundesministerium der Verteidigung 2011: 8).

Bisherige empirische Arbeiten tragen diesen neuen Entwicklungen Rechnung, indem sie verschiedene Dimensionen von Gefahren bzw. Bedrohungen in die Analyse einbeziehen (z.B. Biehl/Fiebig 2011; Fiebig 2009; Wagner et al. 2015). Neben klassisch militärischen Aspekten wurden daher auch in der vorliegenden Studie sozioökonomische und ökologische Bedrohungen in den Fragebogen integriert.

Wie sich zeigt, herrscht in der Bevölkerung ein differenziertes Bewusstsein über die verschiedenen Gefahren, die die eigene Sicherheit bedrohen können (vgl. Tabelle 4.2). Die Flüchtlingskrise schlägt sich, wie im Vorjahr, deutlich in den berichteten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nieder. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich persönlich durch die Zuwanderung (52 Prozent, +11 Prozentpunkte zum Vorjahr) nach Deutschland bedroht. Religiösen Fundamentalismus empfinden 43 Prozent als Bedrohung (keine Veränderung zum Vorjahr). Zudem sorgt sich ein Teil der Befragten vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland (33 Prozent, -6 Prozentpunkte). Ängste hinsichtlich sozioökonomischer Aspekte wie steigender Preise (40 Prozent, +1 Prozentpunkt), einer unzureichenden finanziellen Absicherung im Alter (38 Prozent, -1 Prozentpunkt)

und – in etwas geringerem Ausmaß – Arbeitsplatzunsicherheit (19 Prozent, -7 Prozentpunkte) spielen ebenfalls eine Rolle.

Tabelle 4.2: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheitslage

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent)				
	Bedroht ¹	Teils/teils	Nicht bedroht ²	Trifft nicht zu/ W.n./k.A.
Zuwanderung nach Deutschland	52	24	25	0
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	43	25	31	1
Terroranschläge in Deutschland	42	34	24	0
Steigende Preise	40	30	29	0
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	38	32	29	0
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	38	21	37	5
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	33	28	39	0
Kriminalität in meinem Umfeld	30	29	42	0
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	28	33	38	1
Konflikt im Irak und Syrien	28	29	41	1
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	26	27	47	0
Störfall in einem Atomkraftwerk	25	28	46	1
Krieg in Europa	20	29	50	1
Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland	19	24	53	5
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	19	17	48	17
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	18	26	56	1

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Auch militärische bzw. kriminelle Gefahren, wie mögliche Terroranschläge in Deutschland (42 Prozent, +11 Prozentpunkte), die Spannungen zwischen dem Westen und Russland (28 Prozent, -2 Prozentpunkte), Kriminalität im eigenen Umfeld (30 Prozent, +/-0), der Konflikt im Irak und Syrien¹⁰ (28 Prozent) und ein möglicher Krieg in Europa (20 Prozent, +1 Prozentpunkt) werden von einigen Befragten als bedrohlich wahrgenommen. Ökologische Aspekte wie der weltweite Klimawandel durch die globale Erwärmung (38 Prozent, +10 Prozentpunkte), mögliche große Naturkatastrophen (26 Prozent, +5 Prozentpunkte), die weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit bzw. Seuche (18 Prozent, +1 Prozentpunkt) sowie ein potenzieller Störfall in einem Atomkraftwerk (25 Prozent, +9 Prozentpunkte) machen vergleichsweise wenigen Bürgerinnen und Bürgern Sorgen. Insgesamt jedoch ist der Anteil derjenigen, die sich von ökologischen Aspekten bedroht fühlen, im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Einen In-

¹⁰ Kein Vergleich zum Vorjahr möglich, da das Item erstmals 2016 abgefragt wurde.

ternetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland fürchten nur zwei von zehn Befragten.¹¹

Tabelle 4.3: Bedrohungswahrnehmungen – Dimensionen

	I	II	III
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	0,72		
Zuwanderung nach Deutschland	0,72		
Kriminalität in meinem Umfeld	0,65		
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	0,63		
Krieg in Europa	0,57		
Terroranschläge in Deutschland	0,53	0,44	
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland		0,46	
Störfall im Atomkraftwerk		0,70	
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung		0,70	
Große Naturkatastrophen z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen		0,66	
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche		0,62	
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter			0,80
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden			0,80
Steigende Preise			0,62
Eigenwert	2,7	2,4	1,9
Erklärte Varianz	0,19	0,17	0,14

Anmerkungen: Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation). Modell (explorativ): Signifikanz nach Bartlett $p = ,000$; Anti-Image KMO = 0,854. In der Tabelle sind nur Faktorladungen $\geq 0,30$ ausgewiesen. Bedrohungsdimensionen: Faktor I: Innere und äußere Sicherheit (Cronbachs alpha der Skala [entsprechend theoretischer Annahme gebildet mit Item Fremdenfeindlichkeit] = 0,77), Faktor II: Ökologisch (Cronbachs alpha = 0,66), Faktor III: Sozio-ökonomisch (Cronbachs alpha = 0,65).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die Ergebnisse der explorativen Faktorenanalyse (Tabelle 4.3) zeigen erwartungsgemäß eine mehrdimensionale Struktur der Bedrohungswahrnehmungen. Wie in den vergangenen Jahren bilden militärische und sicherheitspolitische Aspekte wie Krieg, Terroranschläge oder Kriminalität einen Faktor (I). Eine zweite Dimension (II) stellen ökologische Bedrohungen wie Krankheiten, Naturkatastrophen oder der Klimawandel dar, wobei zwei Bedrohungen des ersten Faktors (Terroranschläge und Fremdenfeindlichkeit) auch bzw. nur auf die zweite Dimension laden. Sozioökonomische Gefahren wie steigende Preise und Arbeitsplatzsicherheit bilden den dritten Faktor (III).

Bedrohungswahrnehmungen und Sicherheitsempfinden

Die Perzeption von Bedrohungen und Sicherheit ist, wie verschiedene Forschungsarbeiten zeigen, sehr komplex und wird durch viele unterschiedliche Faktoren determiniert. Wie bereits weiter oben in diesem Kapitel beschrieben, beeinflussen neben realen (ob-

¹¹ Kein Vergleich zum Vorjahr möglich, da das Item erstmals 2016 abgefragt wurde.

jektiven) Gefahren individuelle und soziale Merkmale und Prädispositionen, persönliche Erfahrungen, politische Faktoren und nicht zuletzt die modernen Massenmedien die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Um herauszufinden, ob und in welchem Ausmaß die identifizierten Dimensionen von Bedrohungswahrnehmungen und eben jene anderen Einflussgrößen auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wirken, werden daher nachfolgend sukzessive Regressionsmodelle gerechnet, in denen soziodemografische Merkmale, politische Einstellungen und Orientierungen¹² als erklärende Variablen (Modell II, IV und VIII) oder zur Kontrolle (Modell III, VI und IX) integriert sind.¹³ In Tabelle 4.4 sieht man deutlich, dass Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit im Vergleich zu den anderen Bedrohungsdimensionen stärker auf die Perception von persönlicher, nationaler und weltweiter Sicherheit wirken. Dieser Befund zeigt sich in den Modellen ohne (Modelle I, IV und VII) und mit Kontrollvariablen gleichermaßen. Vergleicht man die verschiedenen Ebenen von Sicherheit, so nimmt der Einfluss des Bedrohungsgefühls bezüglich der inneren und äußeren Sicherheit mit zunehmender Distanz zur Referenzebene ab. Während ökologische Gefahren nur in den Modellen mit Kontrollvariablen einen sehr schwachen signifikanten Einfluss haben (persönlich und weltweit), verschwindet der – wenn auch geringe – signifikante Zusammenhang der sozioökonomischen Bedrohungsfaktoren mit der Sicherheitswahrnehmung unter Hinzunahme der Kontrollvariablen.

Die Modelle II, V und VIII verdeutlichen mit einer Varianzaufklärung von nur fünf, sieben bzw. neun Prozent (korrigiertes R^2) den relativ geringen Einfluss von soziodemografischen Merkmalen, politischen Einstellungen und Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger auf ihr Sicherheitsempfinden. In den Analysen zeigen sich Zusammenhänge der Perception von Sicherheit mit dem Alter, dem Geschlecht, dem Wohnort, der Wahlabsicht, der ideologischen Orientierung und der militärischen Erfahrung der Befragten. Frauen, Anhänger der AfD, Befragte, die sich auf der Links-Rechts-Skala eher links verorten und Personen mit eher anti-atlantischer Haltung fühlen sich persönlich unsicherer als andere. Diese Zusammenhänge finden sich im Modell ohne (II) und mit Bedrohungswahrnehmungen als erklärende Variablen (III). Die nationale Lage wird von Älteren, Einwohnern der neuen Bundesländer, AfD-Wählern und Personen mit eher anti-atlantischer und isolationistischer Orientierung unsicherer bewertet. CDU-Wähler hingegen schätzen die Sicherheitslage Deutschlands signifikant positiver ein. Ähnliche

¹² Zu den Grundorientierungen Militarismus, Internationalismus, Multilateralismus und Atlantizismus vgl. Kapitel 6.

¹³ Für alle folgend berichteten Zusammenhänge gilt die Regel des sog. „ceteris paribus Effekts“ (Überblick und Diskussion: Persky 1990), das heißt, der Einfluss (beta-Werte) einer unabhängigen bzw. erklärenden Variable auf die abhängige Variable (hier Sicherheitsempfinden) gilt jeweils nur unter der Bedingung, dass alle anderen im Modell integrierten Größen (Variablen) gleich bleiben.

Zusammenhänge finden sich bezüglich der Perzeption der weltweiten Sicherheit. Auch hier fühlen sich Ältere, Einwohner der neuen Bundesländer, AfD-Wähler und Personen mit eher anti-atlantischer Einstellung unsicherer. Darüber hinaus bewerten Befragte mit eher anti-militaristischer sowie multilateralistischer Haltung und Personen ohne militärische Erfahrung die globale Sicherheitslage schlechter.

Tabelle 4.4: Determinanten des Sicherheitsempfindens

	Persönlich			Deutschland			Weltweit		
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
<i>Bedrohungswahrnehmungen</i>									
Innere und äußere Sicherheit	-0,44***		-0,44***	-0,36***		-0,34***	-0,13***		-0,14***
Ökologisch	-0,03 ^{n.s.}		-0,05*	0,03 ^{n.s.}		-0,00 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}		-0,06*
Sozio-Ökonomisch	-0,09***		-0,04 ^{n.s.}	-0,07**		-0,05 ^{n.s.}	-0,05*		-0,04 ^{n.s.}
<i>Soziodemografie</i>									
Alter		-0,02 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}		-0,11*	-0,12***		-0,11***	-0,11***
Frauen		-0,13***	-0,09**		-0,04 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}		-0,03 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}
Hohe Bildung		0,07**	0,03 ^{n.s.}		0,05 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}		0,05 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}
Haushaltseinkommen (3.001 Euro und mehr)		0,01 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}		0,00 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}		-0,03 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}
Ostdeutschland		0,05 ^{n.s.}	0,04 ^{n.s.}		0,08**	0,07**		-0,05*	-0,06*
<i>Politische Einstellungen</i>									
Wahlabsicht CDU/CSU		0,02 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}		0,07*	0,08**		0,01 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Wahlabsicht Bündnis90/Grüne		-0,01 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}		0,01 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}		0,01 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke		-0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}		-0,02 ^{n.s.}	-0,03 ^{n.s.}		-0,03 ^{n.s.}	-0,04 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD		-0,14***	-0,11***		-0,15***	-0,11***		-0,12***	-0,11***
Keine Parteipräferenz/Nichtwähler		-0,05 ^{n.s.}	-0,05*		-0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}		-0,05 ^{n.s.}	-0,05 ^{n.s.}
Links-Rechts-Skala		0,07*	0,08**		0,02 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}		0,02 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
<i>Orientierungen</i>									
Militarismus		-0,00 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}		0,03 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}		0,06*	0,07*
Internationalismus		0,06*	0,04 ^{n.s.}		0,08**	0,06*		0,02 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}
Multilateralismus		0,03 ^{n.s.}	0,01 ^{n.s.}		0,02 ^{n.s.}	-0,00 ^{n.s.}		-0,12*	-0,13***
Atlantizismus		0,07*	0,08***		0,12***	0,12***		0,20***	0,21***
Verteidigungspol. Interesse		0,00 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}		0,00 ^{n.s.}	0,03 ^{n.s.}		0,00 ^{n.s.}	0,02 ^{n.s.}
Interne verteidigungspolitische Efficacy		-0,01 ^{n.s.}	-0,02 ^{n.s.}		-0,02 ^{n.s.}	-0,05 ^{n.s.}		0,01 ^{n.s.}	0,00 ^{n.s.}
Bin/war Soldat		-0,02 ^{n.s.}	-0,01 ^{n.s.}		0,05 ^{n.s.}	0,06*		0,07*	0,07*
Korrigiertes R ²	0,24	0,05	0,27	0,14	0,07	0,20	0,03	0,09	0,12
n	2203	1649	1593	2203	1649	1593	2203	1649	1593

Anmerkungen: Multiple lineare Regressionen, standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0;1]. Bedrohungsindizes (Faktoren) entsprechend theoretischer Annahmen gebildet (vgl. Tabelle 4.3). Items zum Sicherheitsempfinden sowie Indizes zu Bedrohungen, Militarismus, Internationalismus, Multilateralismus, Atlantizismus, verteidigungspolitischem Interesse, interner verteidigungspolitischer Efficacy [0 - gering; 1 - hoch]. Links-Rechts-Skala: [0 - ganz links; 1 - ganz rechts]. Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, ist die Perzeption von Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern verhältnismäßig ausgeprägt.

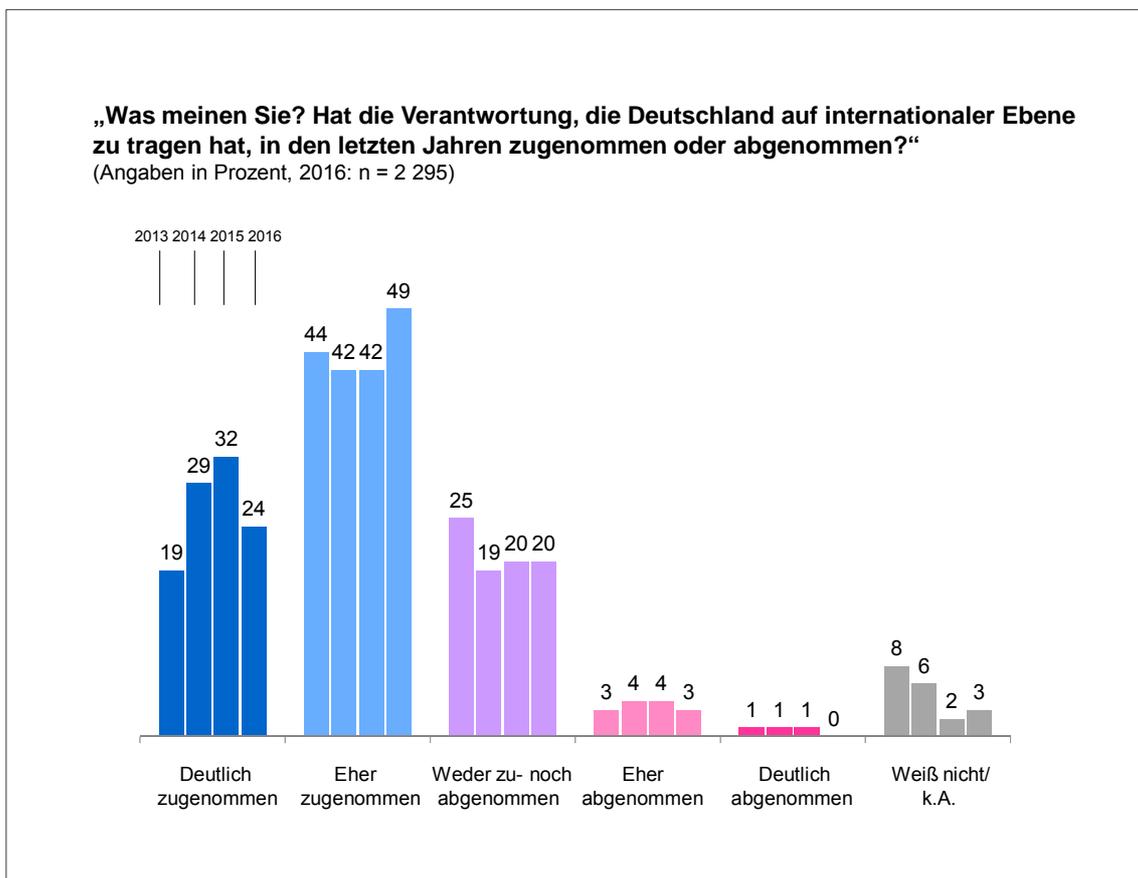
Da diese Bedrohungswahrnehmungen entscheidend das Sicherheitsgefühl auf der persönlichen, nationalen und globalen Referenzebene determinieren, ist das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung derzeit im Vergleich zu den Vorjahren (national) bzw. zum Vorjahr (weltweit) relativ hoch. Überraschenderweise trifft dies nicht für das persönliche Sicherheitsgefühl zu. Verglichen mit den Vorjahreswerten fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger, trotz gesteigener sicherheitspolitischer Bedrohungswahrnehmungen, persönlich sicherer. Gleichwohl lässt sich jedoch vermuten, dass das Unsicherheitsempfinden in der Bevölkerung weiter ansteigen wird, sollte sich die sicherheitspolitische Lage und damit militärische und sicherheitspolitische Bedrohungen in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger künftig weiter verschärfen.

5 Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

Markus Steinbrecher

Wahrgenommene Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene

Abbildung 5.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2016.

Seit der Wiedervereinigung wird über eine gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands diskutiert. In den letzten Jahren hat sich diese Diskussion im Zuge der zahlreichen Krisen in und um Europa intensiviert. Besonders augenfällig wurde dies während der Münchener Sicherheitskonferenz 2014, als sich sowohl Bundespräsident Gauck als auch Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen

für ein stärkeres außen- und sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands aussprechen. Die gestiegene Verantwortung des Landes ist nicht nur ein Thema öffentlicher Debatten, sondern zeigt sich auch in den vielfältigen außen- und sicherheitspolitischen Initiativen der Bundesregierung sowie den zahlreichen Einsätzen der Bundeswehr in Europa und der Welt (vgl. Kapitel 12).

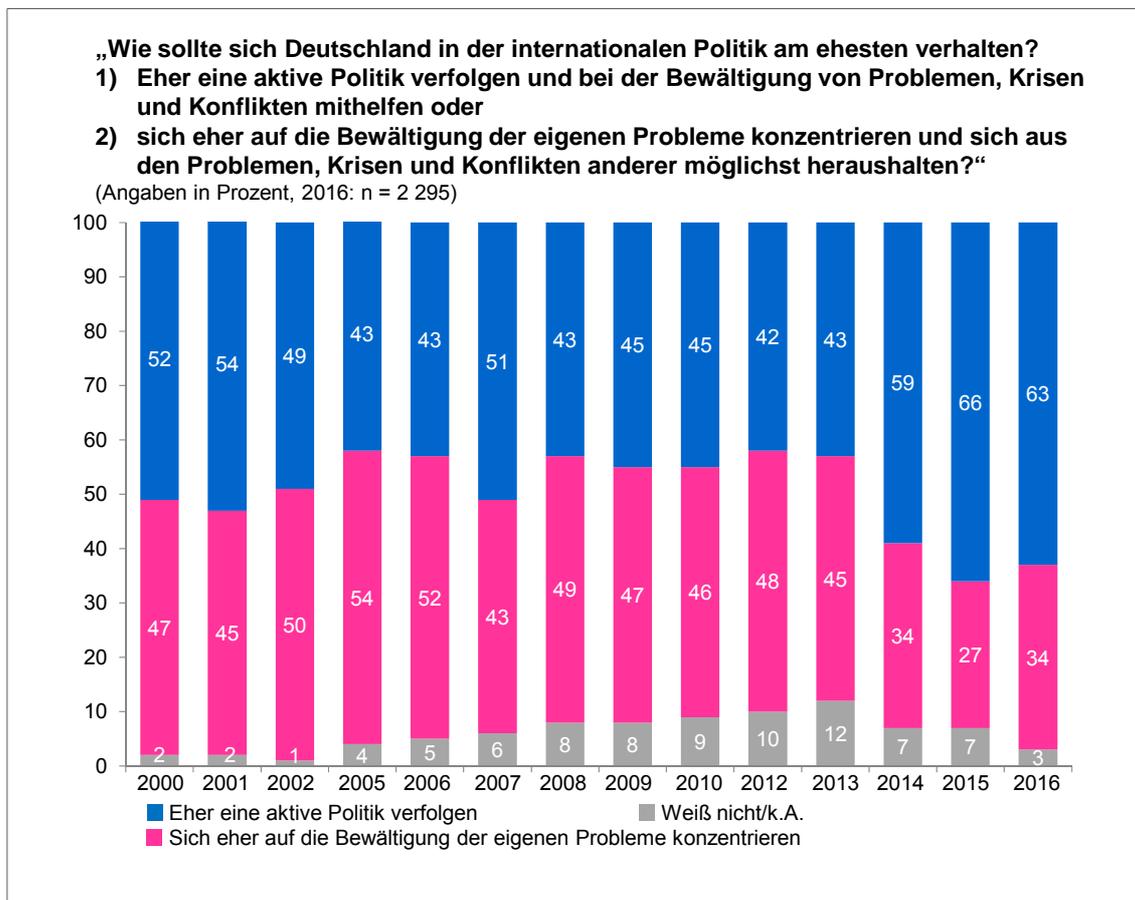
Auch die Bürgerinnen und Bürger nehmen die gestiegene Verantwortung Deutschlands seit Jahren eindeutig wahr (vgl. Abbildung 5.1). Im Jahr 2016 denken 24 Prozent, dass die Verantwortung des Landes deutlich zugenommen hat, 49 Prozent sind der Auffassung, dass sie eher zugenommen hat. Zusammengefasst sind das 73 Prozent, so dass der Wert weiterhin fast auf dem höchsten Niveau liegt, seitdem diese Frage gestellt wird. 20 Prozent der Befragten sehen keine Veränderung, und mit 3 Prozent denkt nur ein verschwindend geringer Teil der Bürgerinnen und Bürger, dass Deutschlands Verantwortung international abgenommen hat.

Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Eine wichtige Frage ist, was aus der gewachsenen wahrgenommenen internationalen Verantwortung Deutschlands für die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes folgt. Daher wurden die Bürgerinnen und Bürger danach gefragt, ob sich Deutschland international eher aktiv oder passiv verhalten sollte (vgl. Abbildung 5.2). Fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent) plädieren dafür, dass Deutschland eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte. Dies ist nach 2015 der zweithöchste Wert, seitdem diese Frage gestellt wird. Die hohe Zustimmung für eine aktive Politik aus den Vorjahren scheint sich also weiter zu verstetigen. 34 Prozent sind der Meinung, dass Deutschland sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten sollte. 3 Prozent der Befragten haben keine Meinung.

Mit Ausnahme von Geschlecht gibt es für alle soziodemografischen Merkmale bzw. Personen mit unterschiedlicher Wahlabsicht bei der kommenden Bundestagswahl statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Teilgruppen (vgl. Tabelle 5.1). Für Alter zeigt sich, dass vor allem die beiden mittleren Altersgruppen eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik befürworten. Auch Personen mit mittlerem und höherem Bildungsabschluss haben mit 65 Prozent Zustimmung eine etwas stärkere Präferenz für eine aktive Politik. Beim Einkommen ergibt sich ein positiver Zusammenhang, das heißt, je höher das Einkommen, desto stärker wird eine aktive Politik Deutschlands bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten unterstützt.

Abbildung 5.2: Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands im Zeitvergleich



Anmerkungen: Die Frageformulierung wurde ab 2013 geändert. Ein Vergleich der alten und der neuen Frageformulierung mit den Daten der Bevölkerungsbefragung 2015 zeigt aber, dass die Antwortverteilung sich zwischen alter und neuer Formulierung nicht unterscheidet. Alte Formulierung: „Was meinen Sie? Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland... 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Für die Wahlabsicht zeigt sich eine deutliche Spaltung zwischen den verschiedenen Gruppen. Eine große Unterstützung von mindestens 68 Prozent für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik ist unter den Anhängern von CDU/CSU, SPD, Grünen und der FDP zu finden. Bei den Anhängern der Linken befürworten lediglich 55 Prozent eine aktive Politik, in der Gruppe derjenigen ohne Parteipräferenz bzw. den Nichtwählern sind es nur 53 Prozent. AfD-Anhänger lehnen eine aktive Außenpolitik sogar mehrheitlich ab (Zustimmung: 47 Prozent, Ablehnung: 51 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich in dieser Gruppe allerdings die Unterstützung für eine aktive Politik um 11 Prozentpunkte (2015: 36 Prozent; tabellarisch nicht ausgewiesen) vergrößert. Im Gegensatz dazu ist unter Anhängern der Linken eine starke Abnahme der Unterstützung einer aktiven Politik zu konstatieren (von 68 auf 55 Prozent; tabellarisch nicht ausgewiesen).

Tabelle 5.1: Einstellungen zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen

„Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? 1) Eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“ (Angaben in Prozent)			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	63	34	3
Geschlecht ^{n.s.}			
Männer	63	34	(3)
Frauen	63	34	(4)
Alter *			
16 bis 29 Jahre	61	34	(5)
30 bis 49 Jahre	65	32	(3)
50 bis 69 Jahre	64	32	(3)
70 Jahre und älter	58	39	(3)
Bildungsniveau *			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	65	31	(4)
Realschulabschluss	65	33	(2)
Hauptschulabschluss	60	36	(4)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ***			
4.001 Euro und mehr	70	(26)	(5)
2.001 bis 4.000 Euro	67	31	(3)
Bis 2.000 Euro	59	39	(2)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	74	24	(2)
SPD	70	29	(1)
Bündnis 90/Die Grünen	68	31	(1)
Die Linke	55	(41)	(4)
FDP	79	(21)	(0)
AfD	47	51	(3)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	53	40	7
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	66	32	(2)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	49	47	(4)
Süddeutschland (BW, BY)	64	30	(7)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	67	31	(2)
Migrationshintergrund **			
ja	57	35	(8)
nein	63	34	3

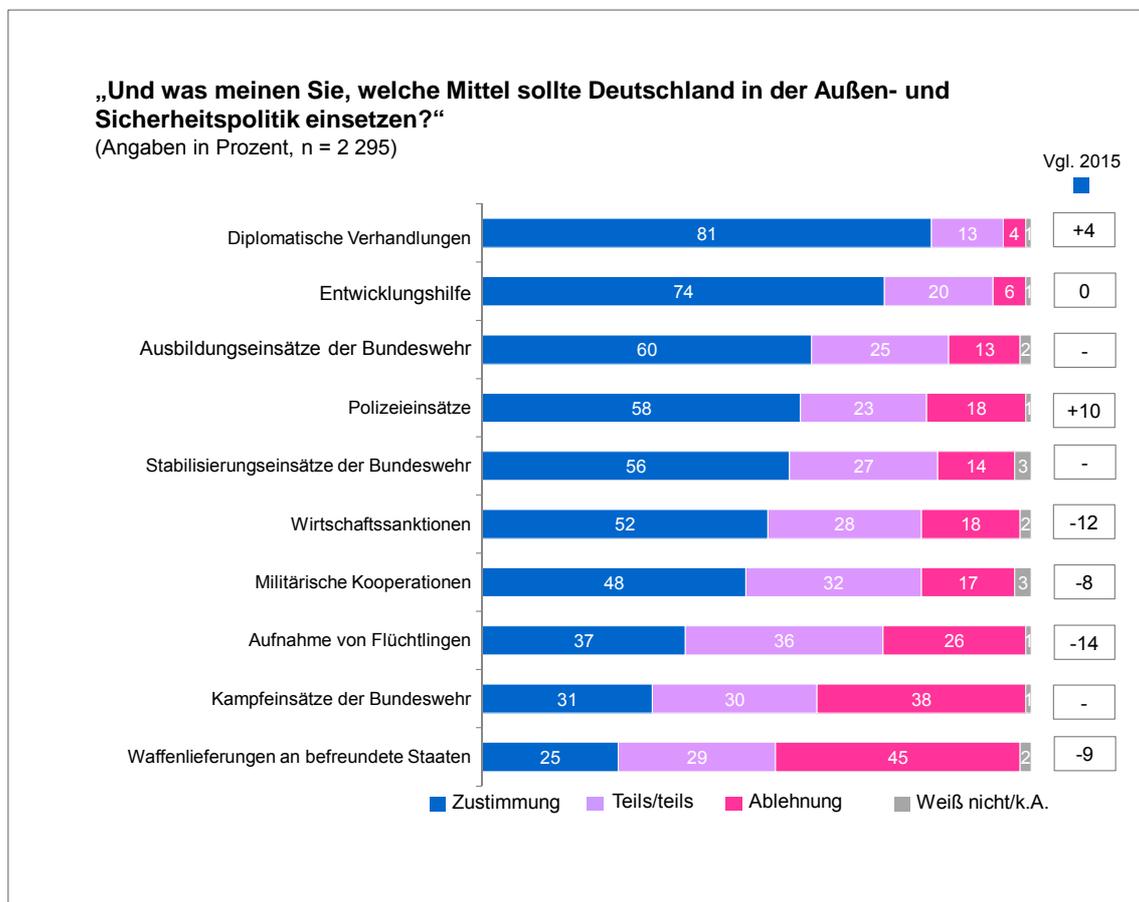
Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Im Hinblick auf Region fallen vor allem die Ostdeutschen auf. Das Meinungsbild hinsichtlich der Unterstützung einer aktiven oder passiven Politik ist in diesem Teil des Landes gespalten. Lediglich 49 Prozent befürworten eine aktive Politik. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Abnahme um 12 Prozentpunkte (tabellarisch nicht ausgewiesen). Die Unterstützung in den anderen drei Regionen liegt im Vergleich dazu bei mindestens 64 Prozent. Statistisch signifikante Unterschiede ergeben sich auch für Migrationshintergrund. Die Unterstützung einer aktiven Politik unter Befragten mit Migrationshintergrund liegt 6 Prozentpunkte niedriger als bei Befragten ohne einen solchen Hintergrund.

Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Abbildung 5.3: Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Gefragt danach, welche Mittel Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sollte, erhalten diplomatische Verhandlungen (81 Prozent) und Entwicklungshilfe

(74 Prozent) die mit Abstand höchste Zustimmung (vgl. Abbildung 5.3). Fünf weitere Maßnahmen finden die mehrheitliche Unterstützung der Befragten: Ausbildungseinsätze (60 Prozent) und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (56 Prozent) sowie Polizeieinsätze (58 Prozent), Wirtschaftssanktionen (52 Prozent) und militärische Kooperationen (48 Prozent). Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sowie bei Kampfeinsätzen der Bundeswehr ist die Bevölkerung in ihrer Meinung gespalten. Während 37 Prozent die Aufnahme von Flüchtlingen als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik befürworten, lehnen dies 26 Prozent ab, und 36 Prozent sind geteilter Meinung. Kampfeinsätze werden als außenpolitisches Mittel von 31 Prozent der Befragten begrüßt und von 38 Prozent negativ bewertet. 30 Prozent sind unentschieden. Eindeutig verneint werden Waffenlieferungen an befreundete Staaten. Während 25 Prozent zustimmen, sind 45 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gegen dieses außen- und sicherheitspolitische Mittel.

Im Vergleich zum Jahr 2015 kommt es zu einigen Veränderungen im Meinungsbild: Für diplomatische Verhandlungen zeigt sich eine um 4 Prozentpunkte größere Zustimmung, bei Polizeieinsätzen wächst die Unterstützung um 10 Prozentpunkte. Bei vier der abgefragten Mittel nimmt die Zustimmung ab, für militärische Kooperationen um 8 Prozentpunkte, für Waffenlieferungen um 9 Prozentpunkte, für Wirtschaftssanktionen um 12 Prozentpunkte und für die Aufnahme von Flüchtlingen um 14 Prozentpunkte. Damit scheinen die Bürgerinnen und Bürger auf wichtige politische Ereignisse der vergangenen Monate wie die Flüchtlingskrise und den Konflikt in der Ukraine sowie die entsprechende Medienberichterstattung zu reagieren.

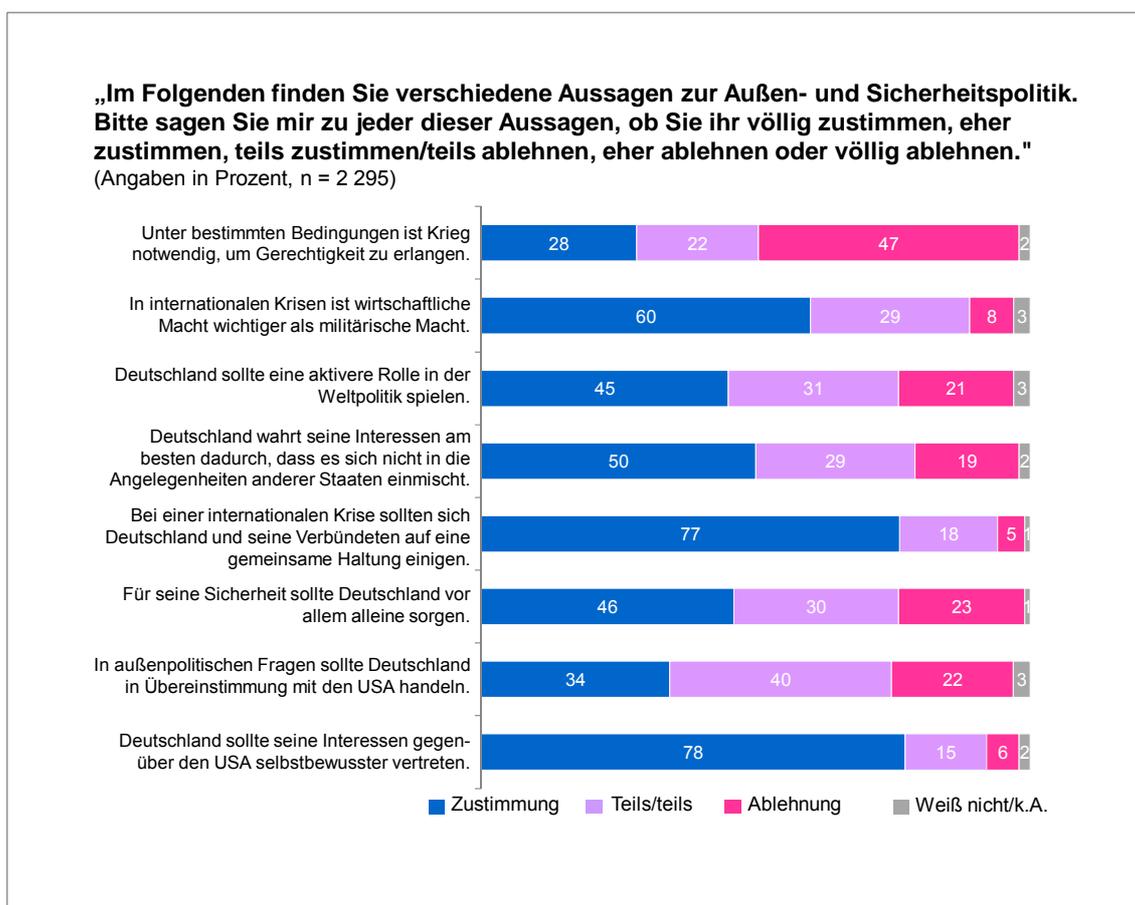
Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen

Die Bevölkerungsbefragung 2016 enthielt einige neue Fragen, welche die Meinung der Bevölkerung zu grundsätzlichen Themen der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands abdecken. Dabei handelt es sich um wichtige Konzepte der wissenschaftlichen Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen, die sogenannten außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen oder Grundhaltungen (z.B. Asmus et al. 2005; Chittick et al. 1995; Mader 2015, 2017).¹⁴ Folgende in der Literatur etablierte Themenbereiche wurden abgedeckt: die Haltung zu Krieg und militärischer Gewalt (wissenschaftliche Bezeichnung des Konzepts: Militarismus vs. Pazifismus bzw. Anti-Militarismus), der Grad des gewünschten internationalen Engagements (Internationalismus vs. Isolationismus), das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament bei Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr, die Rolle der Kooperation mit anderen Ländern und die Bedeutung von Bündnissen wie NATO und EU (Unilateralismus vs.

¹⁴ In der englischsprachigen Literatur hat sich der Begriff „postures“ etabliert.

Multilateralismus) sowie die Beziehungen zu wichtigen Staaten wie den USA (Atlantizismus) und Russland. Die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen spielen eine zentrale Rolle in den Einstellungs- und Überzeugungssystemen der Bürger (z.B. Hurwitz/Peffley 1987; Hurwitz et al. 1993; Peffley/Hurwitz 1993), weil spezifische Einstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik aus ihnen abgeleitet werden. Personen, die isolationistische Grundhaltungen haben, sollten sich beispielsweise stärker gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aussprechen. Für ausführlichere Erläuterungen zur Rolle und Wirkungsweise der Grundhaltungen sei auf den 2015 erschienenen Sammelband „Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger“ (Biehl/Schoen 2015), den Band „Old Friends in Troubled Waters“ (Rattinger et al. 2016) sowie auf die jüngst publizierte Doktorarbeit von Matthias Mader (2017) verwiesen.

Abbildung 5.4: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 1



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Hinsichtlich der Rolle von Krieg und militärischer Gewalt zeigen sich mehrheitlich Ablehnung und Skepsis. So ist nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten (28 Prozent)

der Meinung, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, um Gerechtigkeit zu erlangen (vgl. Abbildung 5.4). 47 Prozent lehnen diese Aussage ab. Die Mehrheit der Befragten (60 Prozent) ist der Auffassung, dass in internationalen Krisen wirtschaftliche Macht wichtiger ist als militärische Macht. Nur 8 Prozent vertreten hier die gegenteilige Ansicht.

Gefragt nach dem internationalen Engagement Deutschlands, ergeben sich widersprüchliche Ergebnisse. Während eine relative Mehrheit dafür ist (45 Prozent), dass Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen sollte, sind 50 Prozent der Auffassung, dass Deutschland seine Interessen am besten dadurch wahrt, dass es sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt. Jeweils ein Fünftel der Befragten lehnt diese Aussagen ab. Diese Fragen zur Dimension Internationalismus vs. Isolationismus überlappen sich mit dem weiter oben analysierten Indikator zur Abwägung zwischen einer aktiven und einer passiven Rolle Deutschlands in der internationalen Politik. Auf den ersten Blick scheinen die präsentierten Ergebnisse sich zu widersprechen. Allerdings ist zu beachten, dass die Befragten ihre Antworten mit einer fünfstufigen Skala besser differenzieren konnten. Sie waren also nicht zu einer Abwägung zwischen einer aktiven oder einer passiven Politik gezwungen. Zudem wird nach einer „aktiveren“ Politik gefragt. Da oben bereits gezeigt werden konnte, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Verantwortungszuwachs Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik klar wahrnimmt und eine aktive Politik unterstützt wird, sind die Ergebnisse vor allem so zu interpretieren, dass Deutschland aus der Sicht seiner Bürger im Vergleich zum jetzigen Niveau nicht noch mehr Engagement zeigen sollte.

Im Hinblick auf die Abwägung zwischen Multilateralismus und Unilateralismus in der Außen- und Sicherheitspolitik haben die Deutschen eine klare Präferenz für ein gemeinsames Vorgehen mit den Verbündeten im Falle einer internationalen Krise. Dies wird von mehr als drei Vierteln der Bürgerinnen und Bürger unterstützt (77 Prozent). Wenn es darum geht, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, sagen 46 Prozent, dass Deutschland dies vor allem alleine tun sollte. 23 Prozent der Befragten äußern eine ablehnende Meinung.

Im Verhältnis zu den USA sind fast 8 von 10 Befragten der Auffassung, dass Deutschland seine Interessen selbstbewusster vertreten sollte. Hinsichtlich Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit den USA in außenpolitischen Fragen zeigt sich ein geteiltes Meinungsbild. Während 34 Prozent der Auffassung sind, dass beide Länder in Übereinstimmung handeln sollten, sind 40 Prozent bei dieser Frage geteilter Meinung. 22 Prozent äußern hier eine ablehnende Haltung.

Fasst man die jeweiligen Einzelfragen zu Indizes zusammen, welche die vier außen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen abbilden¹⁵, zeigen sich über alle Befragten hinweg folgende Ergebnisse (vgl. Tabelle 5.2): Generell sind die Deutschen eher pazifistisch gesinnt (0,36), präferieren die Zusammenarbeit mit Deutschlands Partnern und Verbündeten (0,59) und sind eher kritisch gegenüber den USA eingestellt (0,38). Hinsichtlich der Abwägung zwischen Isolationismus und Internationalismus halten sich die Orientierungen der Befragten die Waage (0,49). Diese Werte liegen für Militarismus und Internationalismus im für Deutschland im Langzeitvergleich üblichen Bereich. Im Hinblick auf Multilateralismus sind sie eher als unterdurchschnittlich einzuordnen (vgl. Rattinger et al. 2016: 42-58).

Die Mittelwertunterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen zeigen, dass für die Ausprägung der Grundorientierungen vor allem Geschlecht, die Wahlabsicht, die regionale Herkunft und Migrationshintergrund eine Rolle spielen. So sind Männer etwas positiver gegenüber gewaltsamen Konfliktlösungen eingestellt (Differenz: +0,04), haben eine etwas stärkere Tendenz zu Multilateralismus (+0,02) und Internationalismus (+0,03). Zudem positionieren sie sich etwas kritischer gegenüber den USA als Frauen (-0,03).

Zwischen den Bürgern mit verschiedenen Parteipräferenzen gibt es teils deutliche Unterschiede. Im Hinblick auf die Militarismus-Dimension haben die Anhänger der Unionsparteien, der SPD, der AfD sowie diejenigen ohne Wahlabsicht und Nichtwähler eher militaristische Orientierungen als die Wähler von Grünen, Die Linke und FDP. Beim Multilateralismus liegen CDU/CSU-, SPD-, FDP- und Grünewähler mit Werten von 0,61 und 0,62 fast gleichauf. Etwas schwächer ausgeprägt ist der Multilateralismus bei den drei anderen betrachteten Gruppen. Für Internationalismus liegen lediglich die Anhänger von Union und SPD mit ihrer Position leicht über dem Skalenmittelpunkt. Die anderen Gruppen bewegen sich alle im Bereich zwischen 0,43 und 0,48 und haben daher leicht isolationistische Tendenzen. Während bei den Befürwortern der Parteien der großen Koalition die USA-freundlichsten Haltungen zu verzeichnen sind (0,41 bzw. 0,42), sind die Anhänger von AfD und Die Linke besonders skeptisch gegenüber der transatlantischen Zusammenarbeit (0,29 bzw. 0,32).

¹⁵ Die vier Indizes der Grundhaltungen werden verkürzt als „Militarismus“, „Multilateralismus“, „Internationalismus“ und „Atlantizismus“ bezeichnet. Alle Indizes haben einen Wertebereich zwischen 0 und 1. Liegen hohe Ausprägungen vor, ist ein Befragter eher militaristisch, multilateralistisch, internationalistisch oder atlantizistisch eingestellt. Niedrige Werte stehen dagegen für pazifistische, unilateralistische, isolationistische oder nicht-atlantizistische Orientierungen. Die Reliabilität der Indizes ist nach herkömmlichen Maßstäben gering. So liegt Cronbachs alpha für Militarismus bei 0,09, für Internationalismus bei 0,40, für Multilateralismus bei 0,33 und für Atlantizismus bei 0,22. Da es sich bei den vier Grundhaltungen um in der sozialwissenschaftlichen Forschung etablierte Konstrukte handelt, werden trotz dieser geringen Reliabilität die Indizes für weitere Analysen verwendet.

Tabelle 5.2: Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen in soziodemografischen Gruppen

„Im Folgenden finden Sie verschiedene Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)				
	Militarismus	Multilateralismus	Internationalismus	Atlantizismus
Insgesamt	0,36	0,59	0,49	0,38
Geschlecht	***	*	*	**
Männer	0,38	0,60	0,50	0,36
Frauen	0,34	0,58	0,47	0,39
Alter	n.s.	*	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,38	0,57	0,48	0,37
30 bis 49 Jahre	0,37	0,58	0,49	0,37
50 bis 69 Jahre	0,35	0,61	0,50	0,37
70 Jahre und älter	0,35	0,59	0,47	0,40
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	n.s.	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,34	0,59	0,48	0,35
Realschulabschluss	0,36	0,59	0,49	0,39
Hauptschulabschluss	0,36	0,59	0,48	0,38
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	**	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,37	0,58	0,49	0,37
2.001 bis 4.000 Euro	0,37	0,60	0,50	0,38
Bis 2.000 Euro	0,36	0,58	0,47	0,38
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,38	0,62	0,53	0,42
SPD	0,37	0,62	0,52	0,41
Bündnis 90/Die Grünen	0,30	0,61	0,47	0,37
Die Linke	0,30	0,55	0,43	0,32
FDP	0,28	0,61	0,48	0,33
AfD	0,39	0,53	0,46	0,29
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	0,37	0,57	0,46	0,37
Region	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,36	0,59	0,46	0,41
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,32	0,54	0,43	0,34
Süddeutschland (BW, BY)	0,37	0,58	0,50	0,38
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,37	0,62	0,52	0,39
Migrationshintergrund	*	n.s.	*	n.s.
ja	0,39	0,61	0,52	0,38
nein	0,36	0,59	0,48	0,38

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0;1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

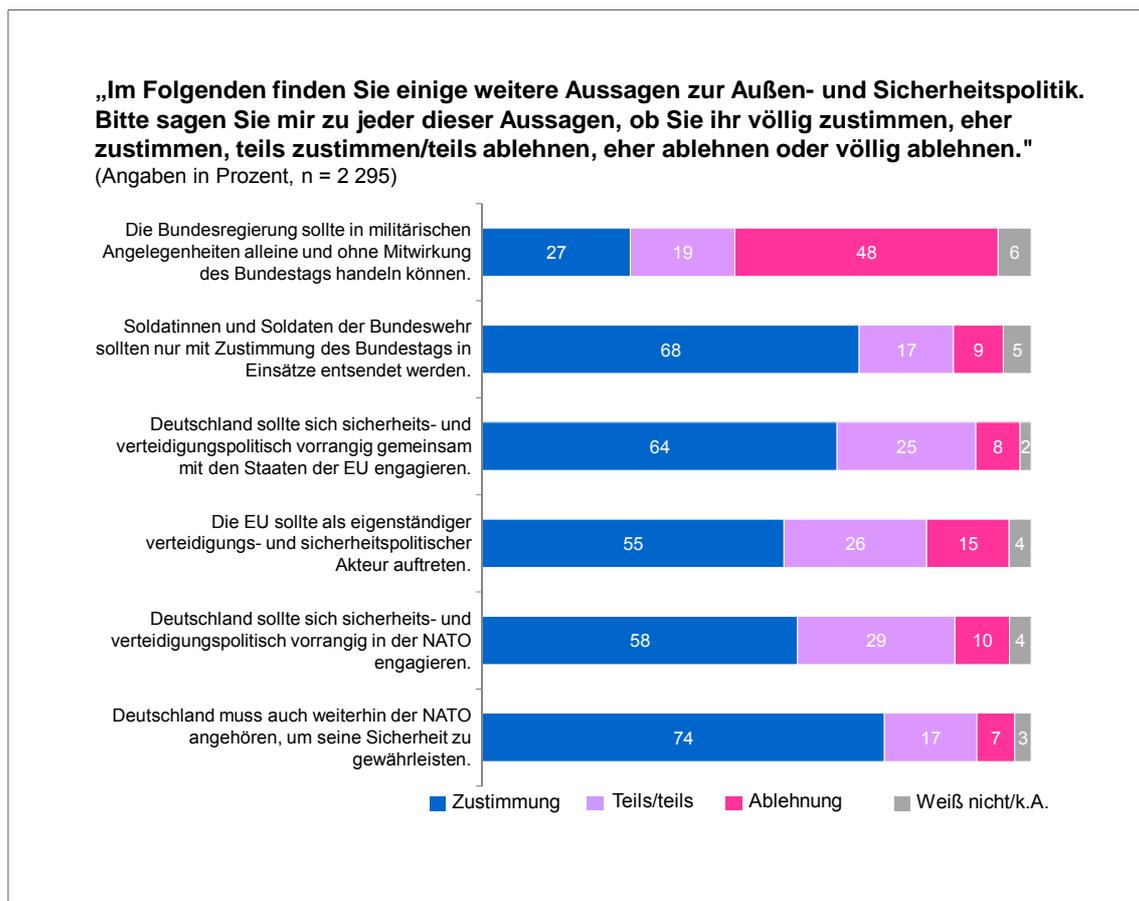
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Das übergreifende Muster für den Einfluss der regionalen Herkunft auf die Position zu den vier Grundorientierungen ist eindeutig. Vor allem Ostdeutsche unterscheiden sich von den Bürgerinnen und Bürgern in den drei anderen Regionen: Sie sind weniger militaristisch, in geringerem Maße für die Kooperation mit anderen Ländern in der Außen- und Sicherheitspolitik, eher isolationistisch und stärker gegen eine enge Zusammenarbeit mit den USA.

Die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind in zwei Fällen statistisch signifikant. Migranten sind leicht militaristischer und internationalistischer eingestellt als Angehörige der autochthonen Bevölkerung. Für die anderen soziodemografischen Gruppenzugehörigkeiten gibt es nur in Einzelfällen statistisch signifikante Unterschiede, die nicht besonders stark sind und daher an dieser Stelle nicht im Detail analysiert werden.

Positionen zu außen- und sicherheitspolitischen Grundfragen

Abbildung 5.5: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 2



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

In einer zweiten Fragenbatterie wurden die Bürgerinnen und Bürger zu ihren Positionen zu den Regeln des Parlamentsbeteiligungsgesetzes (ParlBG) und zur außen- und sicherheitspolitischen Kooperation im Rahmen von EU und NATO befragt. Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten, zeigt sich ein eindeutiges Meinungsbild (vgl. Abbildung 5.5). Während 27 Prozent befürworten, dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, wird dies von einer relativen Mehrheit (48 Prozent) abgelehnt. Noch eindeutiger ist die Zustimmung bei der zweiten Frage zu diesem Thema: Mehr als zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) sind dafür, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden soll. Nur 9 Prozent lehnen dies ab.

Eine sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU befürworten 64 Prozent der Befragten. Eine Mehrheit (55 Prozent) begrüßt es, wenn die EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur auftritt. Ähnlich positiv äußern sich die Bürgerinnen und Bürger zur NATO. Etwa drei Viertel (74 Prozent) stehen hinter Deutschlands Mitgliedschaft im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis, und 58 Prozent sind der Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig im Rahmen der NATO engagieren sollte.

Auch hier werden die thematisch zusammengehörigen Einzelfragen zu Indizes zusammengefasst.¹⁶ Bei allen drei Indizes zeigen sich im Mittel sehr eindeutige Präferenzen in der Bevölkerung für die Beteiligung des Bundestages bei Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr (0,68) sowie zur Zusammenarbeit im Rahmen der EU (0,67) und der NATO (0,72) (vgl. Tabelle 5.3).

Für Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund gibt es nur in jeweils einem Fall leichte statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen für die drei außen- und sicherheitspolitischen Grundfragen, und für Einkommen zeigen sich gar keine Unterschiede. Bei Bildung treten in zwei von drei Fällen Gruppenunterschiede auf: Höher Gebildete sprechen sich stärker für das Parlamentsbeteiligungsgesetz aus und sind etwas weniger für Zusammenarbeit im NATO-Rahmen.

¹⁶ Die drei Indizes zu außen- und sicherheitspolitischen Grundfragen werden verkürzt als „Parlamentsbeteiligung“, „EU-Zusammenarbeit“ und „NATO-Zusammenarbeit“ bezeichnet. Alle Indizes haben einen Wertebereich zwischen 0 und 1. Liegen hohe Ausprägungen vor, ist ein Befragter eher für die Regeln des ParlBG oder unterstützt die Zusammenarbeit im Rahmen der EU und der NATO in stärkerem Maße. Niedrige Werte stehen dagegen für eine eher ablehnende Haltung zum ParlBG sowie zur Kooperation im Rahmen von EU oder NATO. Die Reliabilität der Indizes ist gemessen mit Cronbachs alpha im Falle von Parlamentsbeteiligung (0,59) und EU-Zusammenarbeit (0,59) fragwürdig, bei NATO-Zusammenarbeit akzeptabel (0,73).

Tabelle 5.3: Positionen zu außen- und sicherheitspolitischen Grundfragen in soziodemografischen Gruppen

„Im Folgenden finden Sie einige weitere Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Mittelwerte)			
	Parlaments- beteiligung	EU- Zusammenarbeit	NATO- Zusammenarbeit
Insgesamt	0,68	0,67	0,72
Geschlecht	*	n.s.	n.s.
Männer	0,70	0,67	0,72
Frauen	0,67	0,68	0,72
Alter	n.s.	*	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,67	0,65	0,71
30 bis 49 Jahre	0,68	0,67	0,71
50 bis 69 Jahre	0,69	0,69	0,73
70 Jahre und älter	0,68	0,68	0,73
Bildungsniveau	*	n.s.	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,71	0,67	0,69
Realschulabschluss	0,68	0,67	0,72
Hauptschulabschluss	0,66	0,68	0,74
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,66	0,66	0,72
2.001 bis 4.000 Euro	0,68	0,68	0,72
Bis 2.000 Euro	0,67	0,67	0,72
Wahlabsicht Bundestagswahl	*	***	***
CDU/CSU	0,67	0,69	0,77
SPD	0,68	0,72	0,77
Bündnis 90/Die Grünen	0,71	0,70	0,72
Die Linke	0,72	0,67	0,58
FDP	0,75	0,75	0,71
AfD	0,67	0,60	0,65
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	0,67	0,65	0,69
Region	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,67	0,63	0,72
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,73	0,72	0,66
Süddeutschland (BW, BY)	0,66	0,67	0,73
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,68	0,67	0,75
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	*
ja	0,67	0,70	0,75
nein	0,68	0,67	0,72

Anmerkungen: Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0;1]; Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Unterschiedliche Positionen in den soziodemografischen Gruppen zeigen sich vor allem auf Basis der Wahlabsicht und der regionalen Herkunft. Eine stärkere Präferenz für die Beteiligung des Bundestages an Entscheidungen über Auslandseinsätze ergibt sich besonders bei Anhängern von FDP, Grünen und Die Linke. Bei der Position zur Zusammenarbeit innerhalb der EU ist bei den Wählern von SPD, Grünen und FDP eine stärkere Unterstützung zu verzeichnen, während sie insbesondere bei Anhängern der AfD deutlich unter dem Mittelwert für alle Befragten liegt. Hinsichtlich der Einstellungen zur Kooperation im Rahmen der EU zeichnen sich Personen mit Wahlabsicht für die Parteien der großen Koalition durch besonders starke Unterstützung aus. Deutlich unterdurchschnittlich ist im Vergleich die Unterstützung bei Anhängern von AfD (0,65) und Die Linke (0,58).

Bei Bürgerinnen und Bürgern aus den unterschiedlichen Regionen Deutschlands fallen vor allem die Ostdeutschen auf. Diese zeigen eine stärkere Unterstützung für die Regeln der Parlamentsbeteiligung bei Entscheidungen über Einsätze der Streitkräfte als West-, Süd- und Norddeutsche. Sie sind zudem in größerem Maße für außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU. Im Gegensatz dazu ist die Unterstützung für Kooperation im NATO-Kontext im Osten etwas geringer als im Rest des Landes.

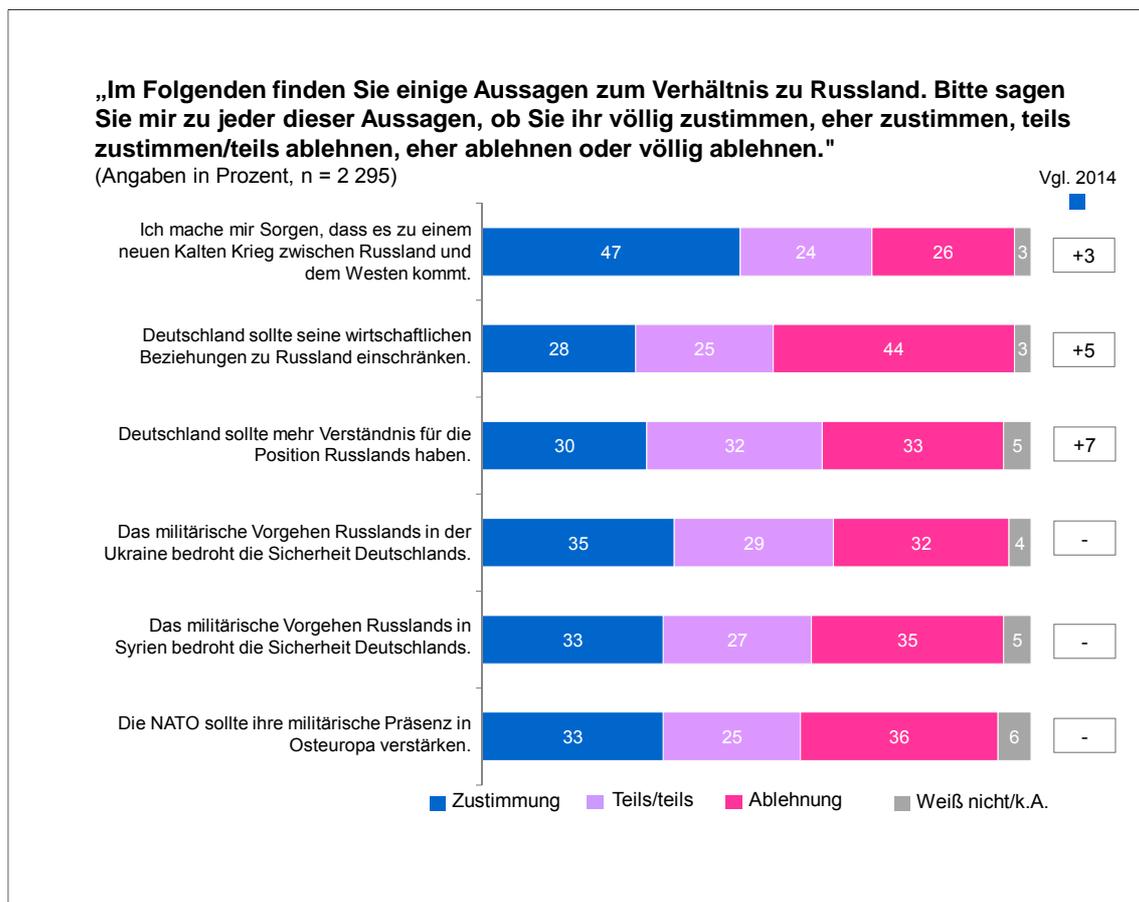
Aussagen zum Verhältnis zu Russland

In ihren Wahrnehmungen zum Verhältnis zu Russland zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger einerseits besorgt vor einem erneuten Kalten Krieg, andererseits präsentiert sich ein geteiltes Meinungsbild (vgl. Abbildung 5.6). 47 Prozent der Befragten machen sich Sorgen, dass es zu einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen kommen könnte. Fast ein Viertel (24 Prozent) ist geteilter Meinung, ein weiteres Viertel teilt diese Sorge nicht (26 Prozent). Im Vergleich zu 2014, als diese Frage letztmalig gestellt wurde, ist der Anteil der besorgten Befragten um 3 Prozentpunkte gestiegen. Wirtschaftssanktionen und die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland werden von mehr als einem Viertel (28 Prozent) begrüßt und von 44 Prozent der Befragten abgelehnt. Die Zustimmung ist hier im Vergleich zum Jahr 2014 um 5 Prozentpunkte gestiegen.

Ein vollkommen geteiltes Meinungsbild ergibt sich bezüglich der Frage, ob Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte. 30 Prozent plädieren für mehr Verständnis, 32 Prozent sind geteilter Meinung, und 33 Prozent lehnen mehr Verständnis für Russland ab. Allerdings zeigt sich für diese Frage im Vergleich zu 2014 ein Zuwachs derjenigen, die sich für ein größeres Verständnis aussprechen, um 7 Prozentpunkte.

Auch zu den drei übrigen Fragen sind die Befragten geteilter Meinung: Etwa ein Drittel sieht die Sicherheit Deutschlands durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (35 Prozent) oder in Syrien (33 Prozent) bedroht. 32 Prozent (Ukraine) bzw. 35 Prozent (Syrien) sind gegenteiliger Auffassung. Wiederum ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unterstützt eine verstärkte Präsenz der NATO in Osteuropa (33 Prozent), während dies von 36 Prozent abgelehnt wird. Vergleiche zu 2014 sind nicht möglich, da diese Fragen im Jahr 2016 erstmals gestellt wurden.

Abbildung 5.6: Aussagen zum Verhältnis zu Russland



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Drei der sechs Aussagen werden zum Abschluss dieses Kapitels daraufhin untersucht, ob es Unterschiede zwischen soziodemografischen Gruppen gibt. Dafür wurden die Fragen nach der Sorge vor einem neuen Kalten Krieg sowie die Einstellungen zu Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland und einer verstärkten militärischen Präsenz der NATO in Osteuropa ausgewählt.

Tabelle 5.4: Positionen zum Verhältnis zu Russland in soziodemografischen Gruppen

„Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Verhältnis zu Russland. Bitte sagen Sie mir zu jeder dieser Aussagen, ob Sie ihr völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.“ (Angaben in Prozent)			
	Sorge Kalter Krieg mit Russland	Zustimmung Wirtschafts- sanktionen	Zustimmung Verstärkung NATO- Präsenz
Insgesamt	47	28	33
Geschlecht	n.s.	**	*
Männer	45	28	34
Frauen	49	29	33
Alter	***	n.s.	*
16 bis 29 Jahre	40	29	29
30 bis 49 Jahre	46	29	35
50 bis 69 Jahre	52	28	34
70 Jahre und älter	48	29	33
Bildungsniveau	*	**	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	51	24	29
Realschulabschluss	47	29	36
Hauptschulabschluss	46	31	35
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	*
4.001 Euro und mehr	43	28	37
2.001 bis 4.000 Euro	47	29	36
Bis 2.000 Euro	48	32	32
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***
CDU/CSU	49	34	45
SPD	50	32	37
Bündnis 90/Die Grünen	54	25	27
Die Linke	50	20	23
FDP	54	27	35
AfD	46	27	32
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	41	25	27
Region	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	39	30	32
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	58	22	28
Süddeutschland (BW, BY)	49	31	39
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	43	30	32
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	n.s.
ja	48	(23)	33
nein	47	29	33

Anmerkungen: Nur Zustimmung wird tabellarisch ausgewiesen. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst. Chi²-Unabhängigkeits-Test. Der Test bezieht sich auf die vollständige Verteilung mit Zustimmung, teils/teils, Ablehnung und Weiß nicht/k.A. Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Tabelle 5.4 zeigt die Zustimmung zu den drei Fragen in den jeweiligen Teilgruppen – die übrigen Kategorien werden aus Platzgründen nicht ausgewiesen, aber für die Berechnung des Signifikanztests berücksichtigt. Geschlecht, Einkommen und Migrationshintergrund spielen für die drei Einstellungen keine Rolle. Ältere machen sich – vermutlich wegen der vorhandenen eigenen Erfahrungen – mehr Sorgen wegen eines möglichen Kalten Krieges mit Russland und stimmen verstärkten Truppenstationierungen eher zu. Die geringste Unterstützung zeigt sich bei dieser Frage in der jüngsten Altersgruppe.

Bei Bildung sind differenzierte Effekte festzustellen. Einerseits führt steigendes Bildungsniveau zu mehr Sorgen vor einem potenziellen Kalten Krieges, andererseits gibt es bei höherer Bildung weniger Zustimmung für Wirtschaftssanktionen. Zudem zeigt sich unter höher Gebildeten eine deutlich geringere Neigung, einer verstärkten Truppenpräsenz der NATO in Osteuropa zuzustimmen (29 Prozent).

Wie schon in zahlreichen vorangehenden Analysen spielt die Wahlabsicht bzw. Parteipräferenz der Befragten eine große Rolle für ihre außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen: Die Sorge vor einem Kalten Krieg ist unter Personen mit einer Neigung zur Wahl von FDP oder den Grünen mit 54 Prozent Zustimmung am größten, bei den Anhängern der AfD (46 Prozent) und Nichtwählern bzw. Personen ohne Wahlabsicht (41 Prozent) am geringsten. Die größte Unterstützung für Wirtschaftssanktionen findet sich bei Personen, welche die Parteien der großen Koalition bevorzugen (34 bzw. 32 Prozent), in allen anderen Gruppen liegt die Zustimmung deutlich unter 30 Prozent. Die klarsten Unterschiede treten im Hinblick auf die Einstellung zur Verstärkung der NATO-Präsenz zu Tage: Wähler von CDU und CSU zeigen mit 45 Prozent die mit Abstand höchste Zustimmung. Bei den Anhängern von SPD, FDP und AfD sprechen sich mindestens ein Drittel für eine zusätzliche Stationierung aus, während diese Position in den übrigen Gruppen von weniger als einem Drittel unterstützt wird. Am wenigsten Unterstützung findet diese Idee mit 23 Prozent Zustimmung bei Anhängern der Linken.

Im Vergleich zu den anderen Regionen stechen auch bei den hier analysierten Fragen wieder die Ostdeutschen heraus. Sie machen sich mit 58 Prozent Zustimmung am meisten Sorgen vor einem neuen Kalten Krieg, stimmen Wirtschaftssanktionen am wenigsten zu (22 Prozent) und unterstützen eine verstärkte Präsenz der NATO (mit 28 Prozent) im geringsten Maße.

Insgesamt zeigt sich in diesem Kapitel, dass die in den Medien und der Politik ausgetragene Debatte über eine gewachsene Verantwortung Deutschlands in der internationalen Politik bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen ist. Eine große Mehrheit nimmt diesen Verantwortungszuwachs wahr und spricht sich für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik aus, die bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten

mitwirken soll. Bei der Wahl der Mittel findet eine Vielzahl an Maßnahmen eine mehrheitliche Unterstützung bei den Befragten. Allerdings gibt es eine Präferenz zu friedlichen, diplomatischen und unterstützenden Mitteln. Umstritten bzw. ohne mehrheitliche Zustimmung sind die Aufnahme von Flüchtlingen, Kampfeinsätze der Bundeswehr und Waffenlieferungen.

Hinsichtlich der Einstellung zu Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik bestätigen sich die Befunde aus vorangehenden Studien: Die Deutschen sind kritisch gegenüber Krieg als Mittel der Politik, sind klar für eine Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern und Bündnispartnern und möchten, dass sich ihr Land in die internationale Politik einmischet. Über Einsätze der Bundeswehr sollte nach Ansicht eines großen Teils der Bürger der Bundestag entscheiden. Im Verhältnis zu Russland zeigt sich Sorge vor einer Neuauflage des Kalten Krieges. Wirtschaftssanktionen und Truppenverstärkungen der NATO in Osteuropa finden allerdings keine mehrheitliche Unterstützung. Bei all diesen politischen Einstellungen zeigen sich besonders große Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlichen Parteipräferenzen sowie zwischen Ostdeutschen und den Bewohnern der übrigen Regionen des Landes.

6 Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

Heiko Biehl

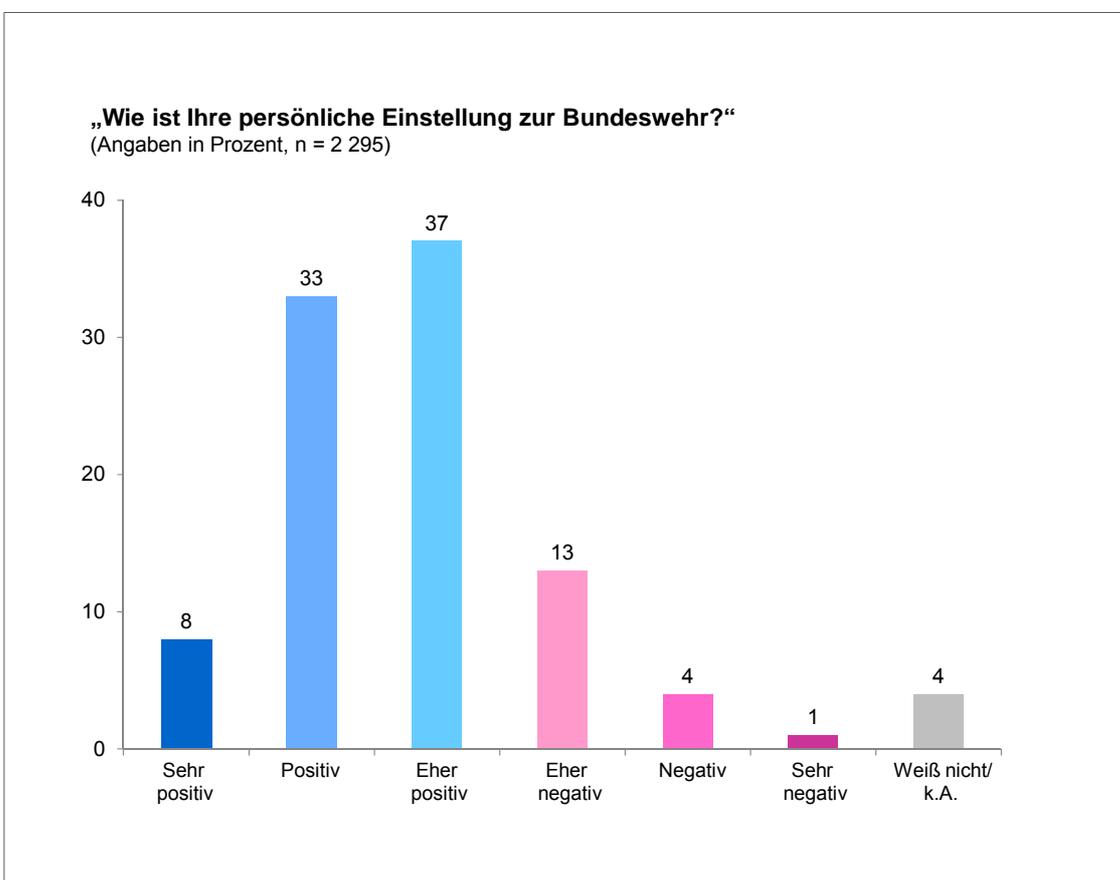
Allgemeine Einstellungen zur Bundeswehr

Die Bundeswehr ist auf das Wohlwollen und die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen. Wie für jede andere öffentliche Einrichtung ist die Haltung der Bürgerinnen und Bürger in mehrfacher Weise wesentlich: So beziehen die Streitkräfte einen entscheidenden Teil ihrer Legitimation aus der gesellschaftlichen Akzeptanz und Unterstützung. Als Armee in der Demokratie ist es Anliegen der Bundeswehr, die Bevölkerung hinter sich zu wissen. Für die Soldatinnen und Soldaten ist die gesellschaftliche Wertschätzung darüber hinaus ein zentraler Quell ihrer dienstlichen Motivation. Wie sozialwissenschaftliche Studien für den Dienstalltag, für Übungen wie für Einsätze nachweisen (Biehl/Keller 2016), hängt die soldatische Motivation entscheidend vom wahrgenommenen öffentlichen Zuspruch ab. Zugleich erleichtert ein hohes soziales Renommee Personalrekrutierung und Personalbindung. So ist aus Untersuchungen bekannt, dass das Ansehen eines Arbeitgebers Einfluss auf dessen personalwerbliche Attraktivität nimmt (vgl. Kapitel 9; Richter 2016). Nicht zuletzt legt die Innere Führung den Anspruch fest, dass die Bundeswehr fest in die bundesdeutsche Gesellschaft integriert ist und den Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger erfährt. Entsprechend setzt die Zentrale Dienstvorschrift zur Inneren Führung (ZDv 10/1, Ziffer 401; mittlerweile überführt in die ZDv A 2600/1) das Ziel, „[...] die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu erhalten und zu fördern, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen sowie die Soldatinnen und Soldaten aktiv in die durch ständigen Wandel geprägten Streitkräfte einzubeziehen [...]“ (Bundesministerium der Verteidigung 2008).

Es gibt mithin gute Gründe, weshalb der gesellschaftliche Rückhalt wesentlich für die Bundeswehr ist. Doch wie ist es um diesen bestellt? Steht die Bevölkerung hinter ihren Streitkräften? Oder dominieren Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung? Über Jahre hinweg herrschte innerhalb der Streitkräfte, aber auch in der Wahrnehmung von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft die Auffassung vor, dass die deutsche Bevölkerung der Bundeswehr lediglich mit einem „freundlichen Desinteresse“, so das Schlagwort des damaligen Bundespräsidenten Köhler, begegne. Es fehle an echten Bekenntnissen und substanzieller Unterstützung der Streitkräfte (Feaver/Kohn 2001; Holsti 1998/99; Köh-

ler 2005; Rahbeck-Clemmensen et al. 2012). Mittlerweile sind jedoch differenzierende Stimmen vernehmbar (Fiebig/Pietsch 2009; Franke 2012), die auf die Diskrepanz zwischen der Akzeptanz der Streitkräfte und der Distanz zu den Auslandsmissionen, insbesondere zum Afghanistaneinsatz, hinweisen (vgl. Kapitel 12; Mader 2017). Dass die Bundeswehr als Organisation auf eine grundlegend freundliche Haltung in der breiten Öffentlichkeit zählen kann, bestätigen die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2016 in mehrfacher Art und Weise. In der Erhebung fanden diverse Indikatoren Verwendung, die den öffentlichen Zuspruch zu den Streitkräften erfassen, und die sämtlich in die gleiche Richtung weisen.

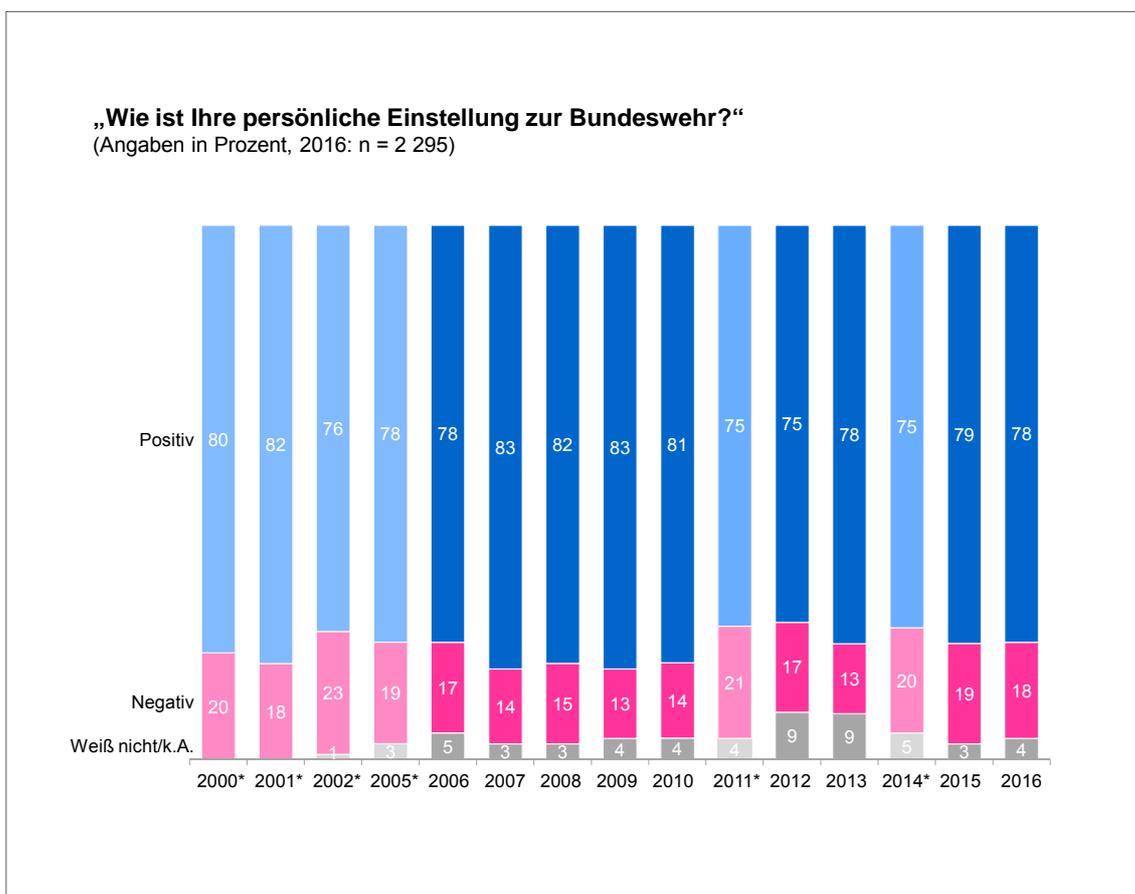
Abbildung 6.1: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Gefragt nach ihrer persönlichen Haltung zu den Streitkräften äußern sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 6.1). Fast vier Fünftel der Befragten weisen eine positive, 18 Prozent eine negative Einstellung auf. Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort. Seit anderthalb Jahrzehnten bekundet eine deutliche Mehrheit der Befragten ihre wohlwollende Haltung zu den deutschen Streitkräften (vgl. Abbildung 6.2).

Abbildung 6.2: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich



Anmerkung: * Nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode).

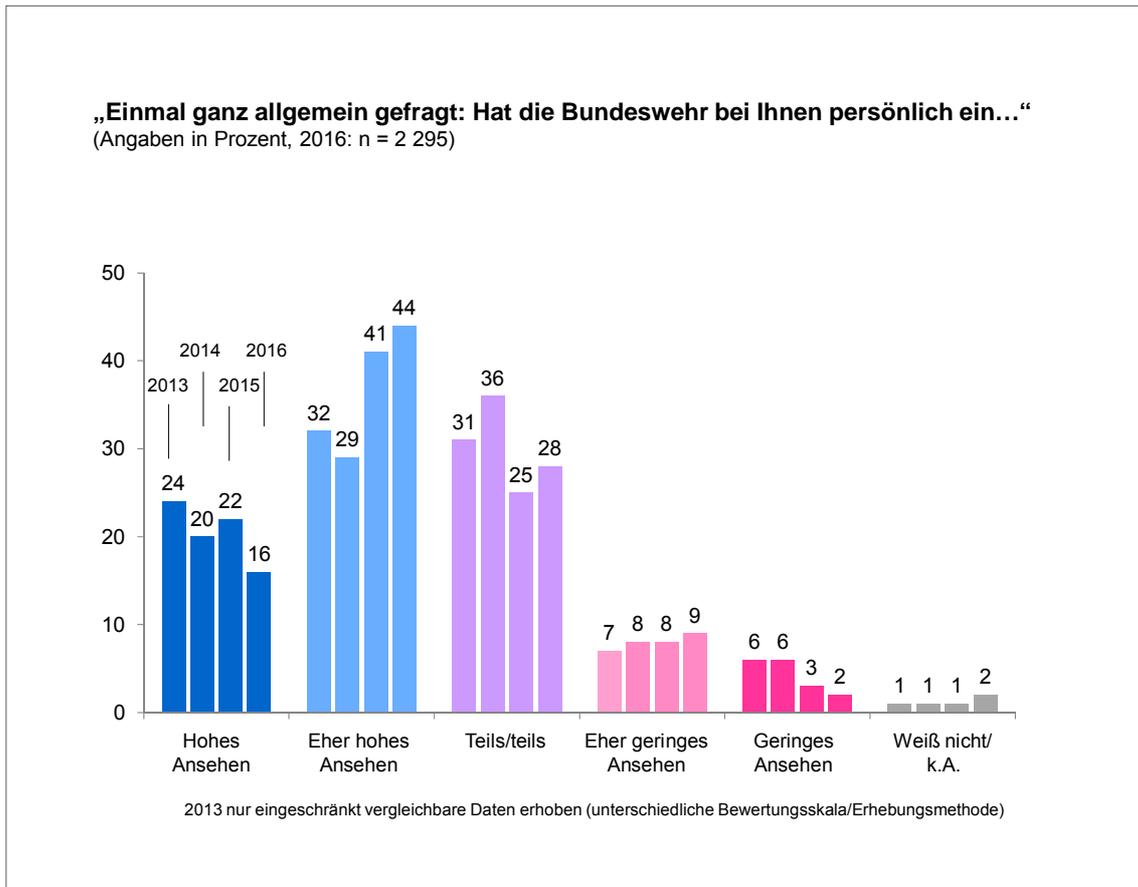
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Im Vergleich zu 2015 ist keine substantielle Veränderung der Grundhaltung zur Bundeswehr festzustellen. Mehr als drei Viertel der Befragten haben eine positive, weniger als ein Fünftel eine negative Einstellung. Über den gesamten Betrachtungszeitraum seit dem Jahr 2000 waren stets mindestens drei Viertel der Befragten der Bundeswehr gegenüber positiv eingestellt und zwischen 13 und 23 Prozent negativ. Insofern zeigen sich im Zeitverlauf nur geringe Veränderungen.

Der allgemein positive Eindruck bestätigt sich, wenn nach dem Prestige der Streitkräfte gefragt wird. Denn die Bundeswehr genießt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen (vgl. Abbildung 6.3). 60 Prozent der Befragten äußern sich entsprechend. Bei 11 Prozent der Bürgerinnen und Bürger hat die Bundeswehr ein (eher) geringes Prestige. Nahezu 30

Prozent wählen die Mittelkategorie.¹⁷ Im Vergleich zu 2015 zeigt sich ein Rückgang des Anteils der Personen, bei denen die Bundeswehr ein hohes Ansehen hat. Gleichzeitig nimmt der Anteil derjenigen leicht zu, bei denen die Bundeswehr weder ein hohes noch ein geringes Ansehen genießt. Die Änderungen bewegen sich im einstelligen Prozentbereich. Ein substantzieller Wandel ist nicht zu erkennen.

Abbildung 6.3: Persönliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich



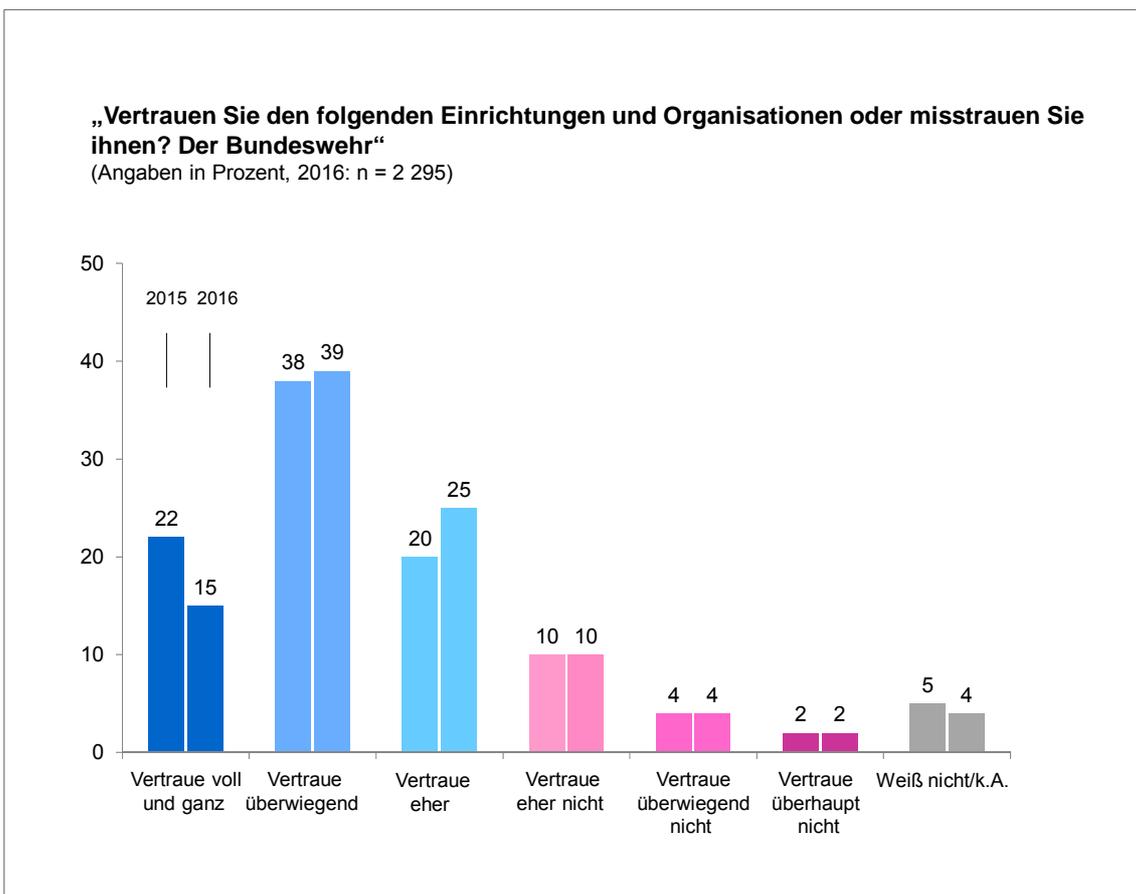
Anmerkung: Die Fragestellung lautete 2013: „Welches Ansehen genießt die Bundeswehr bei Ihnen persönlich?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2016.

¹⁷ Vergleicht man die Werte zum persönlichen Ansehen mit den berichteten Einstellungen zur Bundeswehr, dann sind die unterschiedlichen Antwortskalen zu beachten. Während die Einstellung (ebenso wie das nachfolgend betrachtete Vertrauen) mit einer 6er-Skala erhoben wird, findet beim persönlichen Ansehen eine 5er-Skala Anwendung. Skalen mit einer geraden Zahl an Antwortmöglichkeiten zwingen die Befragten zur Entscheidung zwischen tendenziell positiven und tendenziell negativen Urteilen. Bei Skalen mit einer ungeraden Zahl an Optionen bietet sich für unentschlossene und ambivalente Befragte die Mittelkategorie an, die in diesem Fall von einem guten Drittel gewählt wird. Im Vergleich dazu generieren gerade Skalen auf deskriptiver Ebene stets höhere Zustimmungswerte für die Bundeswehr. Wie weiterführende Analysen mit multivariaten Verfahren und vereinheitlichter Skalenlänge belegen, bestehen jedoch in der Substanz nur marginale Unterschiede zwischen den verwendeten Skalen. Für weiterführende Analysen zu diesen Themen siehe Höfig (2015, v.a. 340 f.).

Dieses Urteil gilt auch mit Blick auf die Vertrauenswerte. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertraut der Bundeswehr (vgl. Abbildung 6.4). Knapp 80 Prozent äußern sich entsprechend. Misstrauen hegen 16 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Verschiebung innerhalb des positiven Bereichs der Vertrauensskala zu verzeichnen: Der Anteil von Befragten mit sehr hohem Vertrauen nimmt ab, der Anteil von Befragten mit eher hohem Vertrauen steigt. Dennoch verbleibt ein bemerkenswert hoher Zuspriech an Vertrauen, dessen Wert noch deutlicher wird, wenn man ihn in Bezug zu anderen Institutionen setzt.

Abbildung 6.4: Vertrauen in die Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Die Bundeswehr ist eine der Organisationen, die das stärkste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erfährt (vgl. Abbildung 6.5). Nur die Polizei und die öffentlichen Schulen genießen mehr, das Bundeskriminalamt ein vergleichbares Vertrauen. Die Bevölkerung schenkt der Bundeswehr ein größeres Vertrauen als vielen der etablierten Institutionen aus verschiedenen Sektoren (vgl. Abbildung 6.6).

Abbildung 6.5: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 1



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Einschränkend ist anzumerken, dass die Vertrauensbekundungen der dies- und letztjährigen Bevölkerungsbefragung des ZMSBw für die meisten Institutionen oberhalb des Niveaus liegen, das andere Erhebungen ausweisen. Mit dem vorhandenen Datenmaterial ist nicht abschließend zu klären, worauf dieses generell hohe Vertrauen zurückzuführen ist. Von dieser Einschränkung unbenommen ist jedoch die Abstufung des Vertrauensspruchs zu den diversen Organisationen: Seit Jahren nimmt die Bundeswehr – wie andere Untersuchungen bestätigen – einen Spitzenplatz im Vertrauensranking der öffentlichen Einrichtungen ein (z.B. Die Welt 2013; Infratest dimap 2016).

Abbildung 6.6: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 2



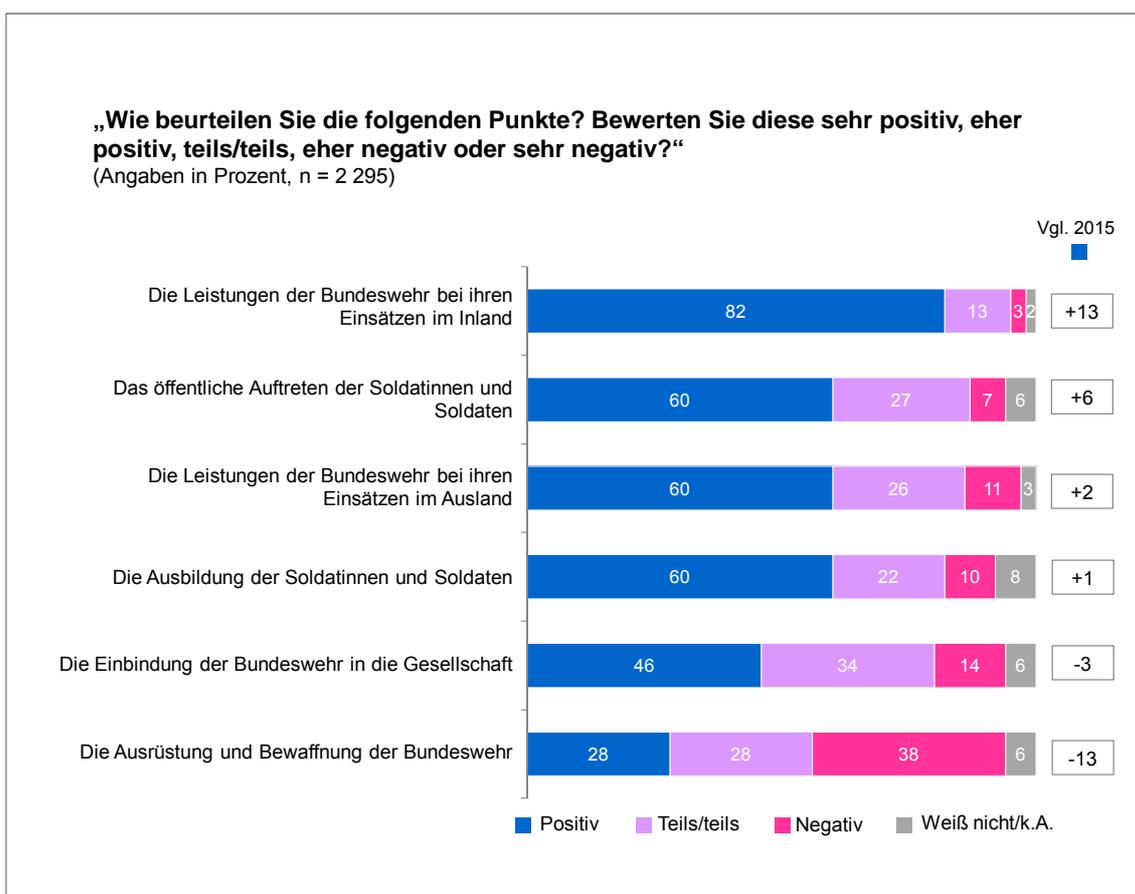
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Spezifische Einstellungen zur Bundeswehr

Das insgesamt festzustellende hohe Vertrauen korrespondiert mit einer Wahrnehmung, die der Bundeswehr in weiten Bereichen gute Leistungen attestiert. Die Bürgerinnen und Bürger bringen verschiedenen Aspekten der Bundeswehr ihre Wertschätzung entgegen (vgl. Abbildung 6.7). Mit 82 Prozent am positivsten werden die Leistungen der Bundeswehr im Inland angesehen. Der erhebliche Anstieg seit 2015 steht im zeitlichen Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe. Weit überwiegend positiv werden das öffentliche Auftreten der Soldatinnen und Soldaten, ihre Beiträge in den Auslandseinsätzen und ihre Ausbildung mit jeweils 60 Prozent bewertet. Etwas kritischer fällt das Urteil zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft mit weniger als 50 Prozent Zustimmung aus – wobei offenbleibt, ob dies als Versäumnis der Streitkräfte oder als gesellschaftliches Manko verstanden wird. Deutlich negativer und mit erheblichen Verschlechterungen im Vergleich zum Vorjahr bewerten die Bürgerinnen und Bürger Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. Nur noch ein gutes Viertel der Befragten schätzt diese als positiv, und fast 40 Prozent schätzen sie als negativ ein. Damit ist die

Debatte um den Ausrüstungsstand der Streitkräfte mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung im Bewusstsein der Bevölkerung angekommen. Diese spezifische Kritik strahlt jedoch weder auf die generelle Bewertung der Streitkräfte aus, noch schlägt sie in generelle Ablehnung um.

Abbildung 6.7: Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr



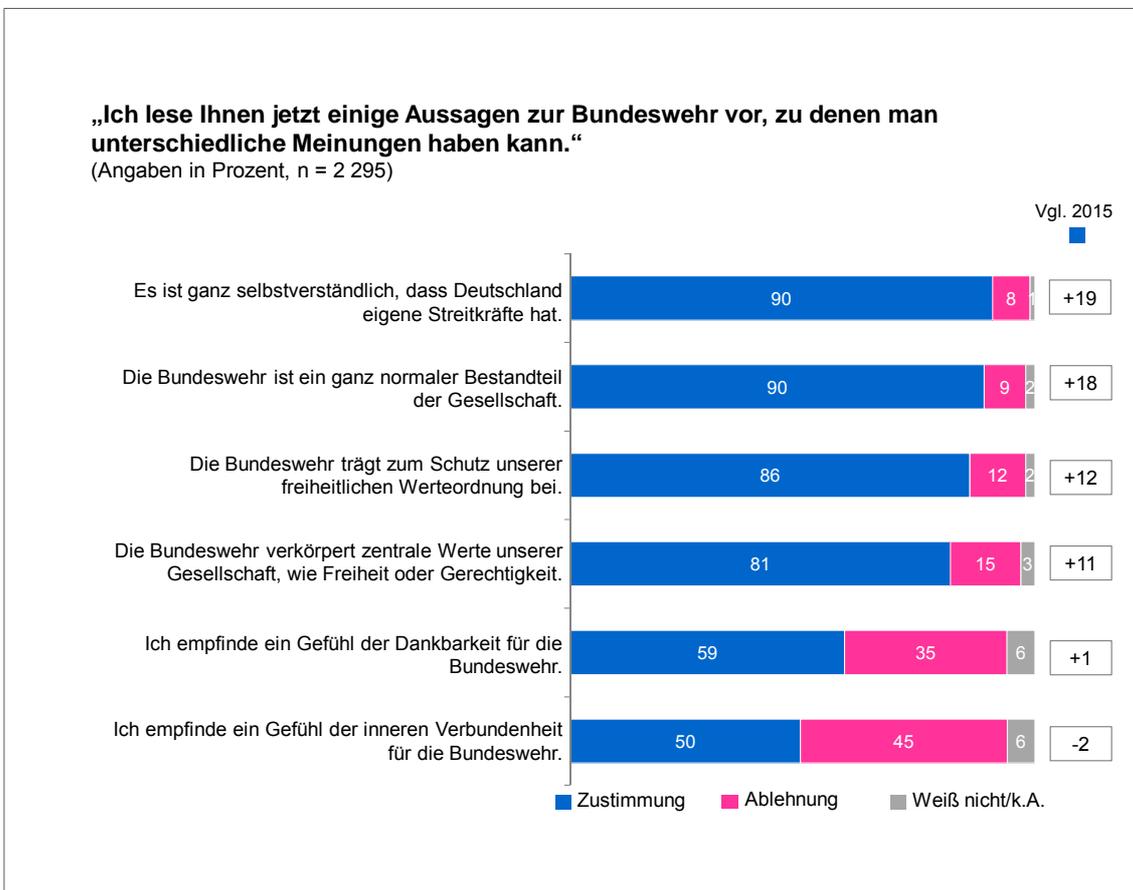
Anmerkung: Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ wurden zusammengefasst; negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Denn für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ist es selbstverständlich, dass die Bundesrepublik Streitkräfte hat und dass diese ein normaler Bestandteil der Gesellschaft sind (vgl. Abbildung 6.8). Zurückzuführen ist dies auf den Eindruck, dass die Bundeswehr zum Schutz des Gemeinwesens beiträgt und dabei zentrale Werte des Staates repräsentiert. Hinsichtlich dieser funktionalen Aspekte zeigt sich ein erheblicher Anstieg der Zustimmung im Vergleich zum Vorjahr. Die affektive Verbindung zu den Streitkräften unterliegt hingegen keiner Veränderung. 59 Prozent der Befragten empfinden

ein Gefühl der Dankbarkeit ihr gegenüber, die Hälfte hat ein Gefühl der inneren Verbundenheit.

Abbildung 6.8: Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft



Anmerkung: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Erklärung von allgemeinen Einstellungen zur Bundeswehr

Im Folgenden sollen die weiter oben behandelten allgemeinen Indikatoren zur Bundeswehr noch einmal genauer betrachtet und Erklärungsfaktoren herausgearbeitet werden. Für die Einstellung, das Ansehen und das Vertrauen ergibt sich der gleiche Befund: Die Bevölkerung schätzt die Bundeswehr und begegnet ihr wohlwollend. Wie statistische Analysen zeigen, hängen die drei Indikatoren nicht nur konzeptionell, sondern auch empirisch eng zusammen. Die entsprechenden Korrelationen (Pearsons r) bewegen sich zwischen 0,67 und 0,74 (alle sind statistisch signifikant auf dem 0,001-Prozent-Niveau; ohne Tabelle). Eine Faktorenanalyse mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Ver-

trauen in die Bundeswehr ergibt eine einfaktorielle Lösung¹⁸ (ohne Abbildung), und eine entsprechend konstruierte Skala weist mit einem Cronbachs alpha von 0,84 eine sehr hohe Reliabilität auf. Mithin messen die drei Indikatoren nicht verschiedenartige Konstrukte, sondern gleichermaßen die eine grundlegende Haltung zur Bundeswehr. In die nachstehenden multivariaten Auswertungen (Tabelle 6.2) gehen daher die auf der Faktorenanalyse basierenden Faktorwerte als abhängige Variablen ein.

Während verschiedene Untersuchungen – entgegen einer verbreiteten Skepsis innerhalb der Streitkräfte und bei Teilen der Wissenschaft – wiederholt die positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger nachgewiesen haben (z.B. Biehl 2016; Reichelt/Meyer 2010: 210; von Bredow 2015: 262 f.), ist weniger bekannt, worauf diese beruht. Im Folgenden sollen daher die Trägerschichten und Motive einer wohlwollenden wie einer ablehnenden Haltung zu den Streitkräften beleuchtet werden. In einem ersten Schritt wird verglichen, inwiefern die soziale Position eines Befragten Einfluss auf seine Bewertung der Bundeswehr nimmt. Dazu wird die Einstellung zu den Streitkräften über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg verglichen. Da wie berichtet mit den drei Instrumenten Einstellung, Vertrauen und Ansehen letztlich die gleiche inhaltliche und konzeptionelle Dimension erhoben wird, nämlich die grundlegende Haltung zu den Streitkräften, kann auf eine detaillierte Betrachtung aller drei Indikatoren verzichtet werden. In Tabelle 6.1 ist exemplarisch die Einstellung zur Bundeswehr in verschiedenen sozialen Gruppierungen ausgewiesen. Die Verteilung des Ansehens und Vertrauens in die Streitkräfte folgt den gleichen Mustern.

Die Haltung zu den Streitkräften ist zum Teil abhängig von der sozialen Position der Befragten. So sind Frauen der Bundeswehr gegenüber etwas positiver eingestellt als Männer. Deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen den Altersgruppen. Ältere Befragte stehen den Streitkräften wohlgesonnener gegenüber als Jüngere. Von den über 70-Jährigen weisen nur 12 Prozent eine negative Haltung auf, bei den unter 30-Jährigen immerhin 27 Prozent. Allerdings überwiegen über alle Alterskohorten hinweg die Anteile derjenigen mit positiver Einstellung. Bildungs- und Einkommensniveau üben keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die betrachtete Haltung aus. Merkliche Abweichungen gibt es zwischen den Anhängerschaften der politischen Parteien. Während diejenigen, die eine der etablierten Parteien präferieren, den Streitkräften durchweg wohlgesonnen sind – dies gilt mittlerweile auch für die Grünen –, zeigen sich gewisse Vorbehalte bei den Anhängern der Linken, der AfD und den Nichtwählern bzw. Personen ohne Parteipräferenz.

18 Ergebnisse der Faktorenanalyse: Eigenwert des Faktors = 2,4. Erklärte Varianz = 81 Prozent. Faktorladungen: Einstellung = 0,91, Ansehen = 0,89, Vertrauen = 0,89.

Tabelle 6.1: Einstellung zur Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Bundeswehr?“ (Angaben in Prozent)			
	Positiv ¹	Negativ ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	78	18	4
Geschlecht *			
Männer	77	20	(3)
Frauen	80	16	4
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	68	27	(6)
30 bis 49 Jahre	76	20	(4)
50 bis 69 Jahre	83	15	(2)
70 Jahre und älter	84	12	(4)
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	76	19	(5)
Realschulabschluss	80	17	(3)
Hauptschulabschluss	79	18	(3)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}			
4.001 Euro und mehr	75	(19)	(6)
2.001 bis 4.000 Euro	80	17	(3)
Bis 2.000 Euro	78	20	(2)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	85	12	(2)
SPD	87	12	(1)
Bündnis 90/Die Grünen	78	(19)	(4)
Die Linke	64	(32)	(4)
FDP	83	(11)	(6)
AfD	73	25	(3)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	71	23	(7)
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	70	26	(4)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	77	19	(4)
Süddeutschland (BW, BY)	81	15	(5)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	80	18	(2)
Migrationshintergrund ***			
ja	79	(13)	(8)
nein	78	19	3

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Daneben bestehen regionale Unterschiede: In Süddeutschland findet sich das freundlichste Meinungsklima für die Bundeswehr, einige Vorbehalte gibt es in Norddeutschland. Ein systematischer Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern

ergibt sich hingegen nicht. Etwas überraschend zeigt sich, dass Befragte mit Migrationshintergrund den Streitkräften positiver gegenüberstehen als Befragte ohne einen solchen Hintergrund. In der Gesamtschau bleibt festzuhalten, dass zwar einige Differenzen hinsichtlich der sozialstrukturellen Merkmale bestehen, die Bundeswehr jedoch bei allen betrachteten sozialen Gruppen auf mehrheitlich positive Einstellungen trifft.

Damit bestätigt sich quer durch die betrachteten gesellschaftlichen Bereiche das hohe Ansehen, das die deutschen Streitkräfte gegenwärtig genießen. Im Gegensatz zu diesem Befund, der seit Jahren stabil ist und der sich in unterschiedlichen Untersuchungen zeigt (Fiebig/Pietsch 2009; Jacobs 2008), sind die dahinterstehenden Gründe und Ursachen weniger erforscht (Hill et al. 2013). Dabei kursieren durchaus Vorstellungen und Annahmen, wer weshalb den Streitkräften wohlgesonnener ist und wer ihnen eher mit Distanz begegnet. Wie die Auswertung nach sozialen Gruppen ergeben hat, üben sozialstrukturelle Merkmale einen gewissen Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr aus. Ergänzend wirkt die parteipolitische Präferenz der Befragten.

Daneben sollten Erfahrungen und Kontakte zu den Streitkräften relevant sein. So betonen die Verteidiger der Wehrpflicht durchgehend deren soziale Integrationskraft (Pfafenzeller 2010: 485). Stimmt diese These, dann sollten Personen, die Erfahrungen in den und mit den Streitkräften aufweisen, diesen positiver gegenüberstehen als Befragte ohne eigene Erfahrungen. Mit dem Übergang zur Freiwilligenarmee treten Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten und die mediale Berichterstattung an die Stelle persönlicher Erfahrungen in den Streitkräften. Daher ist im Weiteren zu betrachten, welche Wirkkraft diese unterschiedlichen Kontaktarten auf die Einstellung zur Bundeswehr entfalten. Diese – in Teilen konkurrierenden Annahmen – lassen sich mit dem Variablenansatz der Bevölkerungsbefragung empirisch überprüfen. Dazu werden multiple Regressionsanalysen gerechnet, in die die Faktorwerte aus den Indikatoren Einstellung, Vertrauen und Ansehen der Bundeswehr als abhängige Variablen eingehen. Als Erklärungsgrößen werden zunächst soziale Merkmale, politische Orientierungen und Erfahrungen bzw. Kontakte mit den Streitkräften getrennt betrachtet. Damit ist es möglich, den Effekt der jeweiligen Indikatoren zu identifizieren und deren Einfluss auf die Haltung zur Bundeswehr separat zu analysieren. Anschließend wird in einer umfassenden Analyse geprüft, inwieweit sich die Effekte gegenseitig überlagern bzw. aufheben.

Die Auswertungen zeigen die Relevanz sozialstruktureller Merkmale eines Befragten für seine Haltung zur Bundeswehr (Tabelle 6.2, Modell I). So stehen Ältere und Personen mit Migrationshintergrund – auch unter Kontrolle der anderen Größen – den Streitkräften wohlgesonnener, Höhergebildete diesen kritischer gegenüber. Demgegenüber üben das Geschlecht, das Einkommen und eine Herkunft aus den neuen Bundesländern keinen eigenständigen Einfluss auf die Einstellung zur Bundeswehr aus. Die Erklä-

rungskraft der sozialstrukturellen Merkmale ist mit einem korrigierten R^2 von 0,03 gering. Mithin bestätigt sich der bereits aus den Gruppenvergleichen gewonnene Eindruck, dass die Bundeswehr über alle sozialen Gruppierungen hinweg in etwa gleichermaßen angesehen ist.

Tabelle 6.2: Determinanten der Einstellung zur Bundeswehr

	Einstellung zur Bundeswehr (Faktorwerte)			
	I	II	III	IV
<i>Soziodemografie</i>				
Alter	0,16***			0,13***
Frauen	0,02 ^{n.s.}			0,11***
Niedrige Bildung	-0,02 ^{n.s.}			-0,03 ^{n.s.}
Hohe Bildung	-0,05*			-0,07**
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2 000 Euro)	-0,02 ^{n.s.}			-0,01 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (3 001 Euro und mehr)	0,01 ^{n.s.}			0,01 ^{n.s.}
Ostdeutschland	-0,03 ^{n.s.}			0,01 ^{n.s.}
Migrationshintergrund	0,06**			0,05*
<i>Politische Einstellungen</i>				
Wahlabsicht Bündnis90/Die Grünen		-0,07**		-0,04 ^{n.s.}
Wahlabsicht Die Linke		-0,11***		-0,10***
Wahlabsicht FDP		-0,00 ^{n.s.}		0,02 ^{n.s.}
Wahlabsicht AfD		-0,13***		-0,09***
Keine Parteipräferenz/Nichtwähler		-0,24***		-0,20***
<i>Kontakte und Erfahrungen</i>				
Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag			0,07**	0,09***
Wahrnehmung Bundeswehr in den Medien			0,09*	0,06*
Bin/war Soldat			0,08***	0,10***
Verwandter/Bekannter ist/war Soldat			0,05*	0,05*
Korrigiertes R^2	0,03	0,06	0,03	0,11
n	2152	1825	2126	1809

Anmerkungen: Multiple lineare Regressionen, standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Abhängige Variable sind Faktorwerte (Regressionswerte) mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Vertrauen zur Bundeswehr (s. Text). Folgende erklärende Variablen haben einen Wertebereich von [0;1]: Frauen, niedrige Bildung, hohe Bildung, Haushaltsnettoeinkommen (bis 2 000 Euro), Haushaltseinkommen (3 001 Euro und mehr), Ostdeutschland, Migrationshintergrund, Wahlabsicht Bündnis90/Grüne, Die Linke, FDP, AfD, Keine Parteipräferenz/Nichtwähler, bin/war Soldat, Verwandter/Bekannter ist/war Soldat. Alter in Jahren. Wahrnehmung Bundeswehr im Alltag/in den Medien als Faktorwerte (Varimax-rotiert, Regressionswerte). Signifikanzniveau: *** $p < .001$; ** $p < .01$; * $p < .05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq .05$).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Diese Einschätzung trifft mit Blick auf die (partei-)politischen Orientierungen so nicht zu (Modell II). Vielmehr übt der Umstand, ob ein Befragter einer Regierungs-, einer Oppositions- oder gar keiner Partei zuneigt, einen merklichen Einfluss auf seine Haltung zu den Streitkräften aus. Eine Wahlabsicht für Union oder SPD wurde dabei als Referenzkategorie gewählt, da diese zum einen die Regierungsparteien auf Bundesebene stellen und deren Anhänger zum anderen den Streitkräften am positivsten begegnen. Wie zu erwarten, sind die Anhänger der Grünen und noch mehr die der Linken der

Bundeswehr gegenüber kritischer eingestellt. Dies gilt ebenso für Befragte mit AfD-Wahlabsicht, was angesichts des Profils der Partei mit konservativen und nationalistischen Positionen nicht unbedingt zu erwarten gewesen ist. Zieht man jedoch den Befund hinzu, dass Befragte ohne Parteiaffinität eine vergleichsweise negative Einstellung zur Bundeswehr äußern, dann kann dies als Ausdruck einer generell größeren Distanz zu staatlichen Institutionen und Einrichtungen des politischen Systems verstanden werden. Mit Blick auf die politischen Orientierungen ist eine kritische Haltung zu den Streitkräften demnach Ergebnis einer grundlegenden Skepsis gegenüber öffentlichen Einrichtungen und etablierten Staatsorganen. Kritik an der Bundeswehr kann sich folglich zum einen spezifisch gegen die Streitkräfte als militärische Organisation richten. Zum anderen kann sie aber auch Ausdruck einer Unzufriedenheit mit dem politischen System sein.

Das Zusammenspiel eigener Erfahrungen in den und mit den Streitkräften, alltäglicher Begegnungen und medialer Wahrnehmungen führt zu einer positiveren Einstellung zur Bundeswehr (Modell III). Bemerkenswert an den Befunden ist, dass diese Faktoren in die gleiche Richtung und ähnlich starker Weise wirken. Es sind mithin nicht alleine die persönlichen Erfahrungen, die jemand als Soldat oder mit Soldaten macht, die zu militäraffinen Haltungen führen. Entscheidend sind ebenso alltägliche und mediale Berührungspunkte. Wenn Streitkräfte im Alltag der Bürgerinnen und Bürger präsent sind, wenn über sie berichtet wird und sie Gegenstand von Gesprächen und Diskussionen sind, erfahren sie einen höheren gesellschaftlichen Zuspruch. Umgekehrt gilt ebenso: Wenn sich Streitkräfte von der Öffentlichkeit fernhalten, wenn sie Medien meiden, dann schlägt sich dies negativ auf ihr öffentliches Image nieder. Es ist folglich nicht alleine die Wehrpflicht, die Streitkräfte in die Bevölkerung einbindet. Es ist ihre öffentliche Präsenz, ihre Zugänglichkeit und Transparenz, die dazu führt, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung erfahren. Die in der und mit der Wehrpflicht gemachten Erfahrungen können folglich zu einem gewissen Grad durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und authentischen Austausch substituiert werden – was eine für die Freiwilligenarmee Bundeswehr erfreuliche Nachricht ist, falls daraus Handlungskonsequenzen erwachsen.

In der Gesamtbetrachtung aller Einflussgrößen bestätigt sich überwiegend deren jeweilige Relevanz (Modell IV). D.h. für die Haltung zur Bundeswehr sind die politischen Orientierungen der Befragten wesentlich, ergänzend kommen sozialstrukturelle Merkmale sowie Kontakte bzw. Erfahrungen mit den Streitkräften hinzu. Die einzige wesentliche Veränderung in Modell IV ist der stärkere und statistisch signifikante Einfluss des Geschlechts. Es zeigt sich, dass Frauen den Streitkräften nochmals positiver gegenüberstehen als Männer, wenn man die jeweiligen politischen Orientierungen (bei denen es

leichte Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt) und die jeweiligen Erfahrungen und Kontakte mit der bzw. zur Bundeswehr (wo die Männer einen erheblichen Vorsprung haben) berücksichtigt. Anders formuliert: Wiesen Frauen in ähnlichem Maße persönliche Nähe, mediale Wahrnehmung und eigene Erfahrungen mit den Streitkräften auf, dann stünden sie der Bundeswehr nochmals positiver gegenüber als Männer.

In der Zusammenschau bestätigt sich wie in den Vorjahren das gute Renommee, das die Bundeswehr bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt. Alle verwendeten Indikatoren weisen in dieselbe Richtung: Die Streitkräfte sind angesehen und erfahren Vertrauen. Dies geht quer durch die gesellschaftlichen Gruppen. Geringere Zustimmung erfährt die Bundeswehr von Anhängern der AfD und der Linken sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die dem politischen System ohnehin mit Vorbehalten begegnen. Da nicht nur eigene Erfahrungen als Soldatin oder Soldat das Ansehen stärken, sondern auch Kontakte, Begegnungen und Berichte, ist von einer Verstetigung des hohen Ansehens auch nach dem Ende der Wehrpflicht auszugehen. Dieser Befund steht in einem gewissen Kontrast zu den Vorbehalten der Bevölkerung gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr (vgl. Kapitel 12; Mader 2017).

7 Verteidigungspolitisches Wissen

Markus Steinbrecher

Zum ersten Mal seit 2009 enthielt die Bevölkerungsbefragung 2016 des ZMSBw einige Fragen zum verteidigungspolitischen Wissen. Unter verteidigungspolitischem Wissen wird im Folgenden das Ausmaß der faktischen Informationen verstanden, welche die Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema in ihrem Langzeitgedächtnis gespeichert haben (Delli Carpini/Keeter 1996). Insgesamt wurden sechs Fragen am Ende des inhaltlichen Teils des Interviews gestellt. Von diesen waren zwei offen, d.h. es gab keine Vorgaben für die Antworten der Befragten. Vier Fragen waren geschlossen, es konnte aus jeweils vier vorgegebenen Antworten eine ausgewählt werden. Die Fragen decken eine große Bandbreite verteidigungspolitischer Themen sowie Kategorien von Wissensfragen ab und variieren hinsichtlich des Schwierigkeitsgrades. Auch wenn es hinsichtlich der Messung verteidigungspolitischen Wissens keinen etablierten Kanon gibt, wurden, wo möglich, die Fragen aus dem Jahr 1999 repliziert oder in angepasster Form verwendet.

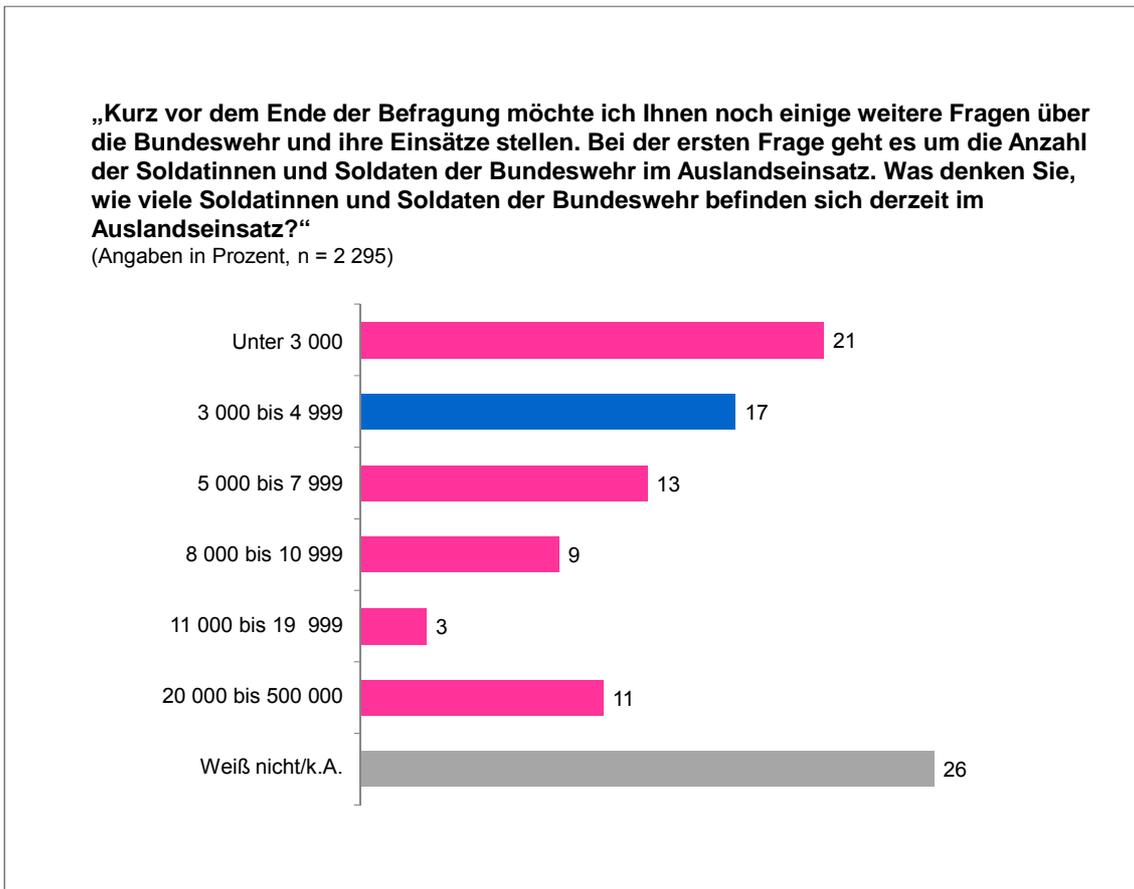
Ausmaß des verteidigungspolitischen Wissens in Deutschland

Politisches Wissen generell und verteidigungspolitische Kenntnisse im Speziellen sind notwendig, damit sich die Bürgerinnen und Bürger politische Präferenzen bilden, sie die Handlungen der politischen Eliten verstehen und kontrollieren sowie politisch aktiv werden können (Westle 2011). Allerdings entspricht ein Großteil der Staatsbürger nicht diesem Ideal des wohlinformierten Bürgers. Vielmehr interessieren sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht für Politik im Allgemeinen wie Verteidigungspolitik im Speziellen und verfügen dementsprechend nicht über besonders fundierte politische Kenntnisse (z.B. Bathelt et al. 2016; Delli Carpini/Keeter 1996; Maier 2009).

Dies lässt sich vor allem mit den Ergebnissen zu den beiden offenen Fragen illustrieren. In der ersten offenen Frage sollten die Befragten angeben, wie viele Soldatinnen und Soldaten sich zum Zeitpunkt der Umfrage im Auslandseinsatz befanden. Da sich die Zahl der im Einsatz befindlichen Soldaten kontinuierlich verändert und nicht davon auszugehen ist, dass die Befragten die genaue Zahl kennen, wurden die Antworten in Kategorien zusammengefasst. Laut der Übersichtsstatistik bei www.bundeswehr.de waren zum 30. Mai 2016 insgesamt 3 621 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz. Alle Antworten zwischen 3 000 und 4 999 wurden deshalb als richtig gewertet. Abbildung 7.1 zeigt, dass weniger als jeder fünfte Befragte (17 Prozent) eine zutreffende Vorstellung von der Zahl der im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten hat. 21

Prozent denken, dass weniger als 3 000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz sind, 36 Prozent überschätzen die Zahl, davon 11 Prozent (20 000 bis 500 000 Soldaten) sogar deutlich. 26 Prozent der Befragten geben keine Schätzung ab.

Abbildung 7.1: Wissen Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz

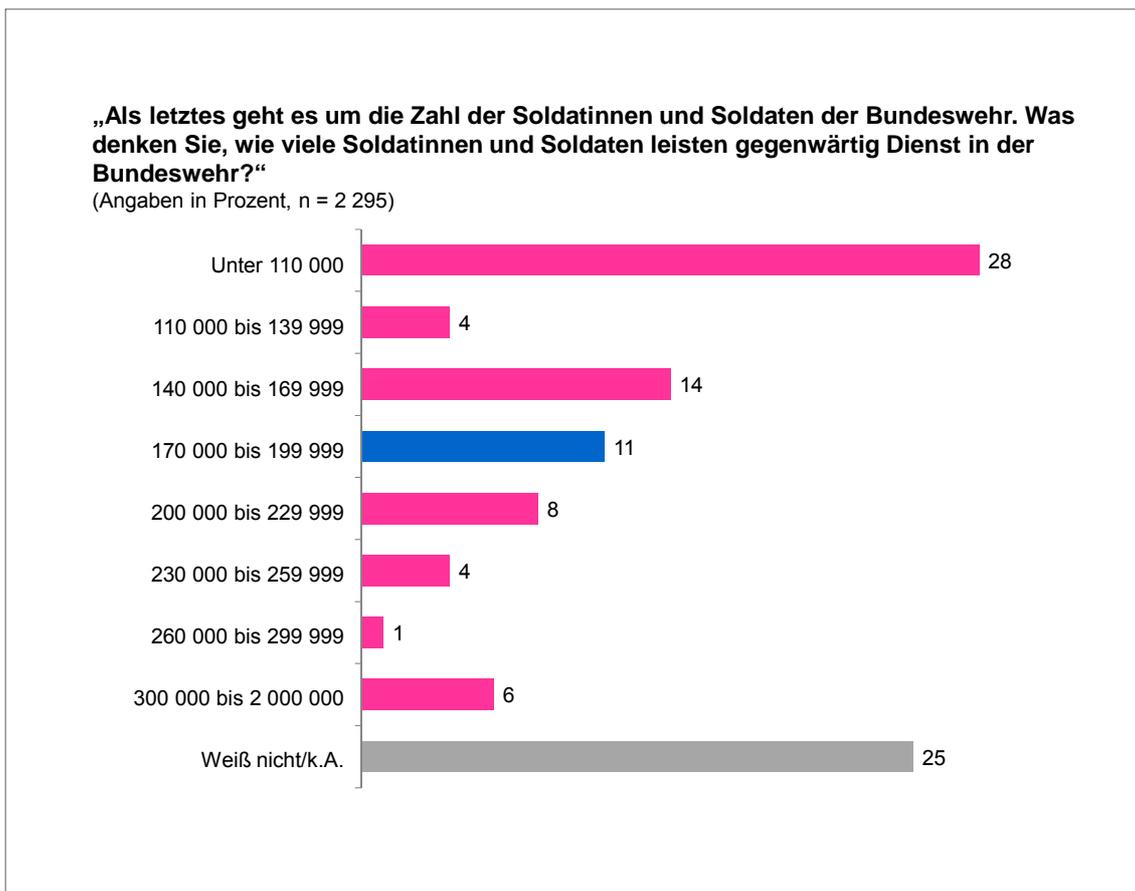


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Noch weniger Wissen ist im Hinblick auf die zweite offene Frage vorhanden. Die Befragten sollten dabei angeben, wie viele Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst in der Bundeswehr leisten. Die Personalstärke zum Zeitpunkt der Befragung betrug laut www.bundeswehr.de 177 568 (Stand 26.05.2016). Da es sein kann, dass die Befragten bei dieser Frage eher an die Sollstärke der Bundeswehr von 185 000 denken, wurden Angaben in einem relativ breiten Intervall zwischen 170 000 und 199 999 als richtige Antwort gewertet. Nur 11 Prozent der Bürgerinnen und Bürger schätzen die Personalstärke der deutschen Streitkräfte richtig ein (vgl. Abbildung 7.2). Mehr als ein Viertel (28 Prozent) unterschätzt die Zahl der Soldatinnen und Soldaten deutlich (Nennungen bis 110 000). 4 Prozent ordnen die Stärke zwischen 110 000 und 139 999 ein. 14 Prozent liegen mit einer Schätzung zwischen 140 000 und 169 999 relativ nah am richtigen

Wert. Insgesamt 19 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Befragung überschätzen die Stärke der Bundeswehr. 6 Prozent haben völlig überhöhte Vorstellungen (300 000 bis 2 000 000 Soldatinnen und Soldaten). Auch bei dieser Frage traut sich ein Viertel der Befragten nicht, eine Einschätzung abzugeben. Während es bei der Zahl der im Auslandseinsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten eher eine Tendenz zur Überschätzung gibt, ist es bei der Gesamtstärke der Bundeswehr genau umgekehrt. Fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger liegt mit ihrer Schätzung unter dem wahren Wert.

Abbildung 7.2: Wissen Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr



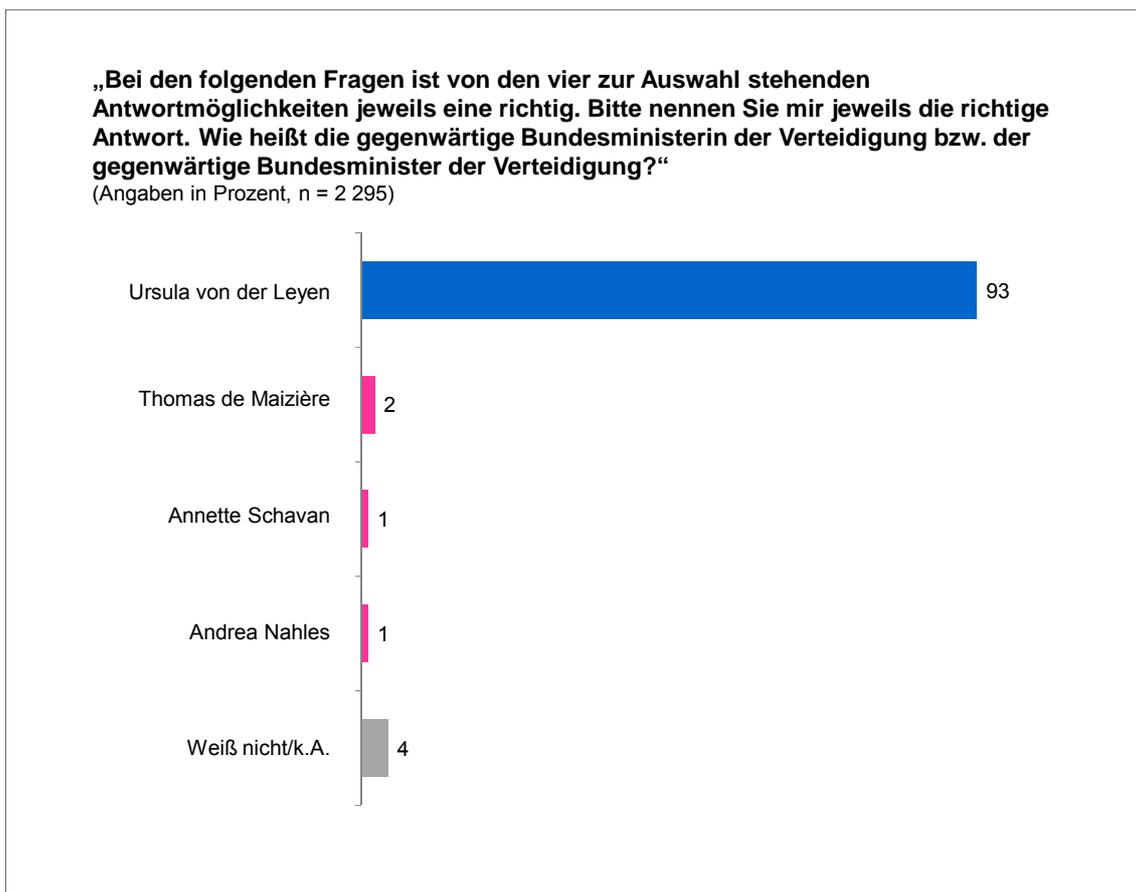
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Bei den vier geschlossenen Fragen zeigt sich ein deutlich höheres Ausmaß an Wissen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Allerdings ist es ein durchgehender Befund der Forschung, dass es Befragten deutlich leichter fällt, korrekte Antworten zu geben bzw. sich daran zu erinnern, wenn Wissen „gestützt“ mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten abgefragt wird und eine Möglichkeit auszuwählen ist (z.B. Mondak 1999, 2001). Insofern wird es den Befragten mit der Verwendung offener Fragen besonders schwer gemacht, und bei geschlossener Frage nach dem Personalumfang sowie der Zahl der im

Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten hätte sich ein deutlich größerer Anteil an Befragten gefunden, die eine richtige Einschätzung hätte abgeben können.

Mit der ersten geschlossenen Frage wurden die Bürgerinnen und Bürger nach dem Namen der gegenwärtigen Bundesministerin bzw. des Bundesministers der Verteidigung gefragt (vgl. Abbildung 7.3). 93 Prozent wissen, dass Ursula von der Leyen dieses Amt innehat. 2 Prozent gehen davon aus, dass nach wie vor Thomas de Maizière Verteidigungsminister ist, 1 Prozent nennen Annette Schavan oder Andrea Nahles. 4 Prozent geben keine gültige Antwort ab. Nahezu alle Befragten können demnach die Verteidigungsministerin richtig benennen.

Abbildung 7.3: Wissen Bundesministerin/Bundesminister der Verteidigung



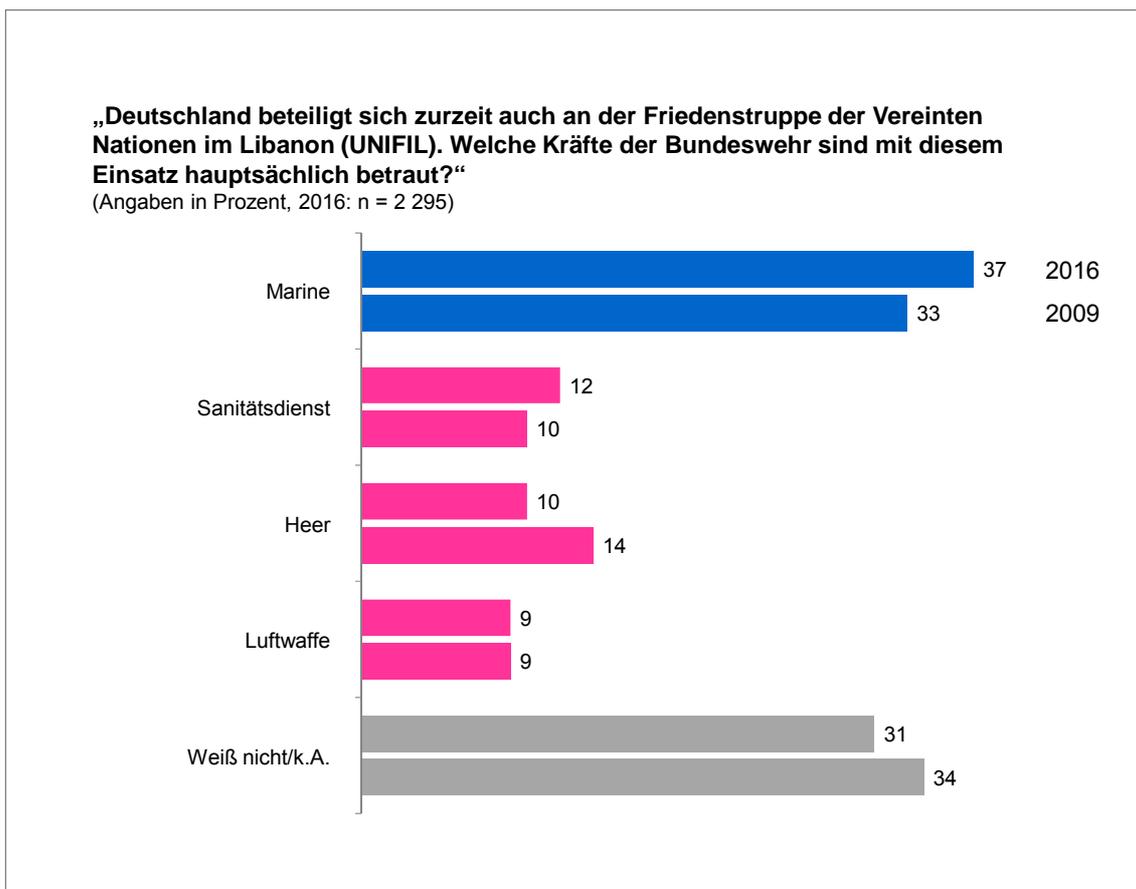
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Im Vergleich dazu konnten in der Bevölkerungsbefragung 2009 lediglich 54 Prozent korrekt angeben, dass der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung war. Dies ist einerseits überraschend, da Jung zum damaligen Zeitpunkt seit fast vier Jahren Minister war. Andererseits wechselte Jung während des Erhebungszeitraums der Befragung 2009 (28.09. bis 14.11.2009) vom Verteidigungsministerium ins Arbeits- und So-

zialministerium und Karl Theodor zu Guttenberg wurde neuer Bundesminister der Verteidigung, so dass es einigen Befragten schwer gefallen sein dürfte, eine korrekte Antwort zu geben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung wurden ferner nach ihrem Wissen zu einem konkreten Einsatz gefragt. Sie sollten angeben, welche Kräfte der Bundeswehr hauptsächlich mit dem UNIFIL-Einsatz betraut sind. Die Antworten zu dieser Frage sind besonders interessant, da die Befragten bereits vorher im Interview im Rahmen der Fragen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr erfahren hatten, dass es sich beim UNIFIL-Einsatz hauptsächlich um eine Mission der Marine handelt (vgl. Kapitel 12). Abbildung 7.4 zeigt, dass 37 Prozent der Befragten eine richtige Antwort geben. Sanitätsdienst, Luftwaffe und Heer werden von jeweils 9 bis 12 Prozent der Befragten als die Hauptträger dieses Einsatzes genannt. Fast ein Drittel (31 Prozent) gibt keine substantielle Antwort.

Abbildung 7.4: Wissen Teilstreitkraft UNIFIL-Einsatz

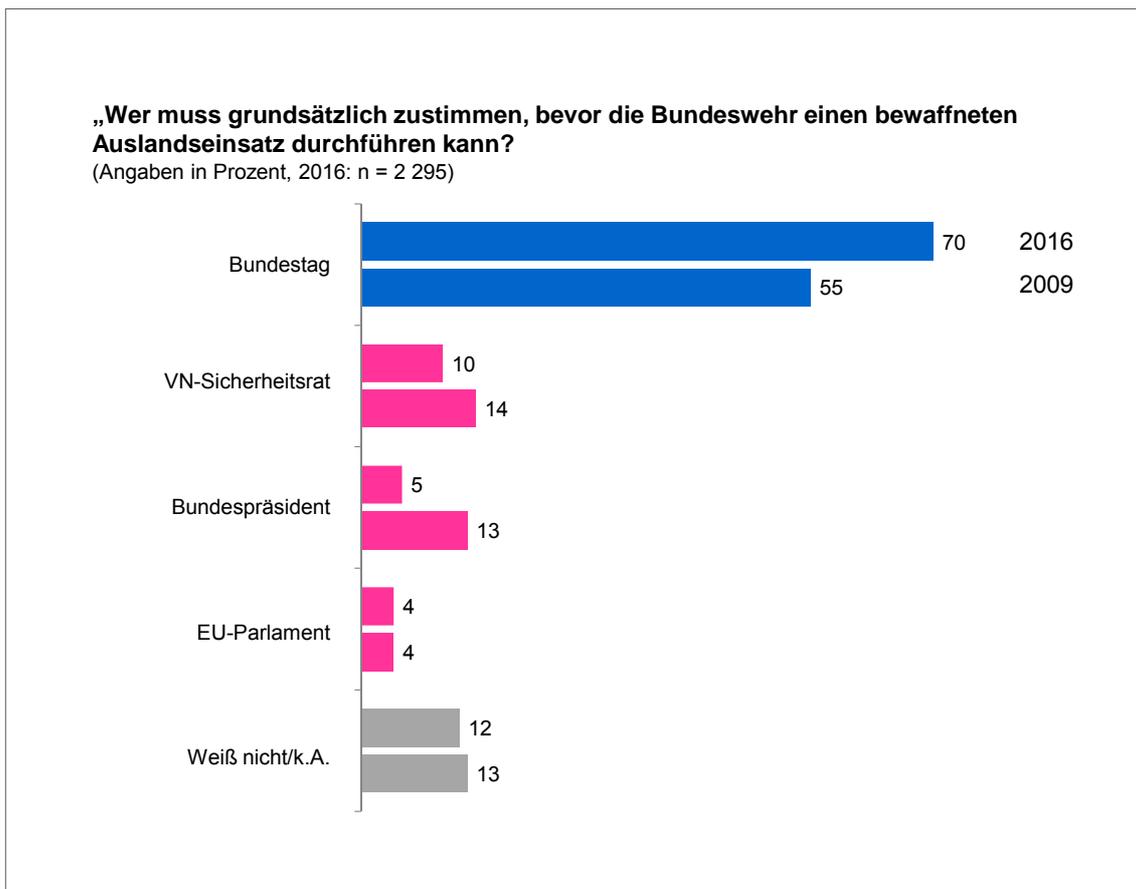


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2009 und 2016.

Bei dieser Frage kann ebenfalls mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2009 verglichen werden. Es ergibt sich eine leichte Zunahme des Wissens (um 4 Prozentpunkte) und eine leichte Abnahme des Anteils derjenigen, die keine gültige Antwort geben (um 3 Prozentpunkte). In Anbetracht der langen Laufzeit des UNIFIL-Einsatzes sind diese Verschiebungen allerdings gering und zeigen, dass dieser Einsatz nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit steht (vgl. Kapitel 12).

Eine weitere Wissensfrage zielte darauf ab zu erfahren, ob die Bürgerinnen und Bürger die grundgesetzlichen Entscheidungsrechte des Bundestages bei Beschlüssen über bewaffnete Auslandseinsätze kennen. Mehr als zwei Drittel der Befragten (70 Prozent) geben korrekt an, dass der Bundestag allen Auslandseinsätzen zustimmen muss (vgl. Abbildung 7.5). 10 Prozent der Befragten nennen den VN-Sicherheitsrat, 5 Prozent führen den Bundespräsidenten und 4 Prozent das EU-Parlament an. 12 Prozent der Bürgerinnen und Bürger geben keine substantielle Antwort.

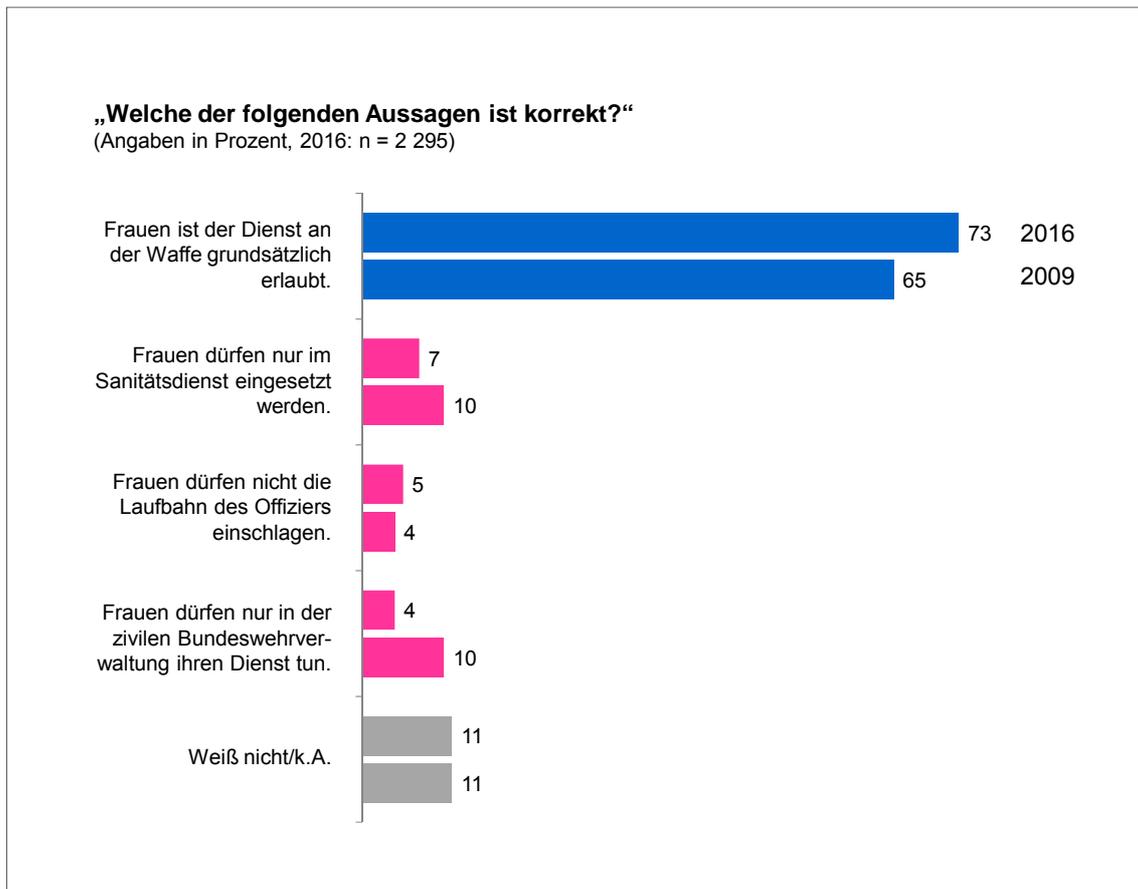
Abbildung 7.5: Wissen Zustimmung Bundestag für Auslandseinsätze der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2009 und 2016.

Im Vergleich zur Befragung im Jahr 2009 zeigt sich ein deutlicher Zuwachs des Wissens bei dieser Frage. 2009 konnten nur 55 Prozent der Bürgerinnen und Bürger korrekt angeben, dass der Bundestag den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen muss. Damals nannte noch fast jeder siebte Befragte entweder den VN-Sicherheitsrat oder den Bundespräsidenten als die entscheidende Institution. Dieser Wissenszuwachs spiegelt den Lernprozess der Bürgerinnen und Bürger im Zuge der wiederholten Mandatierung von Bundeswehreinsätzen durch den Bundestag wider.

Abbildung 7.6: Wissen Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2009 und 2016.

Die letzte geschlossene Frage konzentrierte sich auf das Wissen um die Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr. 73 Prozent der Bürgerinnen und Bürger konnten korrekt angeben, dass Frauen der Dienst an der Waffe grundsätzlich erlaubt ist (vgl. Abbildung 7.6). 7 Prozent denken, dass Frauen nur im Sanitätsdienst eingesetzt werden dürfen, 5 Prozent meinen, dass ihnen die Laufbahn des Offiziers nicht offensteht, und 4 Prozent nehmen an, dass sie nur in der zivilen Bundeswehrverwaltung arbeiten dürfen.

Tabelle 7.1: Wissen Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

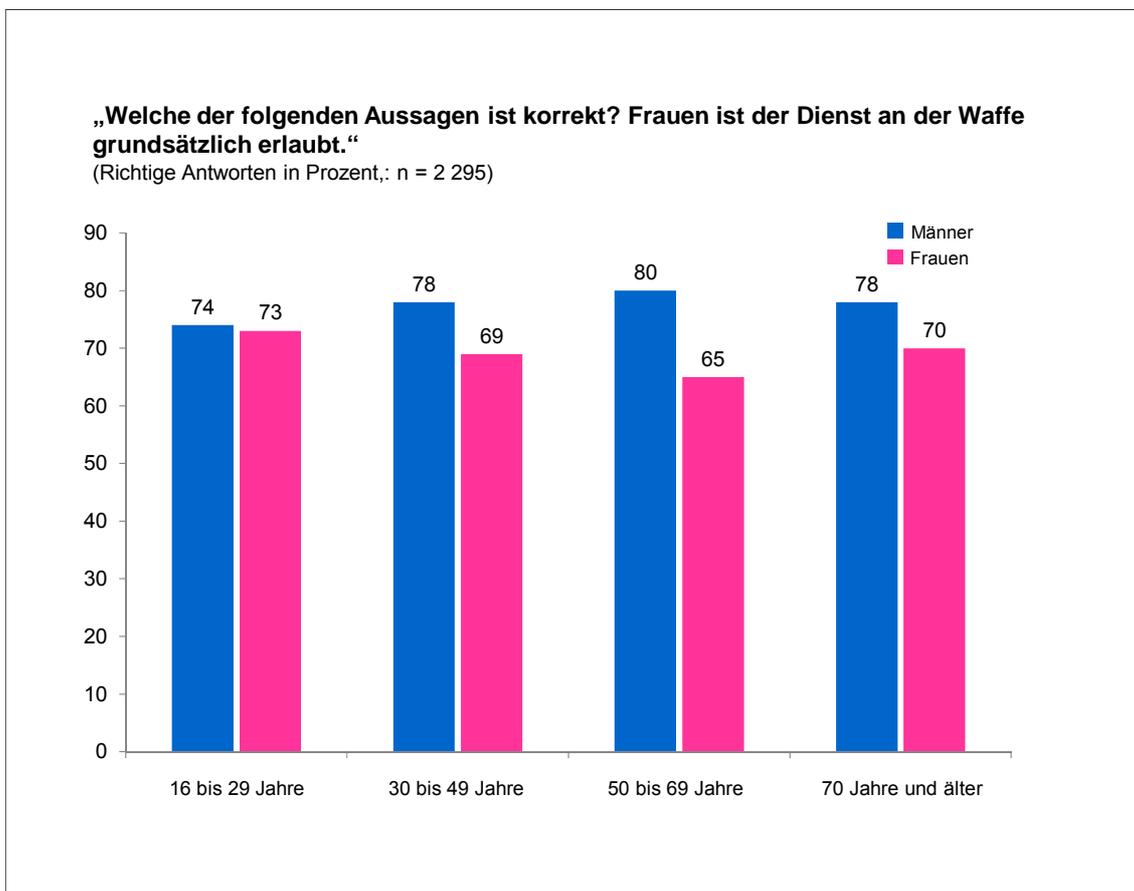
„Welche der folgenden Aussagen ist korrekt? Frauen ist der Dienst an der Waffe grundsätzlich erlaubt.“ (Angaben in Prozent)			
	Richtig ¹	Falsch ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	73	16	11
Geschlecht ***			
Männer	78	15	8
Frauen	69	18	14
Alter n.s.			
16 bis 29 Jahre	74	13	13
30 bis 49 Jahre	74	17	10
50 bis 69 Jahre	72	17	11
70 Jahre und älter	74	16	(10)
Bildungsniveau **			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	76	14	10
Realschulabschluss	77	15	9
Hauptschulabschluss	69	19	12
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.			
4.001 Euro und mehr	77	(15)	(8)
2.001 bis 4.000 Euro	75	18	7
Bis 2.000 Euro	73	16	11
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	78	16	(7)
SPD	76	19	(5)
Bündnis 90/Die Grünen	77	(15)	(8)
Die Linke	80	(10)	(11)
FDP	83	(13)	(4)
AfD	81	(13)	(6)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	62	17	21
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	77	(10)	(13)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	72	14	14
Süddeutschland (BW, BY)	75	17	8
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	71	19	10
Migrationshintergrund n.s.			
ja	72	(18)	(9)
nein	73	16	11

Anmerkungen: 1) Anteile „Richtig“: Antwort „Frauen ist der Dienst an der Waffe grundsätzlich erlaubt.“; 2) Anteile „Falsch“: Antworten „Frauen dürfen nur im Sanitätsdienst eingesetzt werden.“ „Frauen dürfen nur in der zivilen Bundeswehrverwaltung ihren Dienst tun.“ „Frauen dürfen nicht die Laufbahn des Offiziers einschlagen.“ zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden; Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Etwas mehr als jeder Zehnte gibt keine substanzielle Antwort auf diese Frage. Auch 15 Jahre nach der Entscheidung, alle militärischen Laufbahnen für Frauen freizugeben, ist dieser grundlegende Paradigmenwechsel also mehr als einem Viertel der Bürgerinnen und Bürger nicht bekannt. Vergleicht man die Ergebnisse für 2016 mit denen der Befragung aus dem Jahr 2009, konnten damals nur 65 Prozent der Bürgerinnen und Bürger eine korrekte Antwort geben. Es zeigt sich also insgesamt ein Wissenszuwachs um 8 Prozentpunkte.

Abbildung 7.7: Wissen Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr in den Altersgruppen bei Männern und Frauen



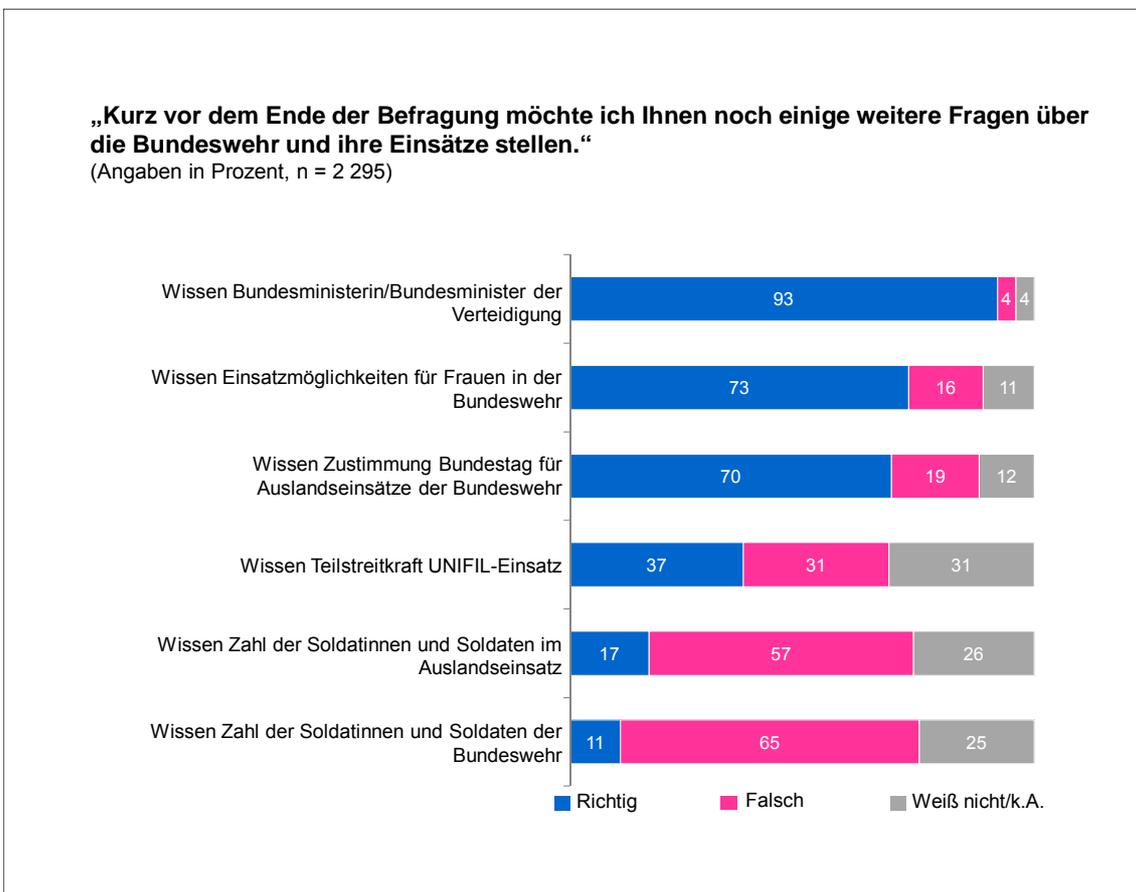
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Tabelle 7.1 zeigt die Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen hinsichtlich des Wissens zu Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr. Männer wissen darüber im Vergleich zu Frauen besser Bescheid (78 bzw. 69 Prozent). Wie bei Wissensfragen üblich, wirkt sich das Bildungsniveau positiv auf das vorhandene Wissen aus (z.B. Delli Carpini/Keeter 1996; Maier 2009). Süddeutsche und Norddeutsche zeigen ein leicht überdurchschnittliches Wissen in Bezug auf die beruflichen Möglichkeiten von Frauen bei den Streitkräften. Zudem gibt es auch Unterschiede

zwischen Bürgern mit verschiedener Wahlabsicht. Besonders Personen ohne Parteipräferenz bzw. Nichtwähler wissen wegen ihrer generell niedrigeren politischen Involvement weniger (62 Prozent; z.B. Steinbrecher et al. 2007; Westle et al. 2016).

Wirft man einen Blick auf die Altersgruppen getrennt nach Männern und Frauen (vgl. Abbildung 7.7), sieht man, dass es in der für die Personalwerbung der Bundeswehr relevanten Zielgruppe der 16- bis 29-Jährigen keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich des Wissens über die Einsatzmöglichkeiten für Frauen bei der Bundeswehr gibt. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich erst bei den Altersgruppen ab 30 Jahren und betragen zwischen 8 und 15 Prozentpunkten.

Abbildung 7.8: Verteidigungspolitisches Wissen im Vergleich



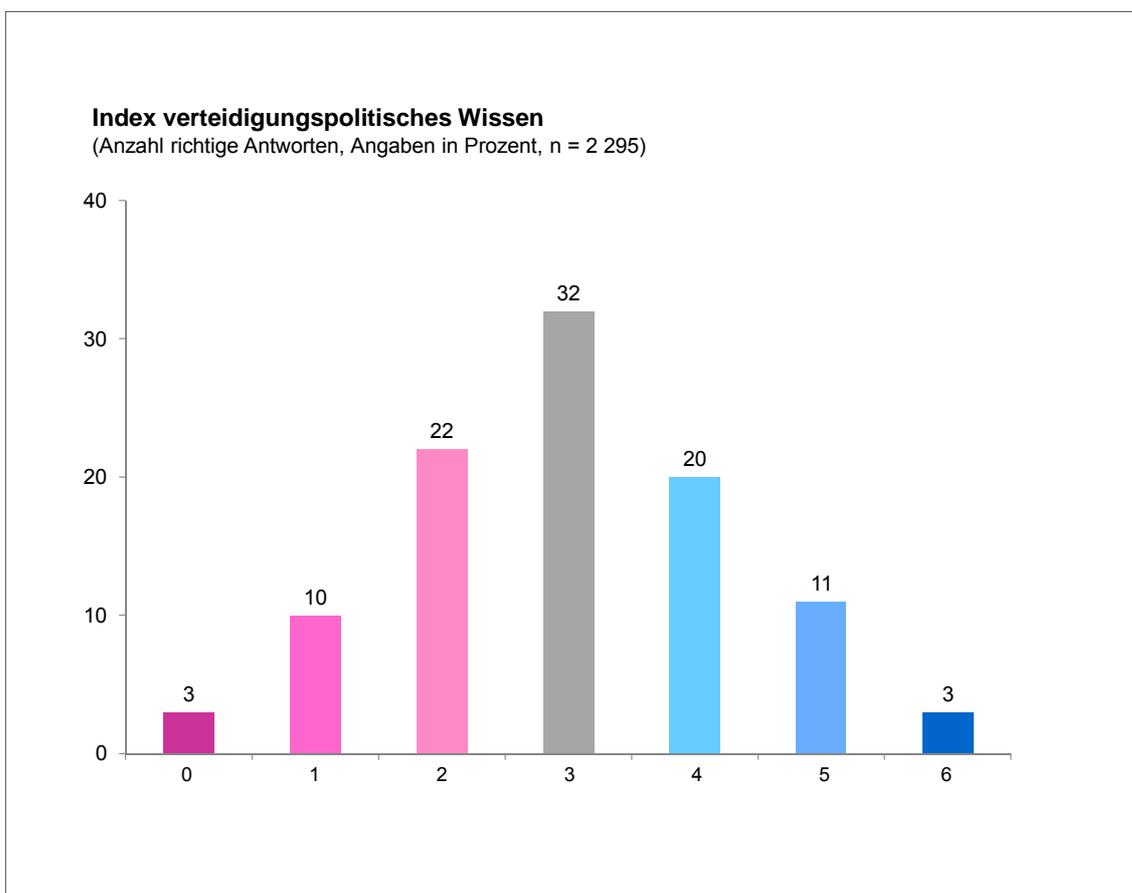
Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Abbildung 7.8 fasst noch einmal die Ergebnisse für alle Wissensfragen zusammen. Es ergibt sich eine klare Hierarchie. Fast jeder Befragte kann die Bundesministerin der Verteidigung richtig benennen. Mehr als zwei Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung wissen über die Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr sowie die Notwendigkeit der Zustimmung des Bundestages für Aus-

landseinsätze Bescheid. Hingegen kann nur etwas mehr als ein Drittel die hauptsächlich mit dem UNIFIL-Einsatz befasste Teilstreitkraft benennen. Nicht einmal jeder Fünfte ist in der Lage, die Zahl der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz richtig einzuschätzen. Und noch schlechter ist es um das Wissen über die Gesamtzahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bestellt. Hier geben lediglich 11 Prozent eine korrekte Antwort.

Erklärungsfaktoren und Konsequenzen verteidigungspolitischen Wissens

Abbildung 7.9: Index verteidigungspolitisches Wissen



Anmerkung: Wertebereich von 0 bis 6.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Betrachtet man alle Wissensfragen gemeinsam und bildet einen Index, der die Anzahl der richtigen Antworten je Befragten zählt, ergibt sich ein Wertebereich von 0 (alle Fragen falsch beantwortet) bis 6 (alle Fragen richtig beantwortet). Im Hinblick auf die relativen Häufigkeiten der einzelnen Kategorien zeigt sich fast eine Normalverteilung (vgl. Abbildung 7.9). 3 Prozent der Befragten können überhaupt keine der Fragen richtig beantworten. Genauso hoch ist der Anteil derjenigen, die alle Antworten korrekt wissen.

Insgesamt liefert etwa ein Drittel der Befragten maximal zwei richtige Antworten. Genauso kann ungefähr ein Drittel mindestens vier Fragen richtig beantworten.

Tabelle 7.2: Mittelwerte für den Index verteidigungspolitisches Wissen in soziodemografischen Gruppen

Index verteidigungspolitisches Wissen (Mittelwerte)	
	Index verteidigungspolitisches Wissen
Insgesamt	3,01
Geschlecht***	
Männer	3,33
Frauen	2,69
Alter***	
16 bis 29 Jahre	2,69
30 bis 49 Jahre	3,06
50 bis 69 Jahre	3,12
70 Jahre und älter	3,05
Bildungsniveau***	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	3,19
Realschulabschluss	3,16
Hauptschulabschluss	2,84
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat**	
4.001 Euro und mehr	3,19
2.001 bis 4.000 Euro	3,13
Bis 2.000 Euro	2,92
Wahlabsicht Bundestagswahl***	
CDU/CSU	3,33
SPD	3,25
Bündnis 90/Die Grünen	3,05
Die Linke	3,20
FDP	3,29
AfD	3,29
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	2,46
Region^{n.s.}	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	3,00
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	3,00
Süddeutschland (BW, BY)	3,02
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	3,00
Migrationshintergrund^{n.s.}	
ja	2,87
nein	3,02

Anmerkungen: Wertebereich von 0 bis 6. Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Insgesamt ergibt sich ein Mittelwert über alle Befragten von 3,01 (Standardabweichung 1,31), so dass das Niveau verteidigungspolitischen Wissens ungefähr der Höhe des allgemeinen politischen Wissens in Deutschland entspricht (vgl. Bathelt et al. 2016: 183-185). Blickt man auf die Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen in Tabelle 7.2, sieht man, dass Männer über Verteidigungspolitik mit im Mittel 3,33 richtigen Antworten deutlich besser Bescheid wissen als Frauen (2,69).

Zwischen den Altersgruppen erkennt man ebenfalls beträchtliche Abweichungen. Besonders wenig verbreitet ist Wissen über Verteidigungspolitik unter den 16- bis 29-Jährigen (2,69). Die anderen Gruppen zeigen im Gegensatz dazu ein leicht überdurchschnittliches Wissensniveau. Bei den Bildungs- und Einkommensgruppen ergeben sich ähnliche Muster. Während Personen mit mittlerem und hohem Einkommen oder Bildungsniveau ein sehr ähnliches Wissensniveau vorweisen, verfügen Befragte mit niedriger Bildung bzw. niedrigem Einkommen über weniger Kenntnisse im Bereich der Verteidigungspolitik. Blickt man auf die Wahlabsicht, fallen vor allem die Bürgerinnen und Bürger ohne Präferenz für eine Partei bzw. Nichtwähler auf, deren Wissen um mehr als einen halben Punkt unter dem Mittelwert aller Befragten liegt. Regionale Herkunft und Migrationshintergrund spielen für verteidigungspolitisches Wissen keine Rolle.

Neben diesen Unterschieden zwischen soziodemografischen Gruppen gibt es selbstverständlich noch weitere Erklärungsfaktoren für das verteidigungspolitische Wissen der Bürgerinnen und Bürger. In der Literatur zum politischen Wissen werden diese zu drei Gruppen zusammengefasst: Ressourcen, Motivation und Gelegenheitsstrukturen (z.B. Bathelt et al. 2016: 185-192; Delli Carpini/Keeter 1996: 106). Unter Ressourcen werden individuelle Fähigkeiten verstanden, die notwendig sind, um politische Informationen aufzunehmen, zu verarbeiten und zu speichern. Dazu gehören vor allem die bereits betrachteten soziodemografischen Eigenschaften wie Alter, Geschlecht, ethnische und regionale Herkunft sowie kognitive (Bildung) und ökonomische Ressourcen (Einkommen).

In der Kategorie „Motivation“ werden alle Erklärungsfaktoren zusammengefasst, die mit der individuellen Bereitschaft zusammenhängen, sich mit (Verteidigungs-)Politik auseinanderzusetzen. Darunter sind das generelle Interesse an Politik und die sogenannte interne verteidigungspolitische Efficacy. Diese bildet ab, ob jemand sich zutraut, sich wirksam mit Verteidigungspolitik zu beschäftigen. Sie basiert auf dem allgemeinen Konzept der politischen Efficacy (Campbell et al. 1954; Vetter 1997), die für die Bevölkerungsbefragung an das Hauptthema der Umfrage angepasst wurde. In diese Gruppe kann zudem die Wahlabsicht einsortiert werden. Wie aus Tabelle 7.2 ersichtlich wird, sind es vor allem Personen ohne Präferenz für eine Partei bzw. Nichtwähler, die über weniger verteidigungspolitisches Wissen verfügen. Daher wird für die folgenden

Analysen nur zwischen denjenigen mit und ohne Wahlabsicht für eine Partei unterschieden.

Zu den Gelegenheitsstrukturen können alle Faktoren des persönlichen Umfelds gezählt werden, die es einem Bürger leichter machen, sich mit (Verteidigungs-)Politik zu beschäftigen. Klassischerweise werden hier von Arbeiten zum politischen Wissen die Kommunikation über Massenmedien und persönliche Kontakte berücksichtigt (z.B. Bathelt et al. 2016), weil ein Großteil der politischen Informationen die Bürgerinnen und Bürger über diese beiden Wege erreicht (vgl. Breunig/van Eimeren 2015; Maier 2009). Hier werden die beiden Kanäle über die in Kapitel 8 erstellten Indizes zur persönlichen (Wahrnehmung der Bundeswehr bei Gesprächen, im Alltag sowie bei öffentlichen Veranstaltungen) und massenmedialen Wahrnehmung der Bundeswehr (Wahrnehmung im Fernsehen oder im Radio, in Zeitungen und Zeitschriften sowie im Internet) abgedeckt. Informationen über die Streitkräfte können allerdings auch im Rahmen persönlicher Erfahrungen erworben werden, die ein Befragter während des eigenen Dienstes bei der Bundeswehr gemacht hat. Dieser Aspekt wird genauso abgedeckt wie die Erfahrungen des engeren sozialen Umfelds (Verwandte, Freunde und Bekannte) mit der Bundeswehr.¹⁹ Es kann davon ausgegangen werden, dass mehr Kontakte und Erfahrungen generell zu mehr Wissen führen sollten.

Tabelle 7.3 enthält vier Analyseschritte, mit denen der Einfluss der verschiedenen Faktoren und Gruppen von Variablen geprüft wird. Zunächst werden die Effekte der drei Kategorien der Erklärungsfaktoren einzeln getestet (Modelle I bis III), zum Schluss werden alle Variablen in ein gemeinsames Modell aufgenommen (Modell IV). Dieses Vorgehen wird einerseits gewählt, um die Wirkungsweise einzelner Erklärungsvariablen besser zu erfassen. Andererseits können so mögliche Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Einflussfaktoren besser entdeckt werden.

Untersucht man den Einfluss aller Ressourcen gemeinsam (Modell I), haben Geschlecht, Alter und Bildung die aus den bivariaten Analysen (vgl. Tabelle 7.2) bekannten Effekte. Männer, Ältere und Personen mit mittlerer und höherer Bildung verfügen über ein größeres verteidigungspolitisches Wissen. Vergleicht man die Größe der standardisierten Effektkoeffizienten, wirkt sich das Geschlecht am stärksten aus. Geht man weiter zur Variablengruppe Motivation (Modell II), haben alle berücksichtigten Faktoren einen statistisch signifikanten Effekt. Personen mit einer Wahlabsicht für eine Partei, mit höherem politischen Interesse und höherer interner verteidigungspolitischer Efficacy können mehr richtige Antworten auf die sechs Wissensfragen geben. Dabei ist

¹⁹ 22,9 Prozent der Befragten sind oder waren selbst bei der Bundeswehr („Persönliche Erfahrungen mit Bundeswehr“), 60,0 Prozent haben Verwandte, Freunde oder Bekannte, die bei der Bundeswehr sind oder waren („Erfahrungen mit Bundeswehr im sozialen Umfeld“).

der Einfluss der verteidigungspolitischen Efficacy fast doppelt so groß wie der der beiden anderen Motivationsfaktoren. Vergleicht man die Erklärungsleistung der drei Modelle mit dem korrigierten R^2 , ist Modell II im Vergleich zu den Modellen I und III am besten: 25 Prozent der Varianz des verteidigungspolitischen Wissens können durch die drei Motivationsfaktoren erklärt werden.

Tabelle 7.3: Determinanten des verteidigungspolitischen Wissens

	Index verteidigungspolitisches Wissen			
	I	II	III	IV
<i>Ressourcen</i>				
Frauen	-0,24***	-	-	-0,06**
Alter	0,16***	-	-	0,03 ^{n.s.}
Niedrige Bildung	-0,11***	-	-	-0,03 ^{n.s.}
Hohe Bildung	0,04 ^{n.s.}	-	-	-0,02 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2 000 Euro)	-0,02 ^{n.s.}	-	-	-0,02 ^{n.s.}
Haushaltsnettoeinkommen (4 001 Euro und mehr)	0,02 ^{n.s.}	-	-	0,01 ^{n.s.}
Ostdeutschland	-0,02 ^{n.s.}	-	-	0,04*
Migrationshintergrund	-0,03 ^{n.s.}	-	-	0,00 ^{n.s.}
<i>Motivation</i>				
Interne verteidigungspolitische Efficacy	-	0,31***	-	0,22***
Politisches Interesse	-	0,17***	-	0,14***
Wahlabsicht vorhanden	-	0,17***	-	0,16***
<i>Gelegenheitsstrukturen</i>				
Bin/war Soldat	-	-	0,20***	0,05*
Verwandter/Bekannter ist/war Soldat	-	-	0,06**	0,03 ^{n.s.}
Index persönliche Wahrnehmung Bundeswehr	-	-	0,08***	0,02 ^{n.s.}
Index massenmediale Wahrnehmung Bundeswehr	-	-	0,25***	0,16***
Konstante	2,88***	1,47***	2,20***	1,41***
Korrigiertes R^2	0,09	0,25	0,15	0,28
n	2292	2285	2295	2284

Anmerkungen: Multiple lineare Regressionen; standardisierte Regressionskoeffizienten (beta). Folgende erklärende Variablen haben einen Wertebereich von [0;1]: Frauen, niedrige Bildung, hohe Bildung, Haushaltsnettoeinkommen (bis 2 000 Euro), Haushaltsnettoeinkommen (4 001 Euro und mehr), Ostdeutschland, Migrationshintergrund, interne verteidigungspolitische Efficacy, politisches Interesse, Wahlabsicht vorhanden, bin/war Soldat, Verwandter/Bekannter ist/war Soldat. Alter [in Jahren]; Index persönliche Wahrnehmung Bundeswehr [0;3]; Index massenmediale Wahrnehmung Bundeswehr [0;4]. Signifikanzniveau: *** $p < .001$; ** $p < .01$; * $p < .05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq .05$). Signifikanzniveau: *** $p < .001$; ** $p < .01$; * $p < .05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq .05$).

Die vier Instrumente zur Messung von Gelegenheitsstrukturen in Modell III können insgesamt 15 Prozent der Streuung des Wissensindex erklären. Wie erwartet haben sowohl Erfahrungen des Befragten wie des sozialen Umfelds als auch die persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr einen positiven Einfluss auf das verteidigungspolitische Wissen. Am stärksten wirken sich die Massenmedien aus (beta=0,25). Am zweitwichtigsten sind die persönlichen Erfahrungen durch eigenen Dienst in den Streitkräften (beta=0,20).

Im Gesamtmodell (Modell IV) zeigt sich ebenfalls die große Bedeutung der motivationalen Faktoren für die Erklärung der abhängigen Variable: Personen, die sich für kompetenter halten, solche mit größerem politischem Interesse und mit Wahlabsicht für eine Partei haben auch unter Kontrolle der anderen Erklärungsvariablen ein größeres verteidigungspolitisches Wissen. Diese drei Aspekte dominieren eindeutig das Modell. Dies ist auch daran ersichtlich, dass der Anteil der erklärten Varianz in Modell IV mit 28 Prozent im Vergleich zu Modell II nur um 3 Prozentpunkte höher ist. Trotz der großen Rolle der Motivation sind Gelegenheitsstrukturen weiterhin von Bedeutung: Personen mit persönlichen Erfahrungen bei der Bundeswehr und Befragte, welche die Bundeswehr stärker über die Massenmedien wahrnehmen, wissen mehr über Verteidigungspolitik. Auch Ressourcen sind relevant für das Wissen: Der Geschlechterunterschied zeigt sich weiterhin, und das verteidigungspolitische Wissen unter Ostdeutschen ist geringfügig höher als in den anderen Teilen des Landes. Die Analysen zeigen somit, dass in absteigender Relevanz sowohl Motivation und Gelegenheitsstrukturen als auch Ressourcen verteidigungspolitisches Wissen erklären können. Zum Teil liegt es demnach in der Hand der Streitkräfte selbst, das Informations- und Wissensniveau in diesem Politikbereich zu steigern.

Nach den Determinanten des verteidigungspolitischen Wissens sollen in einem letzten Schritt die Konsequenzen von Wissen betrachtet werden. Zu Beginn dieses Kapitels wurde bereits auf die Bedeutung von politischem Wissen für die Einstellungen und das politische Verhalten der Bürgerinnen und Bürger hingewiesen. Daher soll an einigen Beispielen dargestellt werden, welche Rolle verteidigungspolitisches Wissen für Einstellungen zur Bundeswehr, außen- und sicherheitspolitische Orientierungen sowie in den anderen Kapiteln dieses Berichts behandelte Themen spielt. Zur Vereinfachung der Darstellung werden die Befragten in drei Gruppen mit niedrigem (0 bis 2 Fragen richtig beantwortet), mittlerem (3 Fragen) und hohem Wissen (4 bis 6 Fragen) unterteilt. Die Tabellen 7.4 und 7.5 zeigen Mittelwerte bzw. relative Häufigkeiten für die genannten Ausprägungen der jeweiligen Variable bzw. Frage und vergleichen diese zwischen den drei Wissensgruppen.

Generell sieht man in vielen Fällen klare Unterschiede zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf den drei Niveaus verteidigungspolitischen Wissens. So beurteilen 63 Prozent derjenigen mit viel Wissen die nationale Sicherheitslage positiv, während es unter denjenigen mit wenig Wissen nur 50 Prozent sind. Für die Bedrohungswahrnehmungen findet man keine systematischen Unterschiede (tabellarisch nicht ausgewiesen). Bei den Mitteln der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sieht man größere Unterstützung für Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr, wenn mehr Wissen vor-

liegt. Für Kampfeinsätze gibt es hingegen keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den drei Gruppen.

Tabelle 7.4: Relative Häufigkeiten und Mittelwerte für ausgewählte Fragen und Variablen in den Teilgruppen des Index verteidigungspolitisches Wissen, Teil 1

	Alle	Niedriges Wissen ¹	Mittleres Wissen ²	Hohes Wissen ³
Kapitel 4				
Positive Beurteilung der nationalen Sicherheitslage (%) ***	56	50	56	63
Kapitel 5				
Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (%) ***	60	53	62	67
Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (%) **	56	54	60	60
Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: Kampfeinsätze der Bundeswehr (%) ^{n.s.}	31	27	31	34
Atlantizismus (Mw.) *	0,38	0,39	0,37	0,37
Multilateralismus (Mw.) ***	0,59	0,57	0,60	0,61
Internationalismus (Mw.) ***	0,49	0,46	0,49	0,51
Militarismus (Mw.) ^{n.s.}	0,36	0,36	0,36	0,36
Parlamentsbeteiligung (Mw.) ***	0,68	0,63	0,68	0,73
Sorge Kalter Krieg mit Russland (%) ***	47	44	48	49
Kapitel 6				
Einstellung zur Bundeswehr (%) **	78	78	84	82
Ansehen Bundeswehr (%) ***	60	51	63	65
Positive Bewertung: Die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft (%) ***	46	41	46	51
Positive Bewertung: Die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr (%) ***	28	28	30	25
Positive Bewertung: Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland (%) ***	60	52	64	66

Anmerkungen: 1) „Niedriges Wissen“: 0 bis 2 Fragen richtig beantwortet; 2) „Mittleres Wissen“: 3 Fragen richtig beantwortet; 3) „Hohes Wissen“: 4 bis 6 Fragen richtig beantwortet. Chi²-Unabhängigkeits-Test bzw. Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet; Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Betrachtet man die außen- und sicherheitspolitischen Grundorientierungen, gibt es nur relativ geringe Unterschiede in Abhängigkeit vom Wissensniveau. Dennoch unterscheiden sich die drei Gruppen leicht. Personen mit hohem Wissen sind etwas weniger atlantizistisch und weniger kritisch gegenüber Russland eingestellt. Dagegen zeigen sie etwas stärkere multilateralistische und internationalistische Orientierungen. Zudem haben sie eine deutlich stärkere Präferenz für die Normen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes. Für militaristische Orientierungen spielt verteidigungspolitisches Wissen keine Rolle. Hier gibt es keine Unterschiede zwischen den drei Gruppen.

Tabelle 7.5: Relative Häufigkeiten und Mittelwerte für ausgewählte Fragen und Variablen in den Teilgruppen des Index verteidigungspolitisches Wissen, Teil 2

	Alle	Niedriges Wissen ¹	Mittleres Wissen ²	Hohes Wissen ³
Kapitel 8				
Positive Wahrnehmung Medienberichterstattung über die Bundeswehr (%) ***	50	44	52	54
Positive Bewertung Kontakt Bundeswehr und Gesellschaft (%) ***	41	33	40	49
Kapitel 9				
Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen (%) ***	68	59	73	70
Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ (%) ***	31	23	30	41
Kapitel 10				
Zustimmung Erhöhung Verteidigungsausgaben (%) ***	50	45	55	58
Zustimmung Erhöhung Personalstärke Bw (%) *	52	51	56	58
Kapitel 11				
Zustimmung Einsatz Bundeswehr zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Deutschland (%) **	63	65	63	63
Zustimmung Einsatz Bundeswehr, um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird (%) ***	69	65	70	75
Zustimmung Einsatz Bundeswehr, um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (%) ***	59	55	62	64
Zustimmung Einsatz Bundeswehr in Deutschland, um öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (%) n.s.	78	79	79	77
Zustimmung Einsatz Bundeswehr in Deutschland, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (%) ***	90	87	93	92
Kapitel 12				
Subjektive Kenntnis Resolute Support-Einsatz (%) ***	33	18	33	48
Subjektive Kenntnis Anti-Terror-Einsatz (%) ***	36	22	36	51
Subjektive Kenntnis MINUSMA-Einsatz (%) ***	14	7	11	23
Positive Bewertung Resolute Support-Einsatz (%)***	40	34	44	51
Positive Bewertung Anti-Terror-Einsatz (%) ***	47	41	51	52
Positive Bewertung MINUSMA-Einsatz (%) ***	34	32	40	44

Anmerkungen:1) „Niedriges Wissen“: 0 bis 2 Fragen richtig beantwortet; 2) „Mittleres Wissen“: 3 Fragen richtig beantwortet; 3) „Hohes Wissen“: 4 bis 6 Fragen richtig beantwortet. Chi²-Unabhängigkeits-Test bzw. Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet; Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Hinsichtlich der Indikatoren zu den Streitkräften führt Wissen zu einer grundsätzlich positiveren Sicht auf die Bundeswehr. Dies gilt für die verschiedenen Aspekte wie Einstellung zur Bundeswehr, Ansehen und Anerkennung. Auch werden die Leistungen im In- (nicht tabellarisch ausgewiesen) sowie Ausland besser bewertet (14 Prozentpunkte Differenz zwischen Personen mit viel und wenig Wissen), genauso wie die Einbindung in die Gesellschaft. Ein Ergebnis fällt in dieser Variablengruppe allerdings aus dem Rahmen: Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr wird durch Personen mit hohem Wissen als etwas schlechter bewertet. Hier schlagen sich wohl die vielen Medienberich-

te über Material- und Ausrüstungsprobleme der Streitkräfte nieder, die von Personen mit mehr Wissen stärker wahrgenommen werden (vgl. Analyseergebnisse in Tabelle 7.3).

Geht man weiter zu Tabelle 7.5, findet man zahlreiche weitere Evidenzen für die positiveren Einstellungen und Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger mit höherem verteidigungspolitischen Wissen. Auch scheint sich das Wissen auf die Wahrnehmung auszuwirken. So werden die Medienberichterstattung über die Bundeswehr sowie der Kontakt zwischen Streitkräften und Gesellschaft von Personen mit hohem Wissen deutlich besser bewertet. Klare Unterschiede im Eindruck zeigen sich auch bei der Einschätzung der Arbeitgeberattraktivität (11 Prozentpunkte Differenz zwischen Personen mit niedrigem und hohem Wissen) und der Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ (18 Prozentpunkte Differenz).

Die generell eher wohlwollende Sicht auf die Bundeswehr unter Personen mit höherem Wissen zeigt sich bei deren stärkerer Unterstützung der Erhöhung der Verteidigungsausgaben (58 Prozent im Vergleich zu 45 Prozent bei Personen mit wenig Wissen) bzw. der Personalstärke (58 vs. 51 Prozent). Bei den Aufgaben der Bundeswehr im Ausland und im Inland gibt es keine konsistenten und eindeutigen Zusammenhänge mit dem verteidigungspolitischen Wissen. Während bei den meisten Einsatzszenarien außerhalb Deutschlands (z.B. Einsatz der Bundeswehr, um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird oder um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren) Personen mit größerem Wissen eine höhere Zustimmung zeigen, ist dies bei möglichen Einsätzen im Inneren nicht der Fall bzw. die Differenzen zwischen den Wissensgruppen sind gering.

Massive Auswirkungen des individuellen Wissensniveaus sind für die subjektive Informiertheit und die Bewertung der konkreten Einsätze der Streitkräfte zu beobachten. Bürgerinnen und Bürger mit hohem Wissen stufen ihre subjektiven Kenntnisse der jeweiligen Einsätze deutlich besser ein. Für die in Tabelle 7.5 ausgewählten Einsätze beträgt die Differenz zwischen Personen mit hohem und geringem Wissen zwischen 16 und 30 Prozentpunkten. Aufgrund des starken Zusammenhangs zwischen verteidigungspolitischen Wissen und subjektiven Kenntnissen über die Einsätze können letztere ebenfalls als adäquater Indikator verteidigungspolitischen Wissens betrachtet werden. Auch für die Bewertung der Einsätze zeigt sich ein Wissenseffekt: Je mehr die Befragten über Verteidigungspolitik wissen, desto besser bewerten sie die jeweiligen Einsätze. Insofern bestätigen sich die Ergebnisse aus dem Vorjahr und aus US-amerikanischen Arbeiten (vgl. Wanner 2015b; Zaller 1992: 185-215). Höheres Wissen scheint dazu beizutragen, die Notwendigkeit der Einsätze und der damit verbundenen Ziele besser nachvollziehen zu können und schlägt sich dann letztendlich in größerer Unterstützung nieder.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Niveau verteidigungspolitischen Wissens in Deutschland ungefähr dem allgemeinen Niveau an Wissen zu Politik entspricht. Während die Bürgerinnen und Bürger zu einigen Aspekten (Bundesministerin der Verteidigung, Einsatzmöglichkeiten für Frauen bei den Streitkräften) über gute bis sehr gute Kenntnisse verfügen, zeigen sich deutliche Wissenslücken im Hinblick auf die Personalstärke der Bundeswehr und die Zahl der im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten. Die weiterführenden Analysen machen deutlich, dass Ressourcen (Geschlecht, Bildung), Motivation (politisches Interesse, verteidigungspolitische Efficacy, Wahlabsicht für eine Partei vorhanden) und Gelegenheitsstrukturen (massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr, eigene Erfahrungen mit den Streitkräften) die Unterschiede im Wissensniveau zwischen den Bürgerinnen und Bürgern zufriedenstellend erklären können. Zudem lässt sich zeigen, dass sich verteidigungspolitisches Wissen auf andere Einstellungen zur Sicherheitspolitik oder zur Bundeswehr auswirkt. In vielen Fällen haben Bürgerinnen und Bürger mit mehr Wissen positivere Einstellungen zu den Streitkräften oder zeigen ein höheres Ausmaß an Unterstützung. Dementsprechend lässt sich auf Basis dieser Ergebnisse festhalten, dass es die Bundeswehr durch eine umfassende und gut erklärende Öffentlichkeits- und Medienarbeit zumindest teilweise selbst in der Hand hat, wie stark und eng das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft ist.

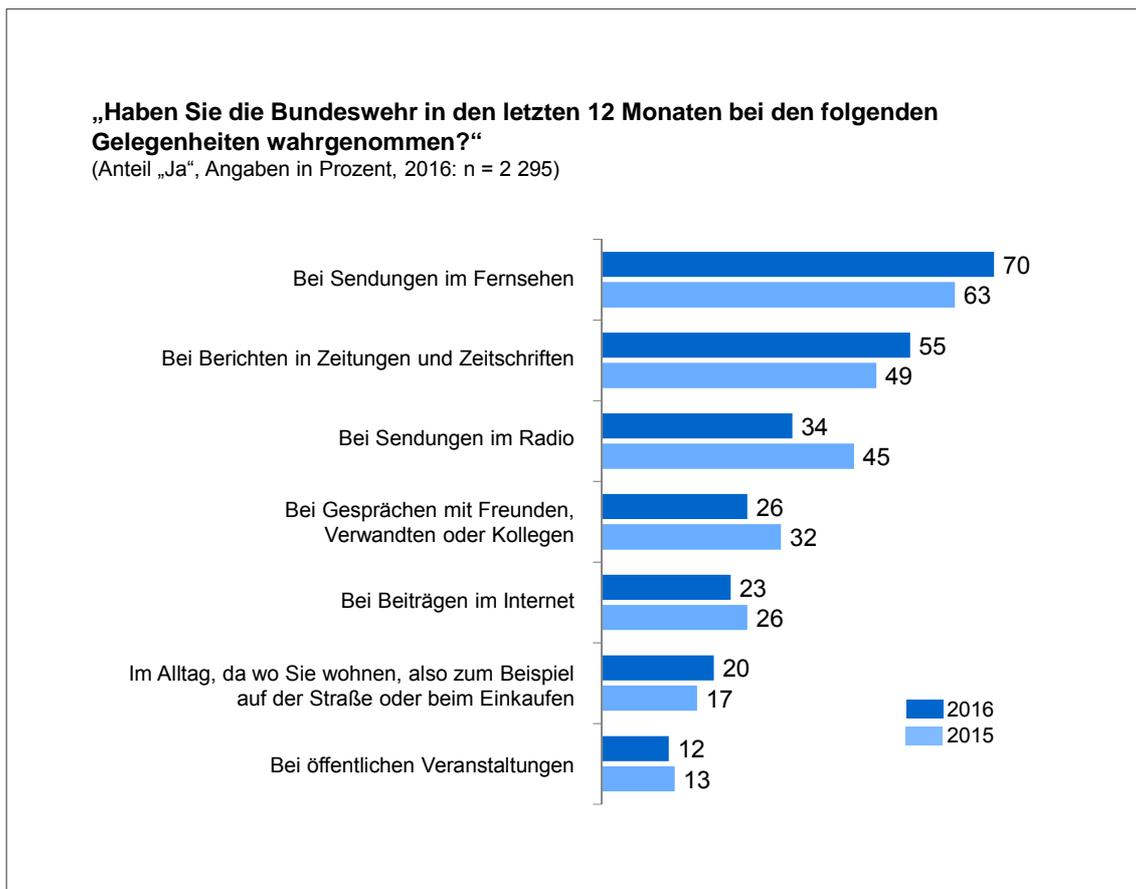
8 Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

Markus Steinbrecher

Wegen der Verkleinerung der Bundeswehr, der Schließung vieler Standorte und der Aussetzung der Wehrpflicht seit dem Jahr 2011 haben viele Bürgerinnen und Bürger nur noch über die Medien Kontakt mit den Streitkräften. Daher ist es wichtig zu wissen, in welchem Maße und mit welchem Tenor die Medien über die Streitkräfte berichten, weil die Bürgerinnen und Bürger sich nur mit Hilfe dieser Informationen eigene Positionen und eine eigene Meinung bilden können.

Wahrnehmung und Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten

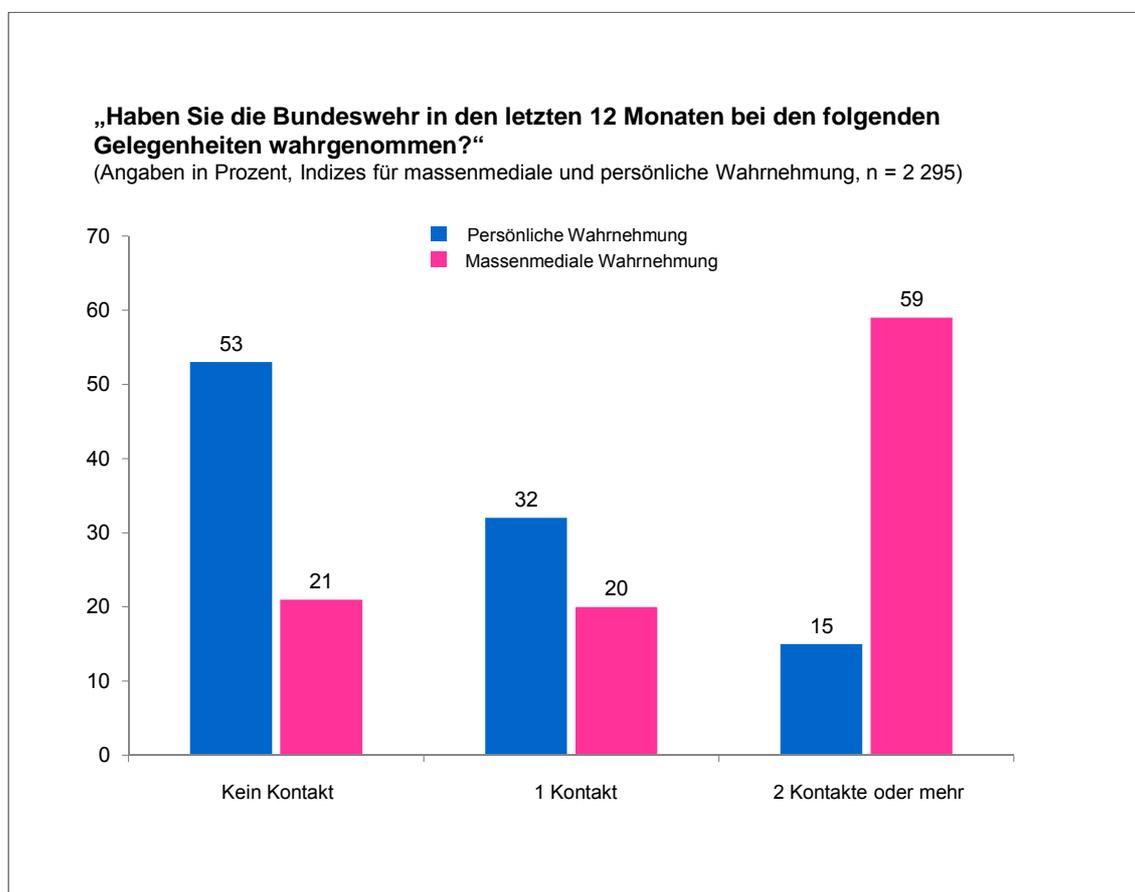
Abbildung 8.1: Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Es wurde daher in der Bevölkerungsbefragung 2016 abgefragt, inwiefern die Befragten die Bundeswehr in den Medien und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit während der letzten 12 Monate wahrgenommen haben (vgl. Abbildung 8.1). 70 Prozent der Befragten haben etwas über die Bundeswehr im Fernsehen gesehen. 55 Prozent haben in Zeitungen und Zeitschriften etwas über die Streitkräfte gelesen. Etwa ein Drittel hat bei Sendungen im Radio etwas über die Soldatinnen und Soldaten erfahren. Die anderen Gelegenheiten werden von maximal einem Viertel der Befragten angeführt (persönliche Gespräche: 26 Prozent, Internet: 23 Prozent, im Alltag: 20 Prozent, bei öffentlichen Veranstaltungen: 12 Prozent).

Abbildung 8.2: Persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr im Vergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Tabelle 8.1: Persönliche und massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie die Bundeswehr in den letzten 12 Monaten bei den folgenden Gelegenheiten wahrgenommen?“ (Indizes für massenmediale und persönliche Wahrnehmung, Mittelwerte)		
	Index persönliche Wahrnehmung ¹	Index massenmediale Wahrnehmung ²
Insgesamt	0,66	1,74
Geschlecht	***	***
Männer	0,75	1,88
Frauen	0,58	1,62
	n.s.	n.s.
Alter		
16 bis 29 Jahre	0,67	1,63
30 bis 49 Jahre	0,68	1,79
50 bis 69 Jahre	0,66	1,74
70 Jahre und älter	0,64	1,79
	***	***
Bildungsniveau		
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,71	1,87
Realschulabschluss	0,74	1,86
Hauptschulabschluss	0,56	1,56
	n.s.	n.s.
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat		
4.001 Euro und mehr	0,74	1,83
2.001 bis 4.000 Euro	0,69	1,79
Bis 2.000 Euro	0,65	1,70
	***	***
Wahlabsicht Bundestagswahl		
CDU/CSU	0,85	2,00
SPD	0,60	1,80
Bündnis 90/Die Grünen	0,59	1,72
Die Linke	0,71	1,59
FDP	0,78	1,92
AfD	0,79	1,79
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	0,53	1,52
	***	***
Region		
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,69	1,84
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,82	1,57
Süddeutschland (BW, BY)	0,69	1,86
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,54	1,70
	*	n.s.
Migrationshintergrund		
ja	0,54	1,64
nein	0,67	1,75

Anmerkungen: 1) Folgende Wahrnehmungsformen wurden zusammengefasst: Gespräche, im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen, Wertebereich von 0 bis 3; 2) Folgende Wahrnehmungsformen wurden zusammengefasst: Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften, Internet, Wertebereich von 0 bis 4. Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

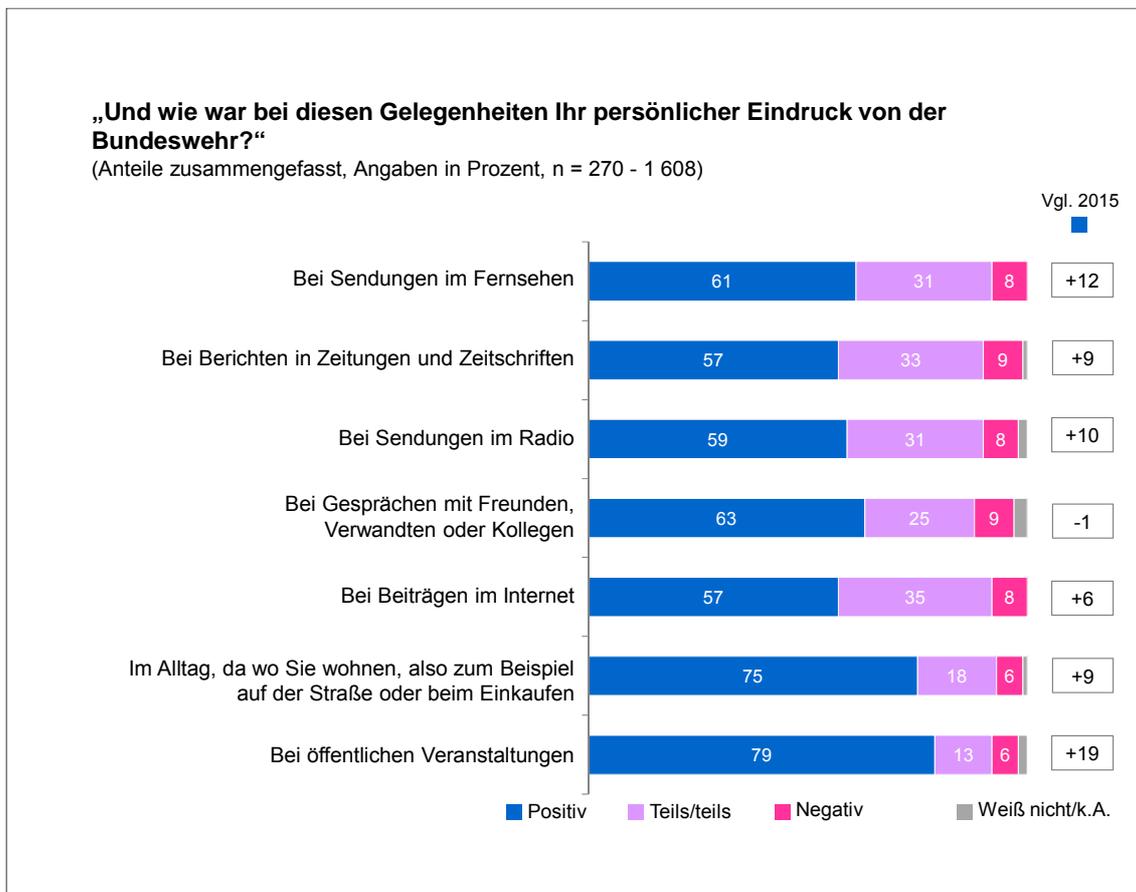
Vergleicht man die Ergebnisse mit denen des Vorjahres, zeigt sich keine einheitliche Entwicklung. Während die Bundeswehr im Fernsehen (+7 Prozentpunkte) und in Zeitungen und Zeitschriften (+6 Prozentpunkte) häufiger wahrgenommen wird, ergibt sich für Radiosendungen (-11 Prozentpunkte) und Gespräche (-6 Prozentpunkte) eine Abnahme der Wahrnehmungshäufigkeit. Für die anderen Informationswege sind die Veränderungen gering. Diese Ergebnisse belegen, dass die Bundeswehr vor allem über die Massenmedien wahrgenommen wird. Im Alltag, im persönlichen Umfeld kommt nur eine Minderheit der Bürger mit den Streitkräften in Kontakt.

Dies wird umso deutlicher, wenn man Zählindizes für die massenmediale (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften sowie Internet) sowie die persönliche Wahrnehmung (Gespräche, im Alltag, bei öffentlichen Veranstaltungen) bildet und die Ergebnisse vergleicht. Da die Anzahl der berücksichtigten Kontaktmöglichkeiten für Massenmedien und persönliche Kontakte nicht identisch ist, werden nur die Kategorien „kein Kontakt“, „1 Kontakt“ und „2 oder mehr Kontakte“ berücksichtigt (vgl. Abbildung 8.2). Es zeigt sich, dass fast 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr über mindestens einen Kanal der Massenmedien wahrgenommen haben. Im persönlichen Umfeld haben hingegen nur 47 Prozent der Befragten mindestens einmal die Streitkräfte bemerkt. Noch größer wird der Kontrast, wenn man die Kategorie „2 Kontakte oder mehr“ betrachtet. Die Differenz zwischen dem Index für persönliche Kontakte (15 Prozent) und dem für massenmediale Kontakte (59 Prozent) beträgt 44 Prozentpunkte. Allerdings ist für die Einordnung dieser Unterschiede darauf hinzuweisen, dass der Aufwand eines Bürgers für die massenmediale Wahrnehmung deutlich geringer ist als im persönlichen Umfeld. Einen Bericht über die Streitkräfte in Radio, Fernsehen oder Zeitung kann man zufällig beim Durchschalten oder Durchblättern mitbekommen. Und angesichts des hohen Ausmaßes der Mediennutzung in Deutschland (vgl. Breunig/van Eimeren 2015) besteht zwangsläufig eine wesentlich höhere Chance, dass man über diese Informationskanäle etwas über die Bundeswehr erfährt.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen (vgl. Tabelle 8.1): Männer nehmen die Bundeswehr persönlich sowie massenmedial eher wahr als Frauen. Gleiches gilt für Personen mit mittlerem und höherem Bildungsniveau im Vergleich zu denjenigen mit niedriger Bildung. Alter und Einkommen spielen für die Wahrnehmung der Bundeswehr im persönlichen Umfeld wie in den Medien keine Rolle. Dagegen gibt es teilweise deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. Personen mit einer Wahlabsicht für CDU/CSU oder FDP weisen bei beiden Indizes überdurchschnittliche Werte auf. Anhänger von SPD und Grünen nehmen im Gegensatz dazu die Bundeswehr weniger über persönliche Kontakte wahr. Besonders auffällig sind die relativ großen Unterschie-

de zwischen den Menschen aus den verschiedenen Regionen Deutschlands. Während Ostdeutsche die Bundeswehr über persönliche Kommunikation offensichtlich überdurchschnittlich wahrnehmen, weisen sie bei den Massenmedien den niedrigsten Mittelwert auf. Für Migrationshintergrund gibt es nur kleine Differenzen, die lediglich für den Index persönliche Wahrnehmung statistisch signifikant sind: Personen mit Migrationshintergrund nehmen die Bundeswehr im persönlichen Bereich weniger wahr.

Abbildung 8.3: Persönlicher Eindruck der Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Anmerkung: Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden auch danach gefragt, wie ihr persönlicher Eindruck von der Bundeswehr bei der Wahrnehmung über die einzelnen Kommunikationskanäle war (vgl. Abbildung 8.3). Antworten durften nur diejenigen Befragten, welche die Streitkräfte auf die jeweilige Art und Weise wahrgenommen haben. Es zeigt sich über alle sieben untersuchten Formen hinweg ein grundsätzlich positiver Tenor, der sich nur wenig zwischen Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio, Internet und Gesprä-

chen unterscheidet (zwischen 57 und 63 Prozent der Befragten mit positiven Eindrücken). Für das Internet sowie für Zeitungen und Zeitschriften ergibt sich der schlechteste Eindruck. Allerdings waren auch hier die Wahrnehmungen mit 57 Prozent mehrheitlich positiv. Im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen hinterlässt die Bundeswehr den besten Eindruck (75 bzw. 79 Prozent). Damit ist die Wahrnehmung über die Kanäle am besten, in denen die Bundeswehr persönliche Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten ermöglicht. Allerdings wird sie auf diesen Kanälen am wenigsten wahrgenommen (vgl. Abbildungen 8.1 und 8.2).

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich deutliche Verbesserungen bei fünf der sieben Informationskanäle. Bei öffentlichen Veranstaltungen hat sich die Wahrnehmung um 19 Prozentpunkte verbessert, im Fernsehen um 12 Prozentpunkte, im Radio um 10 Prozentpunkte, in Zeitungen und Zeitschriften sowie im Alltag um 9 Prozentpunkte. Auch bei Beiträgen im Internet hat sich der wahrgenommene Tenor für die Bundeswehr um 6 Prozentpunkte verbessert. Bei Gesprächen zeigt sich keine Veränderung.

Eindruck von der Medienberichterstattung über die Bundeswehr

Der allgemeine Eindruck der Befragten von der Medienberichterstattung über die Bundeswehr hat sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert (vgl. Abbildung 8.4). Nahmen 2015 nur 47 Prozent der Befragten die Berichte der Medien über die Streitkräfte im Allgemeinen positiv wahr, sind es 2016 ganze 50 Prozent. Analog ist der Anteil derjenigen, die die Berichterstattung über die Streitkräfte negativ wahrnehmen, um 10 Prozentpunkte zurückgegangen (von 19 auf 9 Prozent). Leicht zugenommen hat auch der Anteil derjenigen (von 31 auf 35 Prozent), in deren Augen die Berichterstattung teils positiv, teils negativ ist.

Wirft man einen Blick auf bivariate Zusammenhänge mit soziodemografischen Eigenschaften (vgl. Tabelle 8.2), zeigt sich, dass positive oder geteilte Wahrnehmungen in allen Gruppen vorherrschend sind. Dennoch ergeben sich im Detail Unterschiede. So nehmen Frauen die Berichterstattung der Medien leicht besser wahr als Männer. Aus der Perspektive jüngerer Altersgruppen sind die Medien in ihren Berichten über die Streitkräfte etwas negativer als dies von Älteren gesehen wird. Auch zwischen Menschen mit verschiedenem Bildungsniveau und unterschiedlicher regionaler Herkunft gibt es leichte Unterschiede. Gravierend gehen die Wahrnehmungen der Parteianhänger auseinander. Besonders positiv ist die Medienberichterstattung in den Augen von SPD- und FDP-Anhängern (64 bzw. 61 Prozent positiv). Vergleichsweise negativ ist die Bewertung unter Linke- und AfD-Anhängern (43 bzw. 36 Prozent positiv).

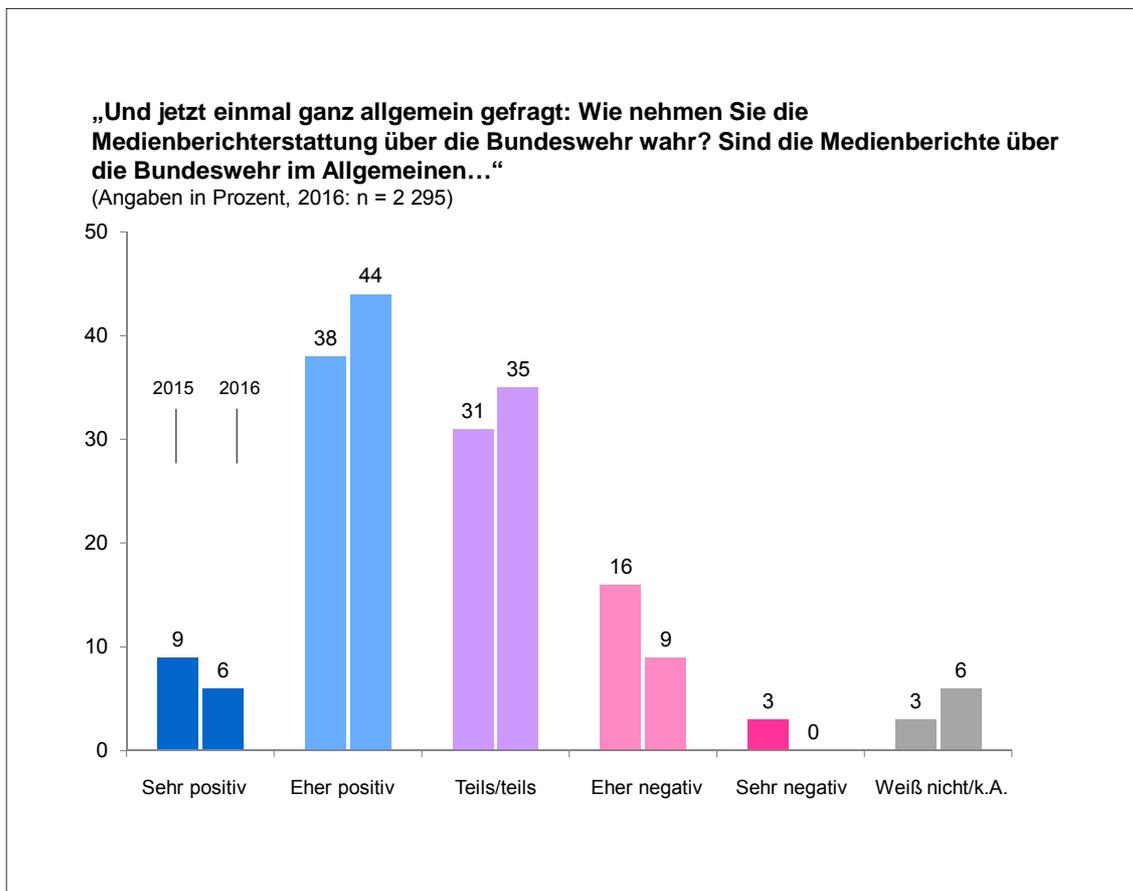
Tabelle 8.2: Allgemeiner Eindruck von der Medienberichterstattung über die Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Und jetzt einmal ganz allgemein gefragt: Wie nehmen Sie die Medienberichterstattung über die Bundeswehr wahr? Sind die Medienberichte über die Bundeswehr im Allgemeinen...“ (Angaben in Prozent)				
	Positiv ¹	Teils/teils	Negativ ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	50	35	9	6
Geschlecht *				
Männer	49	36	11	5
Frauen	51	35	7	7
Alter **				
16 bis 29 Jahre	46	36	(10)	(8)
30 bis 49 Jahre	48	35	11	(7)
50 bis 69 Jahre	52	36	7	(4)
70 Jahre und älter	55	34	(7)	(4)
Bildungsniveau ***				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	47	39	11	(3)
Realschulabschluss	54	34	7	(5)
Hauptschulabschluss	50	33	9	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}				
4.001 Euro und mehr	51	40	(5)	(5)
2.001 bis 4.000 Euro	51	35	10	(4)
Bis 2.000 Euro	54	33	8	(5)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	55	36	(5)	(4)
SPD	61	29	(7)	(3)
Bündnis 90/Die Grünen	49	37	(12)	(2)
Die Linke	(43)	(39)	(13)	(4)
FDP	(64)	(27)	(4)	(4)
AfD	36	44	(19)	(2)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	45	35	8	11
Region ***				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	46	37	(10)	(7)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	51	31	12	(7)
Süddeutschland (BW, BY)	51	35	(6)	8
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	51	37	9	(3)
Migrationshintergrund ^{n.s.}				
ja	54	34	(5)	(8)
nein	50	35	9	6

Anmerkungen: 1) Positiv: „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ wurden zusammengefasst; 2) Negativ: „Eher negativ“ und „Sehr negativ“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden; Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Abbildung 8.4: Allgemeiner Eindruck von der Medienberichterstattung über die Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

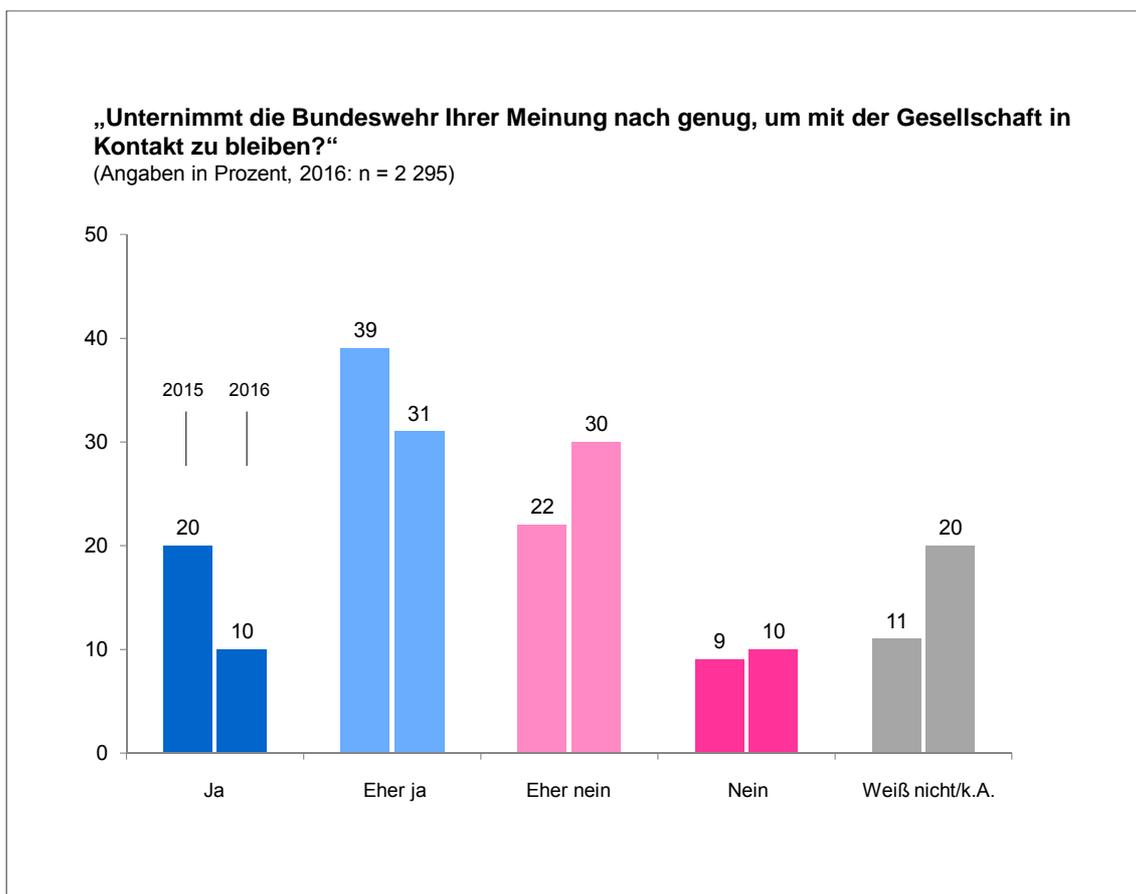
Bewertung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft

Im Hinblick auf die vorangehenden Ergebnisse in diesem Kapitel ist es überraschend, dass sich die Wahrnehmung hinsichtlich der Frage, ob die Streitkräfte genug tun, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, im Vergleich zum Vorjahr erheblich verschlechtert hat (vgl. Abbildung 8.5). Waren es 2015 noch 59 Prozent (Ja und eher ja zusammengefasst), die angaben, dass die Bundeswehr für den Kontakt mit der Gesellschaft genug tut, sind es 2016 nur noch 41 Prozent. Diese Verschiebung spiegelt sich im Anstieg derjenigen mit negativer Bewertung nur teilweise wider (Anstieg von 31 auf 40 Prozent). Zusätzlich trauen sich deutlich mehr Befragte keine Einschätzung zu (20 Prozent statt 11 Prozent machen keine Angabe).

Befragte mit positiven wie negativen Bewertungen des Ausmaßes an Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft wurden gefragt, was die Streitkräfte zu einer Verbesserung des Kontakts beitragen könnten (vgl. Abbildung 8.6). Am häufigsten werden mit 23 Prozent öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wie Feste oder Tage der offenen

Tür als mögliches Mittel genannt. Am zweithäufigsten wird mit 18 Prozent eine stärkere Aufklärungsarbeit angeführt, gefolgt von stärkerer Medienpräsenz (über Kanäle wie Werbung, Berichte und Plakate) mit 16 Prozent. In mehr Öffentlichkeitsarbeit und genereller Präsenz in der Öffentlichkeit sehen 12 Prozent der Befragten eine Möglichkeit zur Verbesserung des Kontakts. Alle anderen Antworten werden nur von maximal 5 Prozent der Bürgerinnen und Bürger genannt. Darunter sind unter anderem Vorschläge wie der verstärkte Einsatz der Streitkräfte innerhalb Deutschlands, Werbemaßnahmen an Schulen oder für junge Leute sowie eine (wie auch immer geartete) Reform der Bundeswehr.

Abbildung 8.5: Bewertung Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Insgesamt zeigt sich, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Bundeswehr über die Medien vermittelt wahrnehmen und eher selten persönlich mit ihr in Kontakt kommen. Interessanterweise ist aber der Eindruck bei persönlichen Begegnungen deutlich besser als in Berichten der Medien. Das Meinungsbild dazu, ob die Bundeswehr genug dafür tut, mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, ist geteilt. Als Möglichkeiten zur Verbesse-

rung des Verhältnisses zur Gesellschaft werden vor allem Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz angeführt. Dementsprechend hat es die Bundeswehr zumindest teilweise selbst in der Hand wie eng sie mit den Bürgerinnen und Bürgern verbunden bleibt.

Abbildung 8.6: Offene Nachfrage zur Verbesserung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

9 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

Markus Steinbrecher

Seit der vollständigen Umstellung auf eine Freiwilligenarmee ab 2011 ist es eine besondere Herausforderung für die Bundeswehr, genug Bewerberinnen und Bewerber zu mobilisieren, um den Bedarf an zivilem und militärischem Personal zu decken. In jedem Jahr müssen sich etwa 60 000 junge Menschen, also fast 10 Prozent eines Geburtsjahrgangs, für eine Karriere bei der Bundeswehr interessieren, um die aktuelle Personalstärke zu halten (militärisches Personal: ca. 176 500, Stand: 21. September 2016; Fantapié Altobelli et al. 2015: 8). Daher wurde im Jahr 2014 die Attraktivitätsagenda („Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“) als umfassendes Programm gestartet, um die Anziehungskraft der Bundeswehr als Arbeitgeber zu erhöhen. Zu dem Programm gehören beispielsweise die stärkere Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen, die Reduzierung der Zahl der Versetzungen oder der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

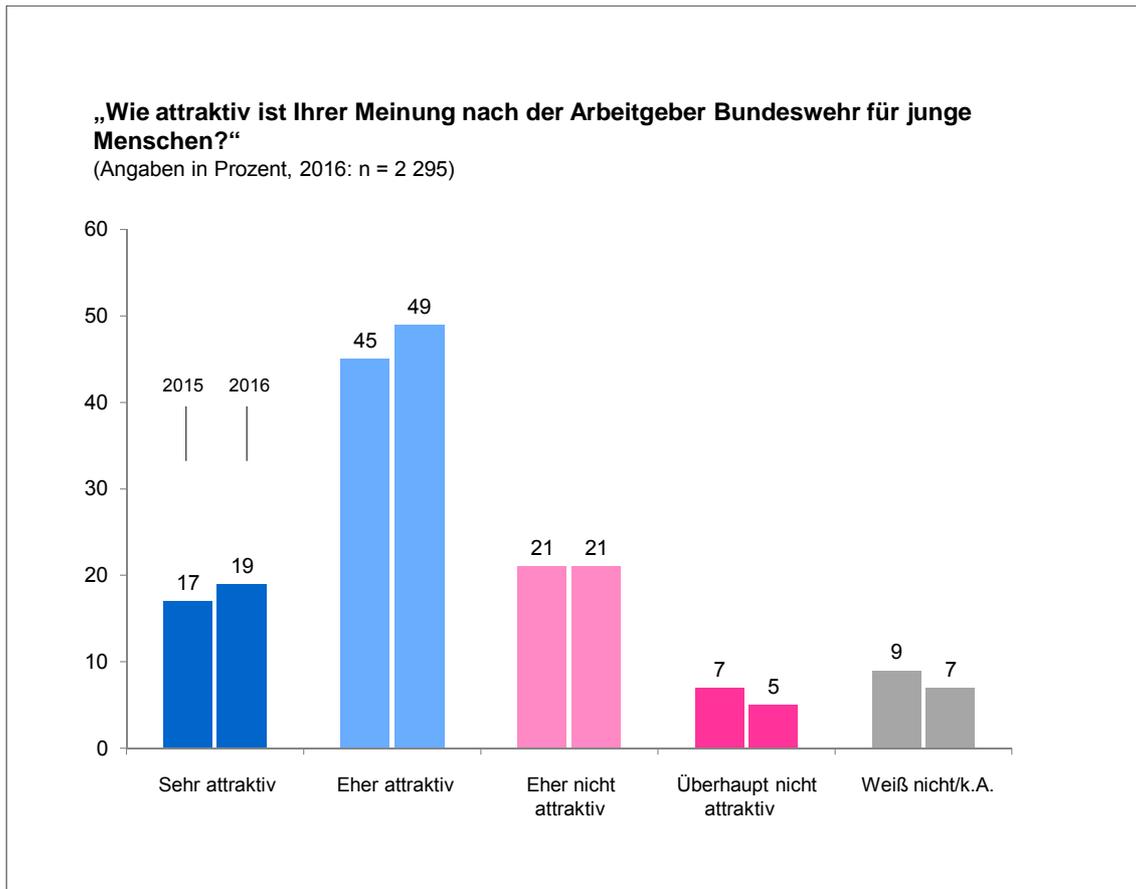
Wahrnehmungen und Bewertungen der Attraktivitätsagenda der Bundeswehr

Die Bevölkerungsbefragung 2016 enthielt einige Fragen zu den Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hinsichtlich der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Die Streitkräfte werden im Vergleich zum Jahr 2015 als etwas attraktiver wahrgenommen (vgl. Abbildung 9.1). 19 Prozent halten die Bundeswehr für einen sehr attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen (2015: 17 Prozent), 49 Prozent für eher attraktiv (2015: 45 Prozent). Der Anteil derjenigen mit negativen Bewertungen der Attraktivität sowie ohne substantielle Meinung hat sich im Vergleich zum Vorjahr jeweils um 2 Prozentpunkte reduziert.

Betrachtet man die Bewertung der Attraktivität in den soziodemografischen Gruppen, erkennt man einige deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 9.1). So sehen in der Kernzielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr im Alter zwischen 16 und 29 Jahren lediglich 60 Prozent die Streitkräfte als attraktiven Arbeitgeber. In den anderen Altersgruppen sind es hingegen jeweils etwa 70 Prozent. Zwischen den Bildungs- und Einkommensgruppen gibt es lediglich leichte Unterschiede von 3 Prozentpunkten. Deutlich voneinander trennen lassen sich aber die Anhänger der verschiedenen Parteien. Am besten ist die Bewertung unter Anhängern von CDU/CSU, SPD, FDP und AfD mit Werten von über 70 Prozent. Etwas weniger attraktiv wird die Bundeswehr von Anhängern der Grünen (66 Prozent), von Die Linke (59 Prozent) und Personen ohne Wahlabsicht bzw. Nichtwählern (60 Prozent) wahrgenommen. Auch regional gibt es deutliche Unterschie-

de. Vor allem Ostdeutsche betrachten die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber (75 Prozent), während dieser Wert in Norddeutschland lediglich bei 60 Prozent liegt. Für Migrationshintergrund und Geschlecht ergeben sich keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen. Damit ist 2016 die 2015 festgestellte Lücke zwischen Männern und Frauen von 12 Prozentpunkten verschwunden (Steinbrecher 2015: 48f.).

Abbildung 9.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Allgemein verfestigt sich bei den Befragten der Eindruck, dass die Bundeswehr sich verstärkt darum bemüht, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden (vgl. Abbildung 9.2). Waren es im Vorjahr 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die diesen Eindruck haben, hat sich dieser Anteil 2016 auf 48 Prozent erhöht. Dementsprechend hat die Gruppe derjenigen, die diesen Eindruck nicht teilen, um 5 Prozentpunkte abgenommen (von 42 auf 37 Prozent). Auch ist der Anteil derjenigen ohne substantielle Einschätzung um 2 Prozentpunkte kleiner als 2015.

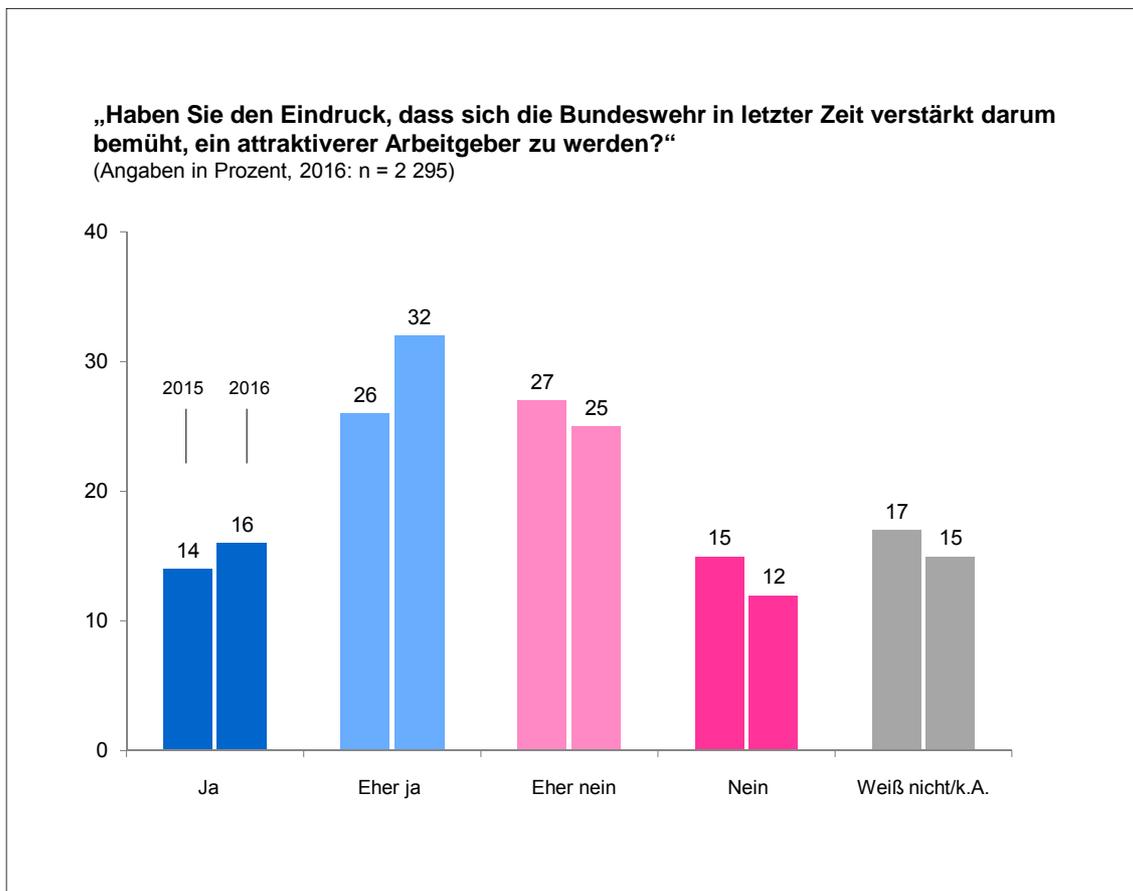
Tabelle 9.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“ (Angaben in Prozent)			
	Attraktiv ¹	Nicht attraktiv ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	68	26	7
Geschlecht **			
Männer	67	28	6
Frauen	68	23	8
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	60	35	(6)
30 bis 49 Jahre	68	24	8
50 bis 69 Jahre	71	23	(7)
70 Jahre und älter	69	22	(9)
Bildungsniveau *			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	66	25	9
Realschulabschluss	69	26	5
Hauptschulabschluss	69	24	7
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *			
4.001 Euro und mehr	71	(21)	(8)
2.001 bis 4.000 Euro	71	25	(4)
Bis 2.000 Euro	68	26	(6)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	73	23	(4)
SPD	74	21	(5)
Bündnis 90/Die Grünen	66	27	(7)
Die Linke	59	(32)	(9)
FDP	73	(21)	(6)
AfD	70	26	(4)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	60	28	12
Region ***			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	60	34	(7)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	75	20	(5)
Süddeutschland (BW, BY)	66	25	10
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	68	25	6
Migrationshintergrund ^{n.s.}			
ja	70	24	(6)
nein	67	26	7

Anmerkungen: 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Abbildung 9.2: Wahrnehmung der Bemühungen der Bundeswehr, ein attraktiverer Arbeitgeber zu sein



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Bei denen, die entsprechende Bemühungen der Bundeswehr wahrgenommen haben, wurde mit einer offenen Frage nachgehakt, was genau zu diesem Eindruck beigetragen hat. Wie aus Abbildung 9.3 deutlich wird, lassen sich die einzelnen Kategorien, zu denen die Antworten der Befragten zusammengefasst wurden, nicht immer eindeutig voneinander abgrenzen. 22 Prozent geben an, dass sie mehr Werbung und allgemeine Informationen der Bundeswehr wahrgenommen haben. Am zweithäufigsten werden explizit die attraktiveren Arbeitsbedingungen angeführt (19 Prozent). Dies ist im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 8 Prozentpunkte. Spezifische Medien werden auch von einigen Befragten genannt. So haben 11 Prozent durch Radio- oder TV-Werbung von Bemühungen der Bundeswehr zur Attraktivitätssteigerung erfahren, 8 Prozent durch Werbung oder Berichte in Printmedien. 7 Prozent haben mehr Stellenanzeigen oder allgemeine Karrierewerbung wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Zunahme um 4 Prozentpunkte. Deutlich seltener als im Vorjahr (-6 Prozent-

punkte) wird angeführt, dass der neue Slogan oder mehr Marketing zur Wahrnehmung gesteigerter Attraktivität beigetragen haben.

Abbildung 9.3: Offene Nachfrage zur Wahrnehmung der Attraktivitätsagenda



Anmerkung: Die Frage ging nur an Befragte, die eine Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr wahrgenommen haben (vgl. Abbildung 9.2).

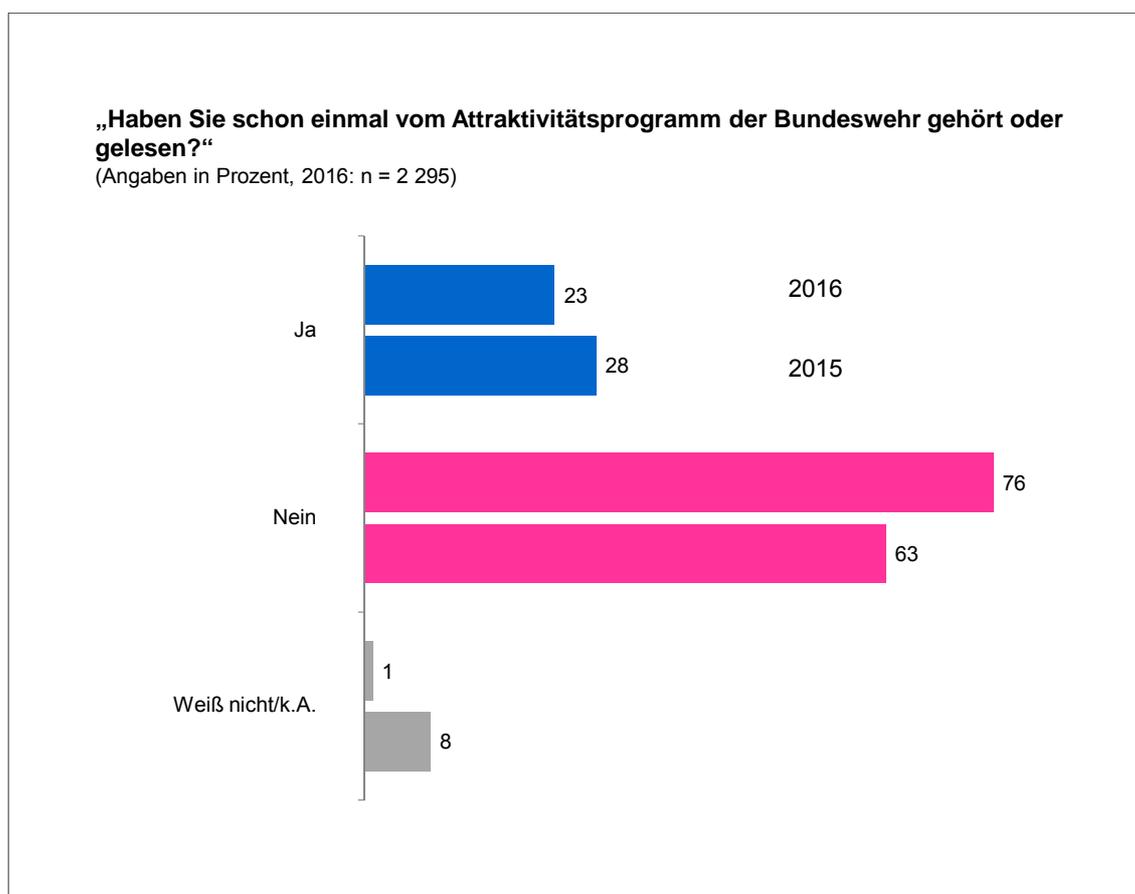
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Von der Attraktivitätsagenda haben nur 23 Prozent der Befragten gehört (vgl. Abbildung 9.4). Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Abnahme der Bekanntheit um 5 Prozentpunkte. Eine deutliche Zunahme um 13 Prozentpunkte (von 63 auf 76 Prozent) zeigt sich für diejenigen, die explizit sagen, dass sie die Attraktivitätsagenda nicht kennen. Um 7 Prozentpunkte hat der Anteil derjenigen ohne substantielle Meinung abgenommen. Da sich die Maßnahmen des Attraktivitätsprogrammes vor allem nach innen richten und den Dienst für das vorhandene Personal attraktiver machen sollen, ist dieses Ergebnis nicht überraschend.

Blickt man auf die Unterschiede in den soziodemografischen Gruppen, zeigen sich einige interessante Ergebnisse (vgl. Tabelle 9.2). Männer (27 Prozent) haben im Vergleich

mit Frauen (19 Prozent) deutlich häufiger vom Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr gelesen oder gehört. Auch zwischen den Altersgruppen sind statistisch signifikante Unterschiede festzustellen. In der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen ist die Agenda Attraktivität mit 26 Prozent am bekanntesten, in der ältesten Gruppe ist sie mit 17 Prozent am wenigsten bekannt. Personen mit hohem und mittlerem Bildungsniveau (24 bzw. 25 Prozent) haben auch eher vom Attraktivitätsprogramm gehört als Befragte mit niedrigem Abschluss (19 Prozent). Während sich für Einkommen und Migrationshintergrund keine statistisch signifikanten Gruppenunterschiede zeigen, ist die Attraktivitätsagenda vor allem unter Anhängern von CDU und CSU (31 Prozent) sowie der FDP (29 Prozent) bekannt. Gleiches gilt für West- (28 Prozent) und Süddeutsche (27 Prozent). Im Gegensatz dazu haben Ostdeutsche am wenigsten vom Attraktivitätsprogramm gehört oder gelesen (20 Prozent).

Abbildung 9.4: Bekanntheit der Attraktivitätsagenda der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Tabelle 9.2: Bekanntheit der Attraktivitätsagenda in soziodemografischen Gruppen

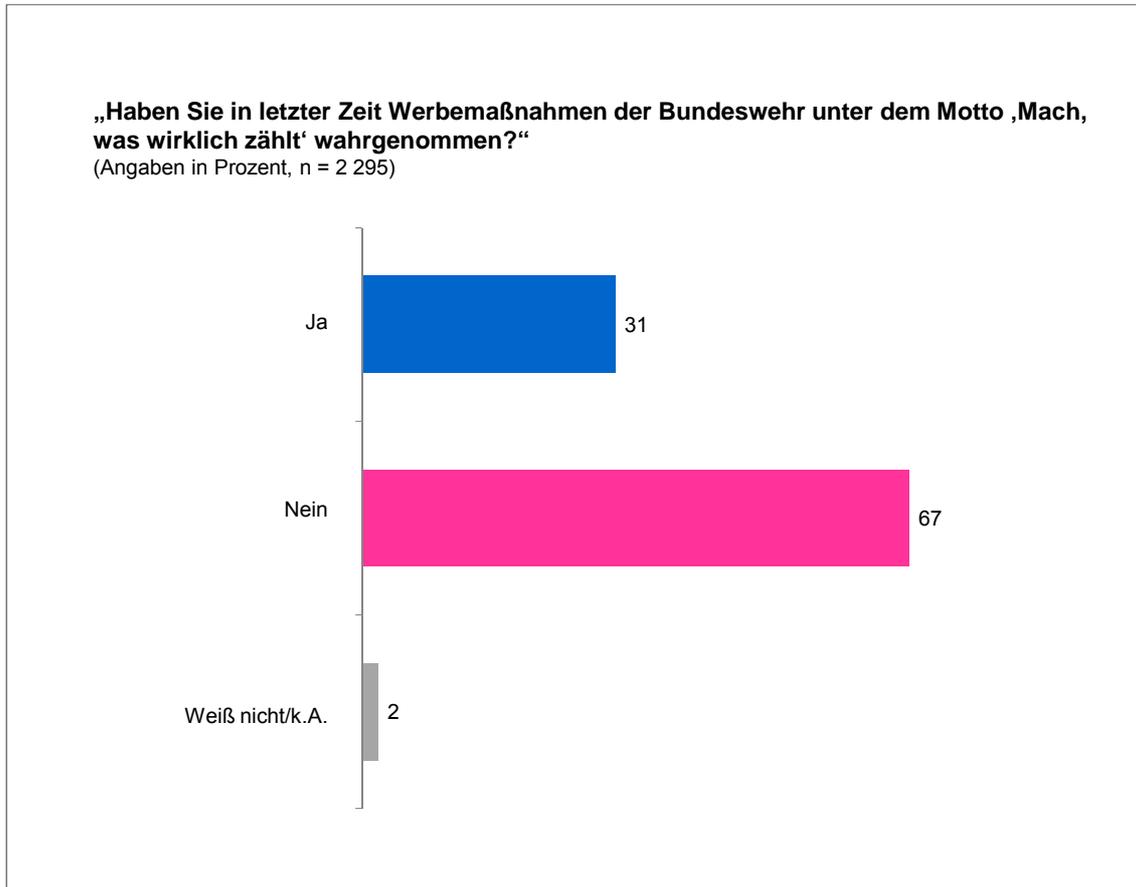
„Haben Sie schon einmal vom Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr gehört oder gelesen?“ (Angaben in Prozent)			
	Ja	Nein	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	23	76	1
Geschlecht ***			
Männer	27	71	(2)
Frauen	19	80	(1)
Alter *			
16 bis 29 Jahre	26	72	(2)
30 bis 49 Jahre	24	75	(2)
50 bis 69 Jahre	24	74	(2)
70 Jahre und älter	17	83	(1)
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	24	73	(3)
Realschulabschluss	25	74	(1)
Hauptschulabschluss	19	80	(1)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.			
4.001 Euro und mehr	(26)	72	(2)
2.001 bis 4.000 Euro	24	74	(2)
Bis 2.000 Euro	22	77	(1)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	31	68	(1)
SPD	23	76	(1)
Bündnis 90/Die Grünen	25	76	(0)
Die Linke	(17)	83	(0)
FDP	(29)	71	(0)
AfD	(23)	76	(2)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	17	80	(3)
Region **			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	23	76	(2)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	20	77	(3)
Süddeutschland (BW, BY)	28	71	(1)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	27	78	(1)
Migrationshintergrund n.s.			
ja	(23)	75	(2)
nein	23	76	(1)

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Wahrnehmung der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“

Abbildung 9.5: Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

2016 wurde erstmals eine Frage zur Bekanntheit der Werbekampagne unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ gestellt, mit der insbesondere Bewerberinnen und Bewerber angesprochen werden sollen. Im Vergleich zur Attraktivitätsagenda ist diese Kampagne somit eher nach außen gerichtet und dementsprechend auch einem größeren Teil der Bürgerinnen und Bürger bekannt (vgl. Abbildung 9.5). 31 Prozent geben an, dass sie entsprechende Werbemaßnahmen gehört oder gesehen haben, zwei Drittel der Befragten kennen „Mach, was wirklich zählt“ nicht.

Auch hier ist ein Blick auf die verschiedenen soziodemografischen Gruppen interessant (vgl. Tabelle 9.3). Es zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede. Bei Männern liegt die Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ um 10 Prozentpunkte höher als bei Frauen. Während in der ältesten Gruppe nur etwas mehr als jeder Fünfte etwas mit der Werbekampagne anfangen kann, ist es in den mittleren Altersgruppen etwa jeder Dritte, bei den 16- bis 29-Jährigen sind es sogar fast 40 Prozent.

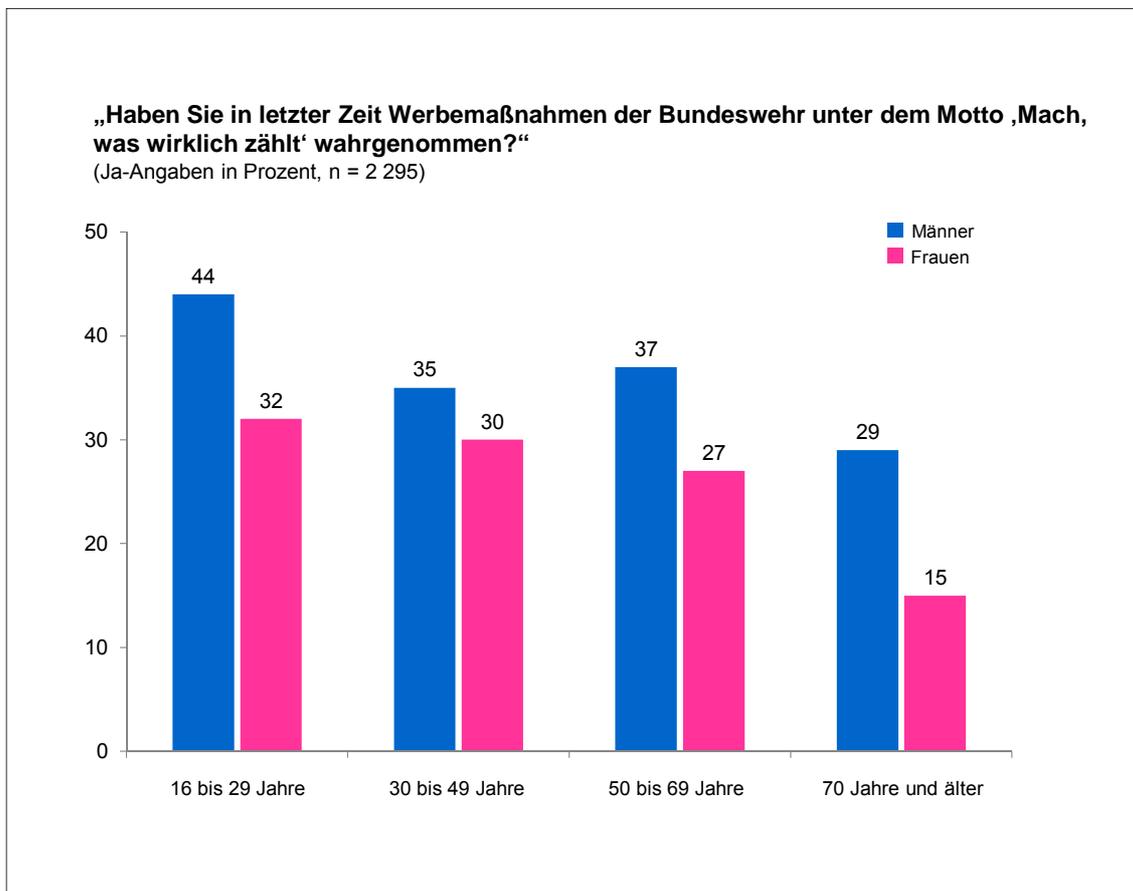
Tabelle 9.3: Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie in letzter Zeit Werbemaßnahmen der Bundeswehr unter dem Motto ‚Mach, was wirklich zählt‘ wahrgenommen?“ (Angaben in Prozent)			
	Ja	Nein	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	31	67	2
Geschlecht ***			
Männer	36	62	(2)
Frauen	26	72	(2)
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	38	60	(2)
30 bis 49 Jahre	33	65	(2)
50 bis 69 Jahre	32	67	(2)
70 Jahre und älter	21	78	(1)
Bildungsniveau ***			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	38	59	(3)
Realschulabschluss	33	65	(1)
Hauptschulabschluss	23	76	(1)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat **			
4.001 Euro und mehr	38	59	(4)
2.001 bis 4.000 Euro	34	64	(2)
Bis 2.000 Euro	29	69	(1)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	35	64	(1)
SPD	32	66	(2)
Bündnis 90/Die Grünen	35	65	(1)
Die Linke	(31)	69	(0)
FDP	(46)	(51)	(3)
AfD	(35)	63	(2)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	24	73	(3)
Region n.s.			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	35	63	(2)
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	29	69	(2)
Süddeutschland (BW, BY)	29	69	(2)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	33	66	(1)
Migrationshintergrund n.s.			
ja	34	64	(2)
nein	31	67	(2)

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Abbildung 9.6: Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ der Bundeswehr in den Altersgruppen bei Männern und Frauen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Für Bildung und Einkommen zeigt sich, dass „Mach, was wirklich zählt“ Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung deutlich eher bekannt ist (jeweils 38 Prozent) als Personen mit geringem Einkommen oder niedriger Bildung. Während sich für Region und Migrationshintergrund keine statistisch signifikanten Unterschiede zeigen, wissen Wähler von CDU, FDP, Grünen und AfD eher über die Werbekampagne „Mach, was wirklich zählt“ Bescheid.

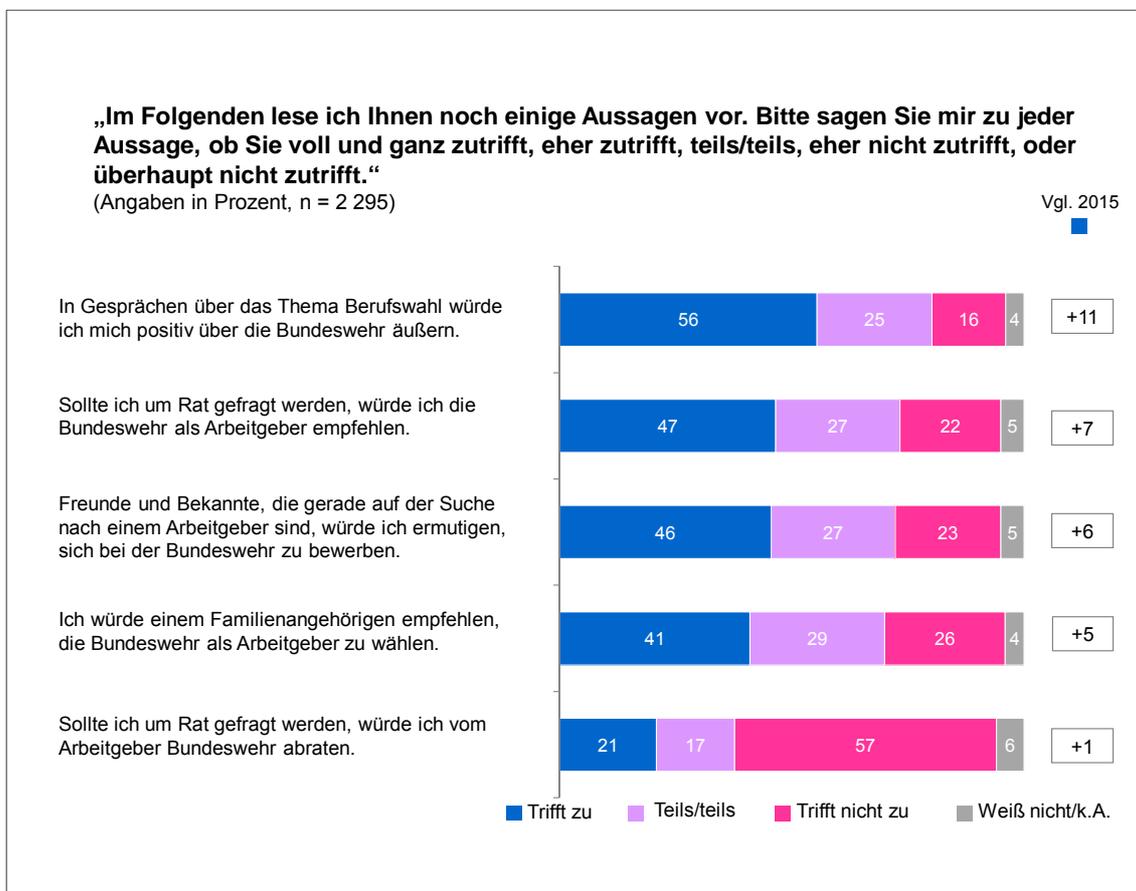
Abbildung 9.6 betrachtet die zusammengefassten Einflüsse von Alter und Geschlecht auf die Bekanntheit des Werbeslogans. Man sieht zwei Effekte: Zum einen nimmt mit zunehmendem Alter die Bekanntheit von „Mach, was wirklich zählt“ ab. Am höchsten ist die Bekanntheit bei Männern wie Frauen in der Zielgruppe der Personalwerbung der Bundeswehr zwischen 16 und 29 Jahren. Zum anderen sieht man in jeder Altersgruppe deutliche Geschlechterunterschiede. Männern ist die Attraktivitätsagenda eher bekannt als Frauen. In der jüngsten und der ältesten Gruppe ist dieser Unterschied mit 12 (16 bis 29 Jahre) bzw. 14 Prozentpunkten (70 Jahre und älter) am größten.

Empfehlung der Bundeswehr als Arbeitgeber

Wenn es darum geht, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, sind die Befragten grundsätzlich positiv eingestellt. Die zustimmenden Antworten variieren zwischen 41 und 56 Prozent (vgl. Abbildung 9.7). Die größte Zustimmung zeigt sich mit 56 Prozent für die Aussage: „In Gesprächen über das Thema Berufswahl würde ich mich positiv über die Bundeswehr äußern.“ Explizit vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würden nur 21 Prozent der Befragten.

Vergleicht man die Veränderungen zum Vorjahr, zeigt sich bei den positiven Aussagen eine Zunahme von „Trifft zu“ von mindestens 5 Prozentpunkten. Die durchweg positivere Bewertung könnte ein Indiz für den Erfolg der Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen des Arbeitgebers Bundeswehr sein.

Abbildung 9.7: Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr



Anmerkung: Trifft zu: „Trifft ganz zu“ und „Trifft eher zu“ wurden zusammengefasst; trifft nicht zu: „Trifft überhaupt nicht zu“ und „Trifft eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Insgesamt zeigt sich, dass die Bundeswehr von den meisten Bürgerinnen und Bürgern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird. Viele würden Freunden, Bekannten und Verwandten die Streitkräfte als Arbeitgeber empfehlen. An konkrete Werbemaßnahmen kann sich allerdings ein Großteil der Befragten nicht erinnern. Die größere Bekanntheit in der besonders relevanten Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen spricht aber für eine gewisse Wirkung der vielfältigen Werbemaßnahmen der Bundeswehr.

10 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

Meike Wanner

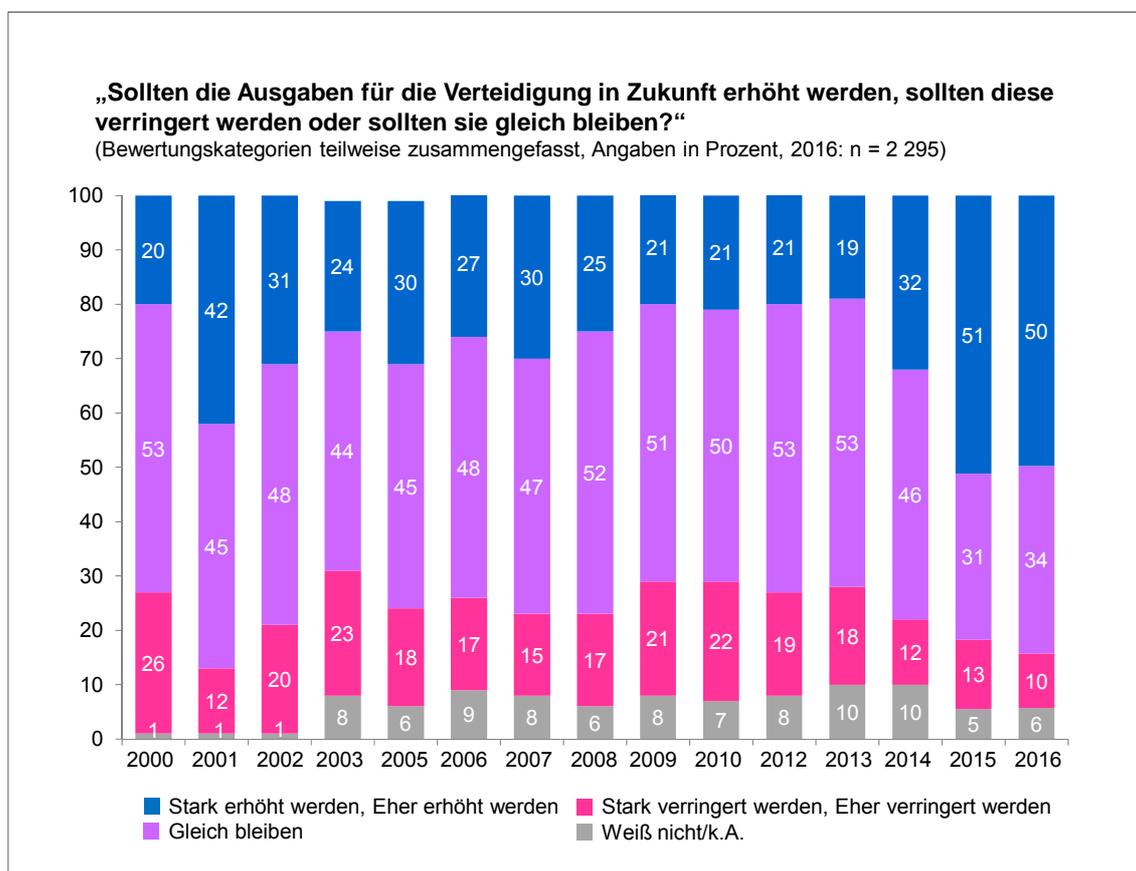
Die Bereitstellung personeller wie finanzieller Ressourcen stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit und den internationalen Einfluss der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Angesichts aktueller Krisen und bestehender Ausrüstungsmängel forderte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Aufstockung des Wehretats (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Online 2015). Sie betonte, dass die Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben modern aufgestellt, vielseitig einsetzbar und vor allem solide finanziert sein müsse. Mit dem Verteidigungshaushalt 2016 werde diesbezüglich nun eine „Trendwende“ eingeleitet. Nachholbedarf besteht insbesondere im Hinblick auf moderne Ausrüstung und beim Materialerhalt, um dem vielfältigen Aufgabenspektrum der Bundeswehr, auch im Hinblick auf Bündnisverpflichtungen, gerecht werden zu können (Bundesministerium der Verteidigung 2015). Für das Jahr 2016 beträgt der Verteidigungshaushalt knapp 34,3 Milliarden Euro, was einem Anteil von rund 11 Prozent am Bundeshaushalt entspricht. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Verteidigungsbudget um 1,3 Milliarden Euro erhöht (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2016a). Auch zukünftig soll dieser Kurs beibehalten werden. Die für die nächsten 15 Jahre geplanten Investitionen von insgesamt 130 Milliarden Euro entsprechen annähernd einer Verdopplung der bisher vorgesehenen Mittel (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Online 2016). Im Folgenden werden die Einstellungen der Bundesbürger zur finanziellen Ausstattung sowie zum Personalumfang der Bundeswehr dargestellt.

Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben

Hinsichtlich der Frage, ob die Verteidigungsausgaben der Bundeswehr erhöht, verringert oder gleich bleiben sollten, spricht sich im Jahr 2016 – wie bereits im Vorjahr – die Mehrheit der Befragten (50 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus (vgl. Abbildung 10.1). Rund ein Drittel (34 Prozent) votiert dafür, die Ausgaben gleich zu halten, und 10 Prozent sind der Ansicht, dass die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr verringert werden sollte. Beachtlich ist in diesem Zusammenhang, dass der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die sich zu dieser Thematik keine Antwort erlauben können oder möchten, im Vergleich zu den Jahren 2013 und 2014 zurückgegangen ist

und mittlerweile 6 Prozent beträgt. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist folglich dazu in der Lage, eine Meinung zu der Thematik der Ausgestaltung des deutschen Verteidigungshaushalts abzugeben.

Abbildung 10.1: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Eine Betrachtung dieser Fragestellung nach unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen zeigt auf, dass der Anteil der Befürworter erhöhter Verteidigungsausgaben in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen deutlich überwiegt (vgl. Tabelle 10.1). Bei Männern und Frauen, entlang der verschiedenen Altersgruppen, Bildungs- und Einkommensniveaus, Parteipräferenzen und Regionen überwiegt jeweils der Anteil derer, die sich für einen erhöhten Verteidigungsetat aussprechen. Die Detailbetrachtung offenbart zudem, dass sich auch zwischen den Gruppen der betrachteten Merkmale statistisch signifikante Unterschiede bezüglich des Geschlechts, des Alters und der Wahlabsicht zeigen. Männer sprechen sich signifikant häufiger für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus als Frauen (54 Prozent vs. 46 Prozent).

Tabelle 10.1: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben in soziodemografischen Gruppen

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	50	34	10	6
Geschlecht ***				
Männer	54	32	10	(4)
Frauen	46	37	10	7
Alter ***				
16 bis 29 Jahre	46	30	16	(8)
30 bis 49 Jahre	50	35	9	(5)
50 bis 69 Jahre	53	35	7	(5)
70 Jahre und älter	47	37	(11)	(5)
Bildungsniveau ^{n.s.}				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	51	32	11	(6)
Realschulabschluss	50	36	9	(4)
Hauptschulabschluss	49	36	9	(6)
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}				
4.001 Euro und mehr	49	36	(11)	(4)
2.001 bis 4.000 Euro	52	33	10	5
Bis 2.000 Euro	48	37	10	(5)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	57	33	(6)	(5)
SPD	54	37	(6)	(3)
Bündnis 90/Die Grünen	45	40	(11)	(3)
Die Linke	(39)	(38)	(21)	(2)
FDP	(59)	(27)	(11)	(3)
AfD	55	31	(10)	(4)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	43	34	13	11
Region ^{n.s.}				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	51	34	10	5
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	47	36	11	(6)
Süddeutschland (BW, BY)	51	(33)	(11)	(5)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	53	33	(9)	(5)
Migrationshintergrund ^{n.s.}				
ja	51	34	(8)	(7)
nein	50	35	10	6

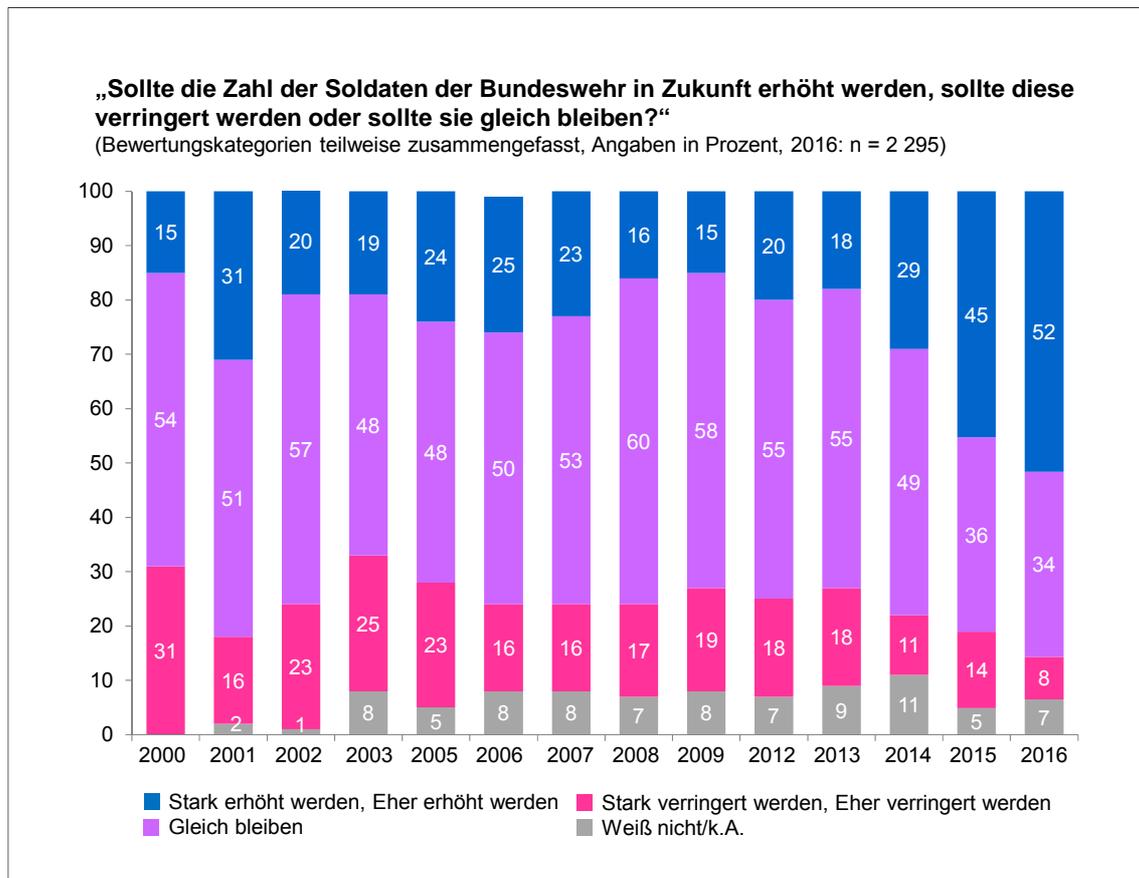
Anmerkungen: 1) Die Kategorien „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Die Kategorien „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Personen zwischen 30 und 69 Jahren sind eher für eine Aufstockung des Verteidigungsbudgets als die Personen der Altersgruppe 16 bis 29 Jahre sowie der Personen, die 70 Jahre und älter sind. Weiterhin wird deutlich, dass die Anhänger von CDU/CSU, der SPD und auch der AfD eher für einen erhöhten Verteidigungshaushalt plädieren als die Wählerinnen und Wähler von Bündnis 90/Die Grünen, der Partei Die Linke sowie Unentschiedene bzw. Nichtwähler.

Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr

Abbildung 10.2: Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2016.

Ein ähnliches Bild weisen die Ergebnisse zur Frage nach dem Personalumfang der Bundeswehr auf. Auch hier wurden die Bürgerinnen und Bürger dazu befragt, ob die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Zukunft erhöht, verringert oder gleich bleiben sollte (vgl. Abbildung 10.2). Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich im Jahr 2016 erstmals eine absolute Mehrheit der Bundesbürger (52 Prozent) dafür ausspricht, dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr erhöht werden sollte.

Tabelle 10.2: Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Sollte die Zahl der Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte diese verringert werden oder sollte sie gleich bleiben?“ (Angaben in Prozent)				
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	52	34	8	7
Geschlecht **				
Männer	53	34	8	(4)
Frauen	50	34	8	8
Alter n.s.				
16 bis 29 Jahre	47	34	(11)	(9)
30 bis 49 Jahre	52	34	8	(6)
50 bis 69 Jahre	54	34	(6)	(6)
70 Jahre und älter	53	35	(7)	(6)
Bildungsniveau *				
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	51	32	10	(8)
Realschulabschluss	52	36	8	(4)
Hauptschulabschluss	54	34	6	6
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat *				
4.001 Euro und mehr	46	39	(7)	(8)
2.001 bis 4.000 Euro	56	32	8	(4)
Bis 2.000 Euro	50	36	8	(6)
Wahlabsicht Bundestagswahl ***				
CDU/CSU	59	32	(4)	(5)
SPD	58	35	(4)	(3)
Bündnis 90/Die Grünen	49	36	(10)	(6)
Die Linke	(40)	(32)	(22)	(6)
FDP	(60)	(24)	(7)	(9)
AfD	57	29	(9)	(5)
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler	43	37	10	11
Region n.s.				
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	52	34	7	6
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	49	34	10	7
Süddeutschland (BW, BY)	56	(32)	(7)	(6)
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	54	33	(8)	(5)
Migrationshintergrund n.s.				
ja	58	31	(7)	(5)
nein	51	34	8	7

Anmerkungen: 1) Die Kategorien „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Die Kategorien „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s.= nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Befürworter eines größeren Personalkörpers der Bundeswehr damit um weitere 7 Prozentpunkte an. Rund ein Drittel der Deutschen (34 Prozent) ist dafür, dass die Personalstärke gleich bleiben sollte und lediglich 8 Prozent votieren dafür, den Personalumfang der Bundeswehr zu verringern. Ein Blick auf die Antwortkategorie „Weiß nicht/keine Angabe“ zeigt auch bei dieser Frage, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung (7 Prozent) keine Meinung zu dieser Fragestellung hat.

Auch in diesem Fall erfolgte eine detaillierte Betrachtung dieser Fragestellung nach unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen (vgl. Tabelle 10.2). Es überwiegt in allen betrachteten Gruppen deutlich der Anteil derjenigen, die sich für eine personelle Vergrößerung der Truppe aussprechen. Statistisch signifikante Unterschiede innerhalb der einzelnen Gruppen zeigen sich bei den Merkmalen Geschlecht, Bildung, Einkommen und Wahlabsicht. Männer sprechen sich demnach häufiger für eine Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr aus als Frauen (53 Prozent vs. 50 Prozent). Personen mit einem Hauptschulabschluss (54 Prozent) sind eher für eine Erhöhung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten als Personen mit Realschulabschluss (52 Prozent) oder einem Hochschulabschluss (51 Prozent). Befragte in der mittleren Einkommenskategorie (56 Prozent) votieren eher für die Erhöhung des Personalumfangs der Bundeswehr als Personen mit geringerem (50 Prozent) oder höherem Einkommen (46 Prozent). Analog zu den Befunden zur Höhe der Verteidigungsausgaben sprechen sich auch bei der Frage nach der zukünftigen Ausgestaltung des Personalumfangs der Bundeswehr die Anhänger von CDU/CSU, der SPD und auch der AfD eher für eine Vergrößerung des Personalkörpers aus als die Wählerinnen und Wähler von Bündnis 90/Die Grünen oder Unentschiedene bzw. Nichtwähler.

Erklärung von Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben und zum Personalumfang

Die bloße Betrachtung der bivariaten Zusammenhänge wie in den Tabellen 10.1 und 10.2 gibt noch keinen Aufschluss darüber, welche Faktoren dazu beitragen, dass sich eine Person für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben bzw. des Personalumfangs der Bundeswehr ausspricht. Zur weiteren Analyse werden zunächst Gruppen möglicher Einflussfaktoren identifiziert und der Zusammenhang dieser Variablen mit der Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie des Personalumfangs der Bundeswehr mittels einer Korrelationsanalyse überprüft. Schließlich erfolgt die Bildung eines multivariaten Untersuchungsmodells (logistische Regression), das Aufschluss darüber geben soll, welche Einflussfaktoren die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass eine Vergrößerung des Verteidigungsetats bzw. des Personalumfangs der Bundeswehr befürwortet wird. Die erste Gruppe möglicher Einflussfaktoren bilden soziodemografische Merkmale der Befragten (Geschlecht, Alter und Bildungsniveau). Als zentrale politische Einstel-

lung kommt die Wahlabsicht (Sonntagsfrage) hinzu. Wie die aktuellen sowie die Ergebnisse der Vorjahre verdeutlichen, gibt es zwischen diesen Gruppen zum Teil signifikante Unterschiede, was die Einstellung zu einem erhöhten Verteidigungsetat bzw. einer personell vergrößerten Truppe angeht (vgl. Wanner 2015a, 2015c). Die zweite Gruppe denkbarer Einflussfaktoren ist die allgemeine Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr (persönliche Einstellung zur Bundeswehr, Bewertung Wichtigkeit der Streitkräfte für die Bundesrepublik Deutschland, persönliches Ansehen der Bundeswehr; vgl. Kapitel 6). Denkbar wäre, dass sich die Personen, die generell eine positive Einstellung zur Bundeswehr aufweisen, auch eher für die Erhöhung des Verteidigungsbudgets bzw. der personellen Aufstockung der Bundeswehr aussprechen, weil sie ihre spezifischen politischen Positionen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik von ihrer allgemeinen Einstellung zur Bundeswehr ableiten. Als dritte Gruppe schließlich wird der Einfluss der sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürger betrachtet (Interesse Verteidigungspolitik, Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Bewertung der persönlichen und gesamtgesellschaftlichen Sicherheitslage, Bedrohungswahrnehmungen, Einschätzung der außenpolitischen Verantwortung Deutschlands, die Befürwortung einer aktiven deutschen Außenpolitik, Einstellung zu Einsätzen der Bundeswehr als Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen; vgl. die verschiedenen Kapitel dieses Forschungsberichts). Auch hier kann ein positiver Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Variablen, die die sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürger charakterisieren sollen, und der Zustimmung erhöhter Verteidigungsausgaben bzw. eines vergrößerten Personalkörpers der Bundeswehr erwartet werden. Als probates Mittel, um zu entscheiden, welche der genannten Einflussfaktoren in das multivariate Analysemodell aufgenommen werden sollen, dient die Korrelationsanalyse. Diese zeigt für die soziodemografischen Variablen nur geringe Korrelationen. Mittlere bis hohe Korrelationen ergeben sich hingegen für verschiedene allgemeine Einstellungen zur Bundeswehr bzw. einige sicherheits- und verteidigungspolitische Orientierungen der Bundesbürger. Die Variablen, für die sich annähernd eine mittlere Korrelation ergibt ($r \geq 0,3$), werden in das multivariate Analysemodell aufgenommen.²⁰

²⁰ Spearmans Rho (Verteidigungsausgaben/Personalumfang der Bundeswehr): Wichtigkeit der Bundeswehr= 0,36/0,35; Persönliche Einstellung zur Bundeswehr= 0,31/0,30; Persönliches Ansehen der Bundeswehr= 0,29/0,29; Einsatz der Bundeswehr, um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen= 0,30/0,34; Einsatz der Bundeswehr, um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen= 0,30/0,31; Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland= 0,29/0,30; Interesse Verteidigungspolitik= 0,29/0,29. Alle Korrelationen sind statistisch signifikant auf dem .001-Niveau.

Die in Tabelle 10.3 zusammengestellten Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die in die Analyse einbezogenen Variablen, abgesehen von der Variablen, die das persönliche Ansehen der Bundeswehr abbildet, positiv und signifikant auf die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie auf die Zustimmung zur Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr auswirken. Betrachtet man die Odds Ratios, also das Chancenverhältnis, wird deutlich, dass die Chance, der Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Bundeswehr zuzustimmen, insbesondere dann steigt, wenn die Befragten angeben, dass sie die Bundeswehr als wichtig für die Bundesrepublik Deutschland erachten, wenn sie eine persönlich positive Einstellung zur Bundeswehr vertreten und wenn sie befürworten, dass die Bundeswehr im Ausland zum Einsatz kommt, um gegen den internationalen Terrorismus zu kämpfen. Für diese Personen ist die Chance, der Erhöhung des Verteidigungsetats zuzustimmen, zwischen 2- und mehr als 6-mal so hoch wie für Personen, die gegenteilige Einstellungen haben.

Tabelle 10.3: Determinanten der Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben bzw. zur Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr

	Zustimmung: Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Bundeswehr	Zustimmung: Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr
<i>Allgemeine Einstellung zur Bundeswehr</i>		
Wichtigkeit der Bundeswehr	1,86***/[6,39]	1,47***/[4,36]
Persönliche Einstellung zur Bundeswehr	1,22**/[3,38]	1,00**/[2,71]
Persönliches Ansehen der Bundeswehr	-0,39 ^{n.s.} /[0,68]	-0,26 ^{n.s.} /[0,77]
<i>Sicherheits- u. verteidigungspolitische Einstellungen</i>		
Kampf gegen internationalen Terrorismus	0,92***/[2,50]	1,24***/[3,46]
Militärisches Vorgehen gegen Bedrohung	0,84***/[2,32]	0,90***/[2,46]
Leistungen bei Einsätzen im Ausland	0,70**/[2,00]	0,85**/[2,34]
Konstante	-3,57***/[0,03]	-3,50***/[0,03]
Nagelkerkes R ²	0,19	0,19
n	2059	2048

Anmerkungen: Binäre logistische Regressionen, unstandardisierte Regressionskoeffizienten (Odds) sowie Odds Ratios in eckigen Klammern. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0;1]. Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s.= nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Für die Frage nach der zukünftigen Größe des Personalkörpers der Bundeswehr treten dieselben Einflussfaktoren zutage. Auf die Zustimmung zur Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr wirkt sich am stärksten aus, wenn die Bundeswehr als wichtiger Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland erachtet wird (Zustimmungschance erhöht sich um mehr als das Vierfache), wenn der Kampf gegen den internationalen Terrorismus als Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr befürwortet wird (Zustimmungschance erhöht sich um mehr als das Dreifache) und wenn eine persönlich positive

Einstellung zur Bundeswehr vorherrscht (Zustimmungschance erhöht sich um fast das Dreifache).

Die durchgeführten logistischen Regressionen zeigen, dass der Zuspruch der Bundesbürger zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben und einer Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr zum Teil durch allgemeine Einstellungen zur Bundeswehr und sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen zu erklären ist. Je positiver diese Einflussfaktoren bei den Befragten ausgeprägt sind, desto eher werden von ihnen auch finanzielle bzw. personelle Aufstockungen der Bundeswehr befürwortet. Damit bestätigen sich auch weitgehend die Ergebnisse der multivariaten Analysen des Vorjahres (Wanner 2015c). Insgesamt werden jeweils 19 Prozent der Streuung der abhängigen Variable durch die vorliegenden Regressionsmodelle erklärt. Dieses Ergebnis legt nahe, dass es neben den in diesen Modellen enthaltenen Variablen noch eine ganze Reihe von anderen Einflussfaktoren gibt, die die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben bzw. zur Vergrößerung des Personalumfangs der Bundeswehr determinieren.

Insgesamt zeigt sich bei den Befragten eine mehrheitliche Unterstützung sowohl für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben als auch für eine Erhöhung der Personalstärke der Bundeswehr. Damit verstetigt sich der in den letzten Jahren zu verzeichnende Trend wachsender Zustimmung. Zwischen den soziodemografischen Gruppen zeigen sich in der Regel lediglich geringfügige Unterschiede in den Präferenzen zur Personalstärke bzw. zur Höhe des Verteidigungshaushalts. Lediglich bei Anhängern der Linken und bei Bürgerinnen und Bürgern ohne Parteipräferenz spricht sich deutlich weniger als die Hälfte der Befragten für eine Vergrößerung der Streitkräfte bzw. für eine Erhöhung der Personalstärke aus. Die multivariaten Modelle stellen die besondere Bedeutung allgemeiner Einstellungen zur Bundeswehr heraus. Allerdings sind auch sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen relevant.

11 Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

Meike Wanner

Im Rahmen der Verteidigungspolitischen Richtlinien werden Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr als ein Teil gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge beschrieben. Als Auftrag der Bundeswehr wird zuerst der Schutz der Bürgerinnen und Bürger benannt. Als weitere relevante Aufgabenbereiche gelten die Sicherung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands, die Verteidigung von Verbündeten, die Wahrung von Stabilität und Partnerschaft im internationalen Rahmen sowie die Förderung der multinationalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration. Vor diesem Hintergrund werden der Bundeswehr vielfältige Aufgabenbereiche zugesprochen: Landesverteidigung als Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO, internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, Beteiligung an militärischen Aufgaben im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, Beiträge zum Heimatschutz, also Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, Rettung, Evakuierung sowie Geiselnbefreiung und humanitäre Hilfe im Ausland (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2011).

Generelle Aufgabenbereiche der Bundeswehr

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2016 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Tabelle 11.1). Jeweils neun von zehn Bundesbürgern (91 Prozent) befürworteten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren und um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten. 84 Prozent sprechen sich außerdem dafür aus, dass deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten evakuiert werden. Jeweils rund sieben von zehn Bürgerinnen und Bürgern befürworteten den Einsatz der Bundeswehr, um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird (69 Prozent), um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen (69 Prozent), um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird (69 Prozent), um einen Völkermord zu verhindern (66 Prozent) und um gegen Länder, die Deutschland oder einen Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen (65 Prozent). Mehrheitlich befürwortet wird außerdem der Einsatz der Bundeswehr zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands (63 Prozent), um die

Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (53 Prozent) sowie um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (53 Prozent). Der einzige Aufgabebereich der deutschen Streitkräfte, dem keine absolute Mehrheit zustimmt, ist, dass die Bundeswehr zum Einsatz kommt, um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (46 Prozent). Allerdings wird selbst diese Aufgabe nur von 27 Prozent explizit abgelehnt.

Tabelle 11.1: Vorstellungen von den Aufgabebereichen der Bundeswehr

„Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden,...	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren.	91	6	2	1
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	91	7	3	0
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	84	11	4	1
um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird.	69	22	8	1
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	69	20	10	1
um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird.	69	22	8	1
um einen Völkermord zu verhindern.	66	22	9	4
um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen.	65	22	12	1
zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands.	63	20	16	1
um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren.	59	25	14	1
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	53	21	23	3
um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen.	46	26	27	2

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Ein Vergleich der Zustimmungswerte zu den einzelnen Aufgabebereichen aus dem Jahr 2016 mit denen des Vorjahres offenbart einige interessante Entwicklungen (vgl. Tabelle 11.2). Zum einen wird deutlich, dass Hilfsaufgaben vermehrten Zuspruch erfahren. Der Anteil derjenigen, die einen Einsatz der Bundeswehr unterstützen, um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten, steigt um 18 Prozentpunkte und auch der Einsatz der Bundeswehr, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren, erfährt einen deutlichen Zuwachs an Zustimmung (+11 Prozentpunkte). Ein weiterer Aspekt, der im Zeitvergleich deutlich wird, ist, dass die Deutschen die Aufgabebereiche im Jahr 2016 stärker befürworteten, die auf die Bündnisverpflichtung und Bündnissolidarität Deutschlands verweisen. Deutliche Anteilszuwächse zeigen sich etwa bei den Aufgabebereichen Verbündeten zu helfen, die bedroht (+15 Prozentpunkte) oder angegriffen werden (+9 Prozentpunkte)

sowie der Bereitschaft, gegen Länder militärisch vorzugehen, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen (+10 Prozentpunkte). Weiterhin wird deutlich, dass die Bundesbürger im Vergleich zum Vorjahr eine größere Akzeptanz gegenüber den Aufgabenbereichen zeigen, die für den Erhalt der nationalen Sicherheitslage unabdingbar sind und durch aktuelle Bedrohungsszenarien wie z.B. den anhaltenden Konflikt mit Russland oder die Flüchtlingskrise stärker in das Bewusstsein der Bürger rücken. Im Vergleich zum Jahr 2015 stimmen mehr Befragte dafür, dass die Bundeswehr zum Einsatz kommt, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren (+9 Prozentpunkte) und um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen (+7 Prozentpunkte).

Tabelle 11.2: Zustimmung zu Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Zeitvergleich

„Welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach übernehmen?“ (Angaben in Prozent)			
Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden,...	2015	2016	Differenz
um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten.	73	91	+18
um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird.	54	69	+15
um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren.	73	84	+11
um gegen Länder, die Deutschland oder Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen.	55	65	+10
um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren.	82	91	+9
um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird.	60	69	+9
um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen.	62	69	+7
zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands.	62	63	+1
um einen Völkermord zu verhindern.	67	66	-1
um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren.	60	59	-1
um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern.	54	53	-1
um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen.	51	46	-5

Anmerkung: Für die Jahre 2015 und 2016 wurden die Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Von Relevanz erscheinen demnach aus der Sicht der Bundesbürger auch im Jahr 2016 insbesondere die originären Aufgabenbereiche der Bundeswehr: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger. Die Entwicklung, die bereits im Vorjahr beobachtet werden konnte, nämlich dass Aufgaben, die sich auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus für Deutschland, aber auch für Bündnispartner fokussieren, in der zugeschriebenen Wichtigkeit gestiegen sind, bestätigt sich im Jahr 2016. Das Votum der Bürgerinnen und Bürger verdeutlicht, dass der Einsatz militärischer Gewalt für die deutsche Bevölkerung kein Tabuthema

darstellt. Die Akzeptanz der unterschiedlichen Aufgabenbereiche der Bundeswehr ist jedoch dann am größten, wenn die Sicherheit Deutschlands sowie deutscher Staatsbürger gefährdet ist oder wenn Verbündete bedroht oder angegriffen werden.

Aufgabenbereiche der Bundeswehr innerhalb Deutschlands

Im Unterschied zum Vorjahr, und aufgrund aktueller Entwicklungen und Debatten, wurde in den Fragebogen der Bevölkerungsbefragung 2016 eine weitere Fragenbatterie integriert, die auch die Einstellung der Bundesbürger zu möglichen Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren beleuchtet. Als Reaktion auf die zunehmende Bedrohungslage und terroristische Anschläge auch auf deutschem Boden wurde in der Politik wiederholt diskutiert, ob die Bundeswehr zur Terrorabwehr im Inland eingesetzt werden kann und soll. Vertreter von CDU und CSU forderten, dass in extremen Situationen wie Terroranschlägen in Deutschland auf die Bundeswehr zurückgegriffen werden könnte und befürworteten zudem eine stärkere Vernetzung von Bundeswehr und Polizei. Hintergrund der Forderung nach dem verstärkten Einsatz der Streitkräfte in Deutschland ist die Tatsache, dass sie exklusiv über bestimmte Fähigkeiten und Mittel zur Terrorabwehr oder -bekämpfung verfügen, zum Beispiel geschützte Fahrzeuge, Kampfflugzeuge oder Spezialeinheiten wie das KSK und die Kampfschwimmer. Daher plädierte Verteidigungsministerin von der Leyen im Juni 2016 für gemeinsame Übungen von Polizei und Bundeswehr, um terroristische Anschläge in Deutschland abzuwehren. Wörtlich sagte sie: „Das wäre für alle Beteiligten eine neue Qualität der Zusammenarbeit. Damit im Ernstfall jeder weiß, was zu tun ist, müssten Polizei und Bundeswehr diese Zusammenarbeit auch üben. Die Verbindungswege und Aufgabenverteilung sollten klar erprobt sein.“ (Aust et al. 2016) Der Partner von CDU/CSU in der Großen Koalition, die SPD, sowie die Oppositionsparteien Bündnis90/Die Grünen und Die Linke äußerten sich hinsichtlich einer Erweiterung der Kompetenzen der Streitkräfte im Inland eher skeptisch. Während Vertreter der SPD anregten, die Polizei personell und technisch aufzustocken anstatt die Bundeswehr zu involvieren, argumentierten Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dass es für die strikte Trennung der Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit sehr gute Gründe gäbe und dass das Beispiel Frankreich aufzeige, dass selbst militärische Patrouillen auf öffentlichen Plätzen das Land nicht vor Terroranschlägen bewahren konnten (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2016b, 2016c; Ehrenstein et al. 2016).

Rechtlich betrachtet sieht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (GG) eine klare Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgabenbereichen vor, von der nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen abgewichen werden darf. Während die innere Sicherheit grundsätzlich in den Aufgabenbereich der Polizei fällt, obliegt es den deutschen Streitkräften, die äußere Sicherheit zu gewährleisten, worunter die Landesvertei-

digung, also das militärische Vorgehen gegen einen von außen kommenden Angreifer, zu verstehen ist (Artikel 87a Absatz 1 GG; vgl. Knelangen 2006: 253-256). Die Notstandsgesetze des Jahres 1968, die das Grundgesetz um Regelungen ergänzten, um die staatliche Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu ermöglichen, präzisierten in Artikel 35 GG mögliche Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren: die Amtshilfe bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen (Artikel 35 Absatz 2 und 3 GG). Das Grundgesetz sieht folglich nur eng begrenzte Möglichkeiten für Bundeswehreinätze im Inneren vor und besagt in der derzeitigen Form, dass ein Einsatz von Soldaten als „Hilfspolizisten“ oder Helfer lediglich bei einer Naturkatastrophe (z.B. während des Elbehochwassers im Jahr 2002) oder bei besonders schweren Unglücksfällen (z.B. beim Bahnunglück in Eschede im Jahr 1998) rechtlich abgesichert ist. In solchen Fällen werden die Soldatinnen und Soldaten der Polizei bzw. den Institutionen der Landesebene unterstellt.

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2016 wurden den Bürgerinnen und Bürgern unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr vorgelegt, um herauszufinden, wie sich die gesellschaftliche Akzeptanz der unterschiedlichen Aufgabenbereiche darstellt. Inwiefern den Befragten dabei die rechtlich festgelegten Handlungsspielräume für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren bekannt sind, wurde nicht erfragt – angesichts der Befunde zum verteidigungspolitischen Wissen kann aber davon ausgegangen werden, dass die Rechtslage vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht oder nur in Ansätzen bekannt ist (vgl. Kapitel 7). Im Ergebnis zeigt sich, dass alle vorgegebenen Einsatzmöglichkeiten von einer zum Teil deutlichen Mehrheit der Deutschen befürwortet werden (vgl. Tabelle 11.3).

Tabelle 11.3: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland

„Und welche Aufgaben sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach in Deutschland übernehmen?“ (Angaben in Prozent)				
Die Bundeswehr sollte eingesetzt werden,...	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten.	90	8	2	0
um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen.	86	10	4	0
um öffentliche Gebäude in Deutschland vor Terroranschlägen zu schützen.	78	13	9	1
um in Deutschland Vermisste zu suchen oder zu retten.	74	16	10	1
um die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern.	74	14	12	1
um Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu leisten.	55	24	19	1

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Jeweils neun von zehn Befragten würden einem Einsatz der Bundeswehr im Inland zustimmen, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (90 Prozent) oder um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (86 Prozent). Acht von zehn Deutschen sprechen sich außerdem dafür aus, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, um öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (78 Prozent). Jeweils 74 Prozent der Befragten sehen mögliche Einsatzgebiete der Bundeswehr innerhalb Deutschlands, um Vermisste zu suchen oder zu retten oder um die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern. Während die bisher benannten Einsatzmöglichkeiten hypothetischer Natur sind, unterstützte die Bundeswehr in den letzten Monaten die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Dies wird von 55 Prozent der Deutschen befürwortet, ist aber insgesamt der niedrigste Wert. Auch hinsichtlich dieser Fragestellung erfahren die Aufgaben, die Katastrophenhilfe sowie den Schutz vor Terroranschlägen thematisieren, die größte Zustimmung durch die deutsche Bevölkerung.

Der Vergleich mit den Daten des Jahres 2013, in dem diese Fragenbatterie in ähnlicher Form, jedoch mit einer unterschiedlichen Antwortskala (ohne Mittelkategorie „Teils/teils“), enthalten war, zeigt, dass sich die Ergebnisse in der zentralen Tendenz ähneln (vgl. Wanner und Biehl 2014: 47). Eine belastbarer Vergleich der Ergebnisse der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Inlandsaufgaben der Bundeswehr ist jedoch erst im kommenden Jahr möglich, wenn sowohl die im Jahr 2016 verwendeten Items als auch die eingesetzte Antwortskala repliziert werden. Insgesamt betrachtet verdeutlichen die dargestellten Ergebnisse zu möglichen Einsatzbereichen der Bundeswehr im Inland, dass die Bundesbürger insbesondere Hilfs-, aber auch Schutzaufgaben, die durch die deutschen Streitkräfte übernommen werden könnten, mehrheitlich befürworten.

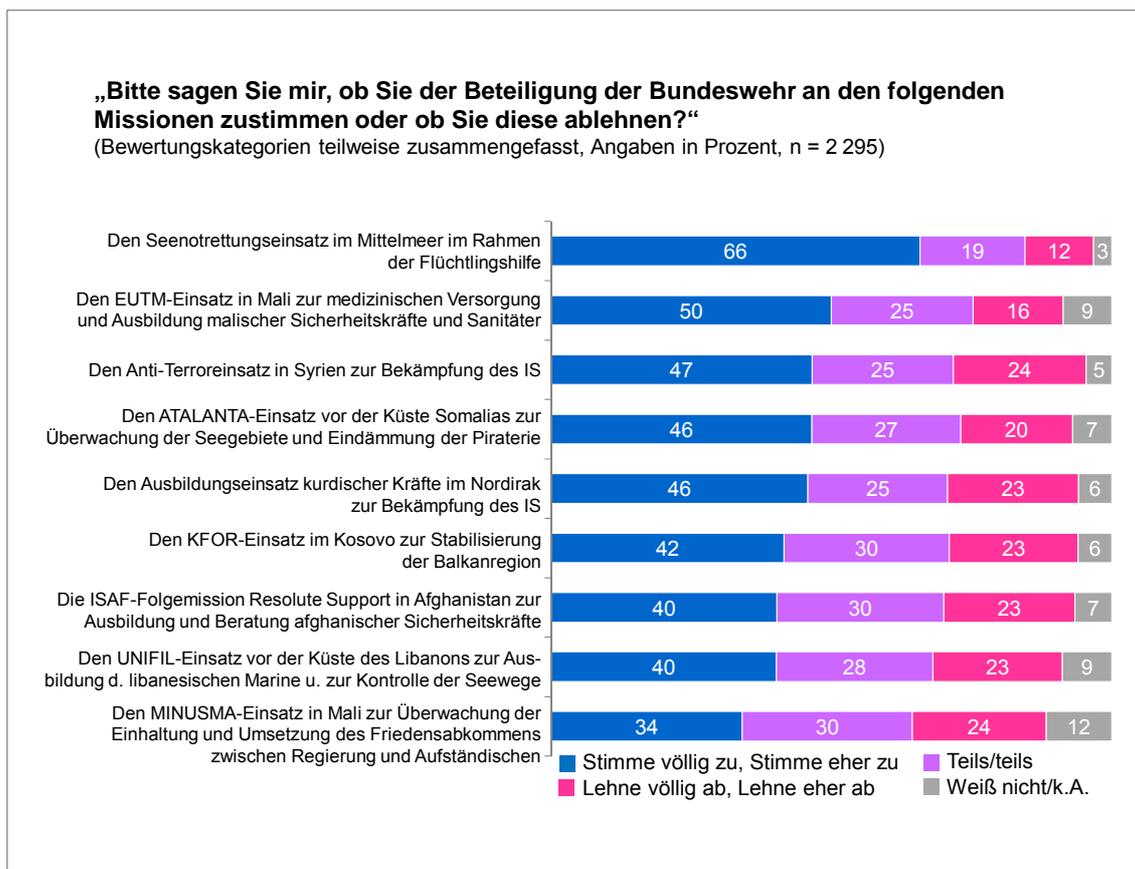
12 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Heiko Biehl

Seit Jahren zeigt sich im öffentlichen Meinungsbild eine bemerkenswerte Diskrepanz. Einerseits erfahren die Streitkräfte ein durchgehend hohes Ansehen. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen der Bundeswehr und unterstützen sie in Wort und Tat. Wie die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016 bestätigt, unterliegt dieser Zuspruch allenfalls graduellen Schwankungen und erweist sich ungeachtet aller Skandale und medialen Aufgeregtheiten als erstaunlich robust (vgl. Kapitel 5). Andererseits begegnen die Deutschen den militärischen Einsätzen bekanntermaßen mit Vorbehalten. Während humanitäre Missionen und Engagements in und um Europa noch mit einigem Zuspruch rechnen können, stoßen Engagements in geografisch weiter entfernten Gebieten auf einige Skepsis, erst recht wenn es dabei zu Kampfhandlungen und kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Dieses Muster findet sich auch in der Befragung 2016, die die Haltung der Bevölkerung zu neun verschiedenen Auslandsmissionen der Bundeswehr erhoben hat.

Wie Abbildung 12.1 verdeutlicht, erfahren die Auslandseinsätze unterschiedliche Zustimmung. Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Befragten heißt den Marineeinsatz im Mittelmeer zur Seenotrettung gut. Mehr als ein Fünftel der Befragten hat keine dezidierte Haltung („Weiß nicht/keine Angabe“ und „Teils/teils“ zusammengefasst), 12 Prozent lehnen die Mission ab. Die zweithöchste Akzeptanz erfährt mit dem EUTM-Einsatz ein Engagement, bei dem Ausbildungsaufgaben, u.a. für Sanitätssoldaten, im Vordergrund stehen. Jeder Zweite befürwortet diese Mission, ein Drittel ist unentschieden, 16 Prozent sind dagegen. Bei den restlichen sieben betrachteten Einsätzen ist die Zustimmung stets höher als die Ablehnung, aber keine dieser Missionen erfährt mehrheitlichen Zuspruch. Dem Einsatz gegen den IS in Syrien, der Anti-Piraten-Mission und der Ausbildung kurdischer Kräfte stimmt jeweils etwas weniger als die Hälfte der Befragten zu, ein Fünftel bis ein Viertel spricht sich dagegen aus. Die Einsätze in Kosovo, Afghanistan und vor der libanesischen Küste unterstützen rund 40 Prozent der Bevölkerung, jeweils ein gutes Drittel ist unentschieden und jeweils 23 Prozent sind dagegen. Am kritischsten wird das MINUSMA-Engagement in Mali bewertet. Ein gutes Drittel der Befragten heißt die Mission gut, über 40 Prozent haben eine ambivalente bzw. keine Haltung und ein knappes Viertel lehnt sie ab.

Abbildung 12.1: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

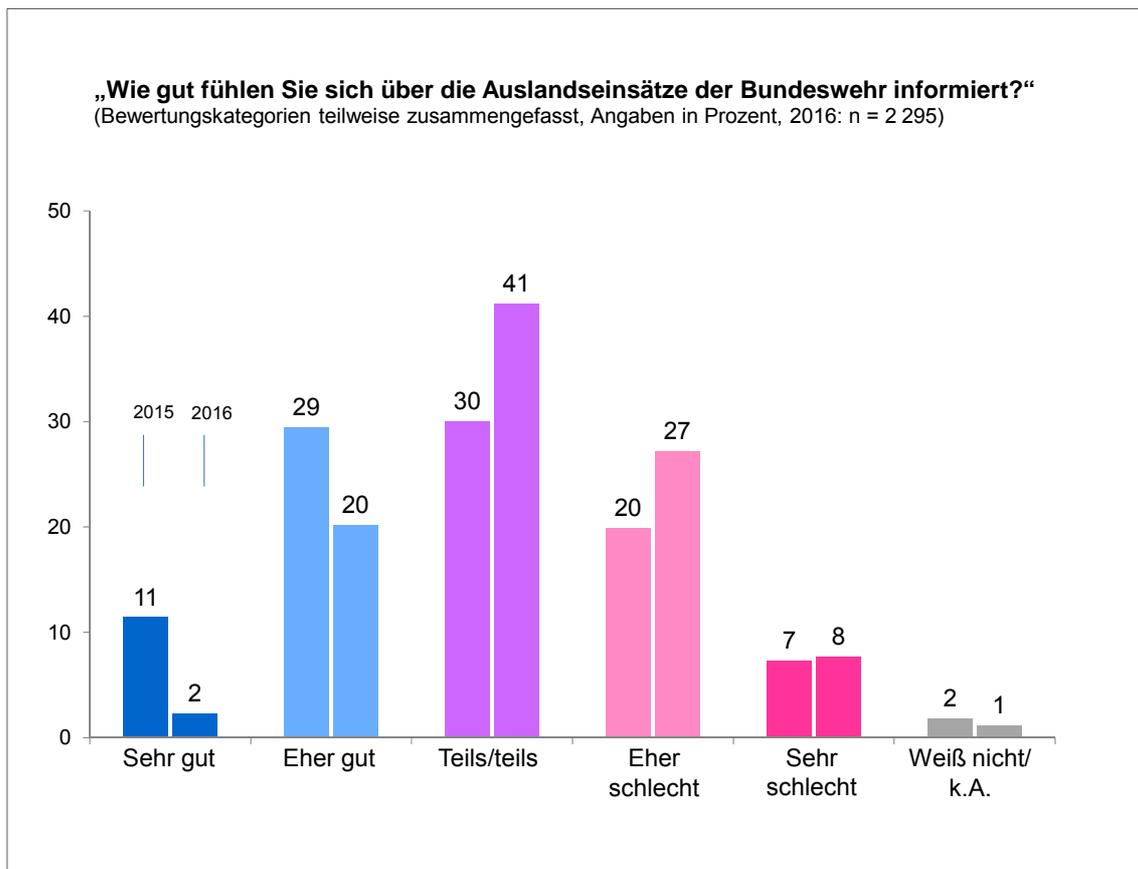


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

In der Gesamtschau zeigt sich, dass zwar für alle betrachteten Einsätze die gesellschaftliche Unterstützung größer ist als die dezidierte Ablehnung. Dennoch sind Vorbehalte gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr verbreitet. In der Forschung wird die Distanz der Deutschen zu den Engagements der Bundeswehr mit grundlegenden Vorbehalten gegen den Einsatz militärischer Gewalt erklärt (zuletzt: Mader 2017). Die Skepsis erwächst dabei zum einen aus den historischen Erfahrungen und deren soziokultureller Verarbeitung (Biehl/Giegerich/Jonas 2013). So zeichnet sich die bundesdeutsche strategische Kultur nicht nur mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch auf die politischen und selbst auf die militärischen Eliten durch eine Reserviertheit insbesondere hinsichtlich der offensiven Anwendung militärischer Mittel aus. Zwar ist gesellschaftlich akzeptiert, dass die Bundeswehr humanitäre und Verteidigungsaufgaben übernimmt. Ebenso erfahren Stabilisierungseinsätze in ruhigen Regionen mittlerweile verbreiteten Zuspruch. Wie jedoch nicht zuletzt der Kosovokrieg und das Afghanistanengagement belegt haben, gilt dies nicht für militärische Interventionen. Dabei speisen sich die Zweifel der bundesdeutschen Bevölkerung nicht alleine aus historischen Erfahrungen. Auch die laufenden Einsätze bieten aus Sicht vieler wenig Anlass, ein umfas-

senderes militärisches Engagement gutzuheißen (Fiebig 2012). Dieses Zusammenspiel von historischer Prägung und aktuellen Ereignissen erschwert der Bundeswehr und den politisch Verantwortlichen die Stärkung des gesellschaftlichen Zuspruchs für die Einsätze. Eine solche Zielsetzung erscheint aus politischen wie aus militärischen Erwägungen jedoch dringlich. Das Konzept der Inneren Führung strebt sie zudem ausdrücklich an (Bundesministerium der Verteidigung 2008).

Abbildung 12.2: Selbsteinschätzung Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr



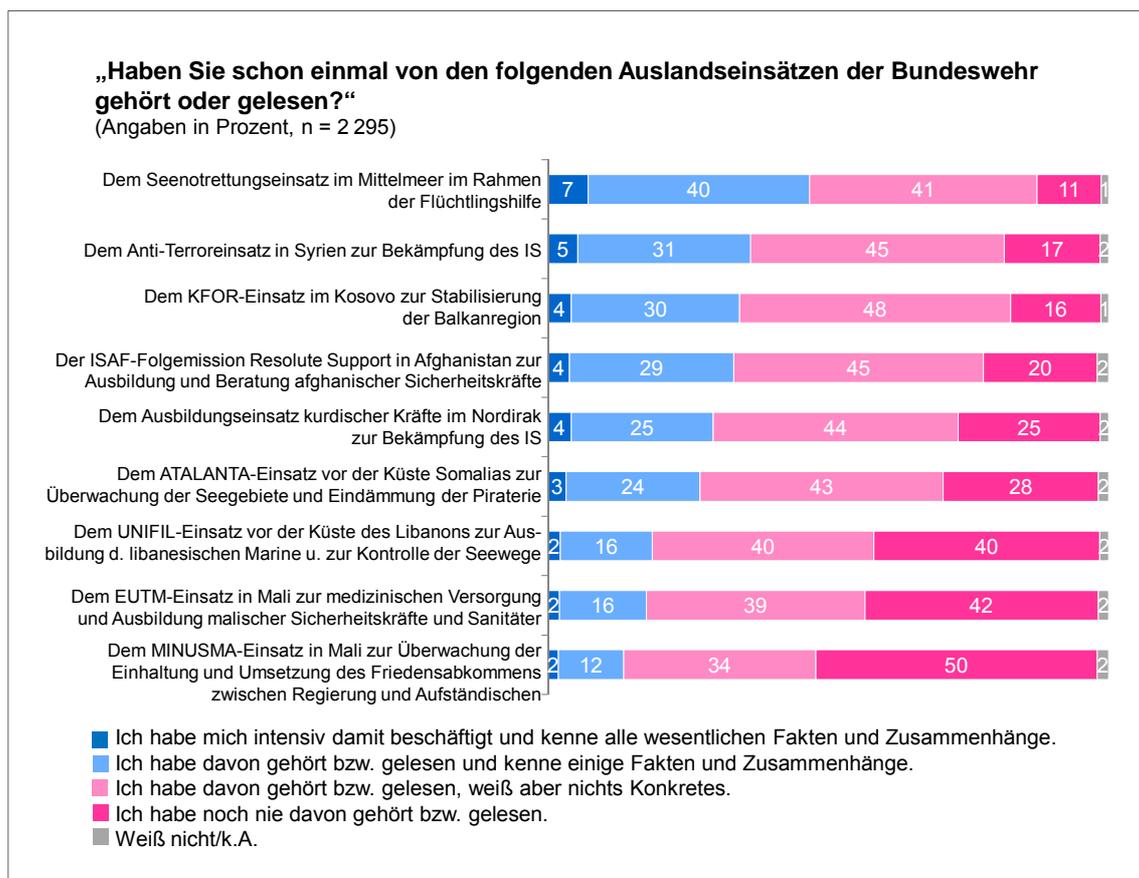
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015 und 2016.

Eine naheliegende Möglichkeit, um mehr gesellschaftlichen Zuspruch zu erfahren, wäre eine engagierte Informationspolitik zu den Einsätzen der Bundeswehr. Diese erreichen mitunter zwar mediale Resonanz. In der Wahrnehmung vieler Beteiligter ist das Medieninteresse aber vor allem dann groß, wenn „etwas passiert“, d.h. bei Anschlägen, Gefallenen, Unglücken oder Skandalen (Wanner 2015d). Einige Beobachter empfehlen daher, mit einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit und einer umfassenderen Kommunikation mehr Verständnis für die Einsätze zu wecken (Ose 2008). Entsprechende Initiativen könnten durchaus auf das Interesse der Bürgerinnen und Bürger treffen, da diese mehr-

heitlich Defizite hinsichtlich ihres Informationsstandes über die Auslandsmissionen erkennen.

Danach gefragt, wie man sich über die Einsätze insgesamt informiert fühlt, antworten nur weniger als ein Viertel mit (sehr bzw. eher) gut, 41 Prozent empfinden dies nur zum Teil und 35 Prozent der Bevölkerung schätzen den Informationsgrad als eher oder gar sehr schlecht ein (vgl. Abbildung 12.2). Im Vergleich zum Vorjahr ist ein substantieller Rückgang der wahrgenommen Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger zu verzeichnen. Dabei bleibt ungeklärt, worauf das unzureichende Informationsniveau zurückzuführen ist. Die Frageformulierung lässt offen, ob die Befragten mehr Kommunikation der Streitkräfte erwarten, mehr mediale Berichterstattung wünschen oder ihr eigenes Interesse als defizitär betrachten. Deutlich wird dennoch, dass aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger das Informationsniveau über die Einsätze ausbaufähig ist. Dieser Eindruck bestätigt sich, wenn die Kenntnisse zu den laufenden Einsätzen differenziert erfasst werden.

Abbildung 12.3: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Die meisten Bundesbürger sind – gemäß ihres eigenen Urteils – über die Einsätze allenfalls in Grundzügen informiert (vgl. Abbildung 12.3). Danach gefragt, ob sie über die Auslandsmissionen schon mal etwas gehört oder gelesen haben, zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den neun laufenden Engagements. Die meisten Kenntnisse sind über den Seenotrettungseinsatz vorhanden. Immerhin fast die Hälfte kennt zumindest einige Fakten und Zusammenhänge dieser Mission. Über die Engagements in Syrien, im Kosovo und in Afghanistan ist jeweils rund ein Drittel der Befragten im Bilde. Kaum in der öffentlichen Wahrnehmung präsent sind demgegenüber die beiden Missionen in Mali und vor der libanesischen Küste. Hiervon haben zwischen 40 und 50 Prozent der Befragten noch nie etwas gehört. Weitere 34 bis 40 Prozent wissen nichts Konkretes. Diese Befunde verdeutlichen den geringen Kenntnisstand, den die Bevölkerung über den Großteil der Bundeswehrengagements hat.

Dieser Befund wäre dann für Sicherheitspolitik und Streitkräfte problematisch, wenn mehr Information und Wissen über die Einsätze zu deren Akzeptanz beitragen. Ein solcher Zusammenhang ist durchaus vorstellbar. Ebenso plausibel ist aber auch eine umgekehrte Beziehung: Demnach wären die Einsätze nur deshalb gesellschaftlich akzeptiert (wenn auch auf niedrigem Niveau), weil die Bürgerinnen und Bürger nicht im Bilde über das Tun und Wirken ihrer Soldatinnen und Soldaten sind. Ein Mehr an Berichten und Informationen über die Einsätze könnte Teile der Bevölkerung zum kritischen Nachdenken über deren Zweckmäßigkeit und Sinnhaftigkeit anregen und zu Zustimmungseinbußen führen. In der Forschung ist noch nicht ausreichend geklärt, inwieweit aktivere Öffentlichkeitsarbeit und umfassendere Kommunikation zu einer höheren oder niedrigeren Akzeptanz der Bundeswehrengagements führen (Ose 2008; vgl. Kapitel 8). Daher wird dieser Zusammenhang im Folgenden einem empirischen Test unterzogen und geprüft, ob die Zustimmung zu den Einsätzen vom Informationsgrad der Befragten abhängig ist. In einem ersten Schritt wird die Haltung zu neun Auslandsmissionen getrennt nach dem Informationsstand der Befragten betrachtet (vgl. Tabelle 12.1).

Der Grad der Zustimmung zu den Einsätzen zwischen informierten und weniger informierten Bürgerinnen und Bürgern unterscheidet sich erheblich. Die zutage tretenden Differenzen sind substanziell und betragen bis zu 30 Prozentpunkte. Unter den Befragten, die sich einen höheren Wissensstand über die Missionen attestieren, trifft jedes Engagement auf mehrheitliche Zustimmung – zwischen 54 Prozent für Resolute Support und 76 Prozent für die Seenotrettung im Mittelmeer. Die Anteile der ablehnenden Antworten bewegen sich zumeist zwischen 10 und 15 Prozent und erreichen maximal ein Fünftel. Bei Bürgerinnen und Bürgern mit geringerem Informationsstand ist durchgängig die Zustimmung zu den Einsätzen wesentlich niedriger und sind die Anteile der Kritiker sowie derjenigen, die sich kein Urteil zutrauen, substanziell höher. Es zeigt sich

mithin ein starker Zusammenhang zwischen dem, was die Bürger über die Missionen wissen und ihrer Haltung zu ihnen.

Tabelle 12.1: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr – Bedeutung von Wissen

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Missionen zustimmen oder ob Sie diese ablehnen?“ (Angaben in Prozent)				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/ k.A.
Seenotrettungseinsatz (Mittelmeer) ***				
Wissen vorhanden ³	76	14	10	(1)
Wissen nicht vorhanden ⁴	58	23	14	4
Ausbildungsmision (Irak) ***				
Wissen vorhanden	66	19	14	(1)
Wissen nicht vorhanden	38	28	27	7
EUTM (Mali) ***				
Wissen vorhanden	71	14	14	(0)
Wissen nicht vorhanden	46	28	16	10
ATALANTA (Somalia) ***				
Wissen vorhanden	68	19	12	(1)
Wissen nicht vorhanden	39	30	23	8
Resolute Support (Afghanistan) ***				
Wissen vorhanden	54	25	20	(1)
Wissen nicht vorhanden	35	33	25	8
KFOR (Kosovo) ***				
Wissen vorhanden	57	24	19	(1)
Wissen nicht vorhanden	34	33	25	8
UNIFIL (Libanon) ***				
Wissen vorhanden	64	21	14	(1)
Wissen nicht vorhanden	35	30	25	9
Anti-IS-Einsatz (Syrien) ***				
Wissen vorhanden	67	18	15	(0)
Wissen nicht vorhanden	36	30	29	6
MINUSMA (Mali) ***				
Wissen vorhanden	59	24	16	(2)
Wissen nicht vorhanden	31	32	25	12

Anmerkungen: 1) Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden zusammengefasst; 3) Anteile „Kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ wurden zusammengefasst; 4) Anteile „Habe noch nie davon gehört oder gelesen“ und „Habe davon gehört oder gelesen, weiß aber nichts Konkretes“ wurden zusammengefasst. Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden. Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Tabelle 12.2: Determinanten der Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

	Einstellung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr					
	I	II	III	IV	V	VI
Informationsgrad über Auslandseinsätze	0,29***					0,19***
<i>Soziodemografie</i>						
Alter		0,02				-0,07**
Frauen		-0,10***				-0,02
Niedrige Bildung		-0,03				-0,01
Hohe Bildung		-0,01				-0,00
Haushaltsnettoeinkommen (bis 2 000 Euro)		-0,04				-0,01
Haushaltsnettoeinkommen (3 001 Euro und mehr)		-0,03				-0,04
Ostdeutschland		-0,07**				0,03
Migrationshintergrund		0,09***				0,04*
<i>Politische Einstellungen</i>						
Wahlabsicht Bündnis90/Die Grünen			-0,04			0,01
Wahlabsicht Die Linke			-0,15***			-0,06**
Wahlabsicht FDP			-0,00			0,00
Wahlabsicht AfD			-0,19***			-0,11***
Keine Parteipräferenz/Nichtwähler			-0,25***			-0,12***
<i>Kontakte und Erfahrungen</i>						
Wahrnehmung im Alltag				0,10***		0,04
Wahrnehmung in den Medien				0,16***		0,04
Bin/war Soldat				0,08**		-0,02
Verwandter/Bekannter ist/war Soldat				0,02		-0,04
<i>Sicherheitspolitische Grundhaltungen</i>						
Militarismus					0,07**	0,02
Internationalismus					0,25***	0,23***
Multilateralismus					0,25***	0,24***
Atlantizismus					0,06**	0,06**
Haltung zur Bundeswehr					0,25***	0,24***
Korrigiertes R ²	0,08	0,02	0,09	0,05	0,33	0,41
n	1537	1878	1613	1864	1802	1244

Anmerkungen: Multiple Regressionen, standardisierte Regressionskoeffizienten (Beta). Abhängige Variable sind Faktorwerte (Regressionswerte) mit den Variablen Einstellung, Ansehen und Vertrauen zur Bundeswehr (s. Text). Folgende erklärende Variablen der Regressionsanalyse haben einen Wertebereich von [0;1]: Frauen, niedrige Bildung, hohe Bildung, Haushaltsnettoeinkommen (bis 2 000 Euro), Haushaltsnettoeinkommen (3 001 Euro und mehr), Ostdeutschland, Migrationshintergrund, Wahlabsicht Bündnis90/Die Grünen, Die Linke, FDP, AfD, Keine Präferenz/Nichtwähler, bin/war Soldat, Verwandter/Bekannter ist/war Soldat. Alter [in Jahren]. Wahrnehmung im Alltag und Wahrnehmung in den Medien als Faktorwerte (Varimax-rotiert, Regressionswerte). Signifikanzniveau: *** p < .001; ** p < .01; * p < .05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ .05).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016.

Ein Einwand gegen die Relevanz dieses Befunds könnte lauten, dass der subjektive Informationsgrad kein geeigneter Prädiktor der Einstellung zu den Einsätzen ist, da sich im Sinne eines sicherheitspolitischen Themenpublikums diejenigen eher über die Auslandsengagements informiert halten, die diesen und den Streitkräften ohnehin wohlwollender begegnen. Demnach würden sich nur die Befürworter der Bundeswehr und ihrer Einsätze für deren Missionen interessieren, weshalb eine umfassendere Information kei-

nen Einfluss auf diejenigen haben sollte, die den Streitkräften und ihren Einsätzen ohnehin kritisch gegenüberstehen. Der in der Tabelle 12.2 ausgewiesene Zusammenhang sollte demnach verschwinden, wenn man ihn auf die Haltung zu den Streitkräften und weitere wesentliche (sicherheits-)politische Orientierungen kontrolliert. Im Folgenden wird geprüft, inwiefern diese Vermutung zutrifft und der Wissensstand über die Einsätze einen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zu ihnen ausübt. Dazu werden Regressionsanalysen berechnet, in die die Haltung zu den Einsätzen als abhängige Variable eingeht. Wie eine Faktorenanalyse zeigt, weist die Einstellung zu den Auslandseinsatzengagements der Bundeswehr eine einfaktorielle Struktur (Eigenwert= 5,0; erklärte Varianz= 56 Prozent; tabellarisch nicht dargestellt) auf. Als Erklärungsgröße wird im ersten Schritt alleine das Informationsniveau über die Einsätze herangezogen. Dieses besitzt wiederum eine einfaktorielle Struktur (Eigenwert= 4,6; erklärte Varianz= 51 Prozent; tabellarisch nicht dargestellt). In weiteren Schritten werden soziale Merkmale, politische Orientierungen, Erfahrungen bzw. Kontakte mit den Streitkräften sowie sicherheitspolitische Grundhaltungen getrennt berücksichtigt. Damit ist es möglich, den Effekt der jeweiligen Indikatoren auf die Haltung zu den Einsätzen separat zu schätzen (Biehl 2012; Fiebig 2012; Mader 2017). Anschließend wird umfassend getestet, inwieweit sich diese wechselseitig überlagern bzw. aufheben und ob das Informationsniveau einen eigenständigen Einfluss auf die Haltung zu den Einsätzen ausübt, wenn alle anderen relevanten Größen betrachtet werden (vgl. Tabelle 12.2).

Der Informationsgrad übt, wie die bivariate Betrachtung (Tabelle 12.2) bereits gezeigt hat, einen wesentlichen Einfluss auf die Haltung zu den Einsätzen aus. Alleine mit dem Informationsniveau der Befragten lassen sich 8 Prozent der Varianz der Haltung zu den Auslandsmissionen erklären (Tabelle 12.2, Modell I). Damit weist der Informationsgrad eine höhere Erklärungskraft als die sozialstrukturelle Position und als militärische Erfahrungen und Kontakte der Befragten auf (Tabelle 12.2, Modelle II und IV). Die (parti-)politischen Positionen tragen in etwa gleich viel, die sicherheitspolitischen Grundhaltungen entscheidend mehr zur Erklärung der Zustimmung zu den Einsätzen bei (Tabelle 12.2, Modelle III und V). Wie die separate Betrachtung nach sozialstrukturellen Merkmalen zeigt, ist die Akzeptanz von internationalen Engagements der Bundeswehr unabhängig von Alter, Bildung und Einkommen. Differenzen zeigen sich dahingehend, dass Frauen und Ostdeutsche den Missionen ablehnender, Personen mit Migrationshintergrund – auch unter Kontrolle anderer sozialer Merkmale – diesen unterstützender gegenüberstehen (Tabelle 12.2, Modell II). Ebenso schlägt sich die parteipolitische Orientierung auf die Haltung zu den Auslandsmissionen nieder (Tabelle 12.2, Modell III). Eine Wahlabsicht für die Regierungsparteien (CDU, CSU, SPD) dient als Referenzkategorie. Wie es den Positionen der Parteien entspricht, stehen die Anhänger der Linken und

der AfD den Einsätzen kritischer gegenüber. Für die Wähler der FDP und der Grünen zeigen sich keine Effekte. Der stärkste Einfluss liegt bei Befragten ohne dezidierte Wahlabsicht vor, die Einsätzen deutlich kritischer gegenüberstehen.

Wie Modell IV in Tabelle 12.2 nachweist, spielt die Wahrnehmung der Bundeswehr eine Rolle für die Positionierung der Befragten zu den Einsätzen. Wer den Streitkräften in den Medien und im Alltag häufiger begegnet, unterstützt eher deren Auslandsmissionen. Dies kann als weiterer empirischer Hinweis dafür gelten, dass eine stärkere Information und Kommunikation zur Akzeptanz der Einsätze beitragen. Bemerkenswert ist, dass der Einfluss eigener Erfahrungen in und mit der Bundeswehr geringer ausfällt als der von alltäglichen Begegnungen und medialer Berichterstattung. Zwar heißen (ehemalige und aktive) Soldatinnen und Soldaten den Einsatz eher gut. Die Tatsache, ob jemand Verwandte und enge Bekannte hat, die Soldat sind bzw. waren, schlägt sich hingegen nicht in der Haltung zu Auslandsmissionen nieder. Den stärksten Einfluss nehmen – wie theoretisch zu erwarten und wie in der Forschung bekannt (z.B. Mader 2017) – die sicherheitspolitischen Grundhaltungen ein (Tabelle 12.2, Modell V). Jemand, der den Streitkräften positiv gegenübersteht, sich für internationales Engagement und multilaterales Agieren ausspricht, steht den Bundeswehrengagements entschieden positiver gegenüber. Daneben üben transatlantische und militaristische Haltungen, d.h. eine pro-amerikanische Einstellung und die Überzeugung, dass internationale Konflikte zuweilen nur mit militärischer Gewalt zu lösen sind, einen Einfluss aus. Dieser ist – etwas überraschend und im Kontrast zu anderen Studien (Biehl 2012; Mader 2017) – jedoch geringer als der von multilateralen und internationalistischen Orientierungen. Modell VI in Tabelle 12.2 fasst alle bislang betrachteten Indikatoren zusammen und kontrolliert wechselseitige Zusammenhänge. Im Ergebnis zeigen sich eine sehr gute Erklärungskraft ($R^2 = 0,41$) sowie gewisse Veränderungen hinsichtlich der Relevanz einzelner Größen. Von den sozialstrukturellen Merkmalen weisen alleine das Alter und der Migrationshintergrund einen selbständigen Effekt auf. Die (partei-)politischen Einflüsse bleiben auf niedrigerem Niveau erhalten. Erfahrungen und Kontakte mit den Streitkräften üben keinen eigenständigen Effekt auf die Haltung zu den Einsätzen aus und die politischen Grundorientierungen behalten (abgesehen vom Militarismus) ihre hohe Relevanz. Hinsichtlich der aufgeworfenen Frage nach den Möglichkeiten einer aktiveren Informationspolitik ist jedoch entscheidend, dass der Informationsgrad einen eigenständigen Einfluss auf die Position zu den Einsätzen aufweist. Selbst wenn man ein umfassendes Set von bekanntermaßen bedeutsamen und einflussstarken Indikatoren zugleich betrachtet, stehen informierte Befragte den Einsätzen positiver gegenüber als weniger Informierte. Anders formuliert: Wer über die Einsätze mehr Fakten und Zusammenhänge kennt, der unterstützt diese nachdrücklicher und zwar ungeachtet seiner sozialen Position und

Merkmale, seiner (partei-)politischen Präferenzen, seiner Erfahrungen in und mit der Bundeswehr und selbst unabhängig von seinen grundlegenden sicherheitspolitischen Orientierungen.

Dieser Befund unterstreicht die Relevanz von Information und Kommunikation zu den Einsätzen für deren Akzeptanz. Ist es gewollt, dass die Engagements der Bundeswehr auf breiten gesellschaftlichen Zuspruch treffen, dann sollte über diese stärker und besser informiert werden. Selbst wenn der ein oder andere Bericht kritische Aspekte der Missionen aufgreift und der ein oder andere Kontakt nicht so verläuft, wie sich das die politisch und militärisch Verantwortlichen wünschen. Die hier präsentierten Befunde legen eine ausgreifende, aktive und engagierte Öffentlichkeitsarbeit zu den Einsätzen nahe – frei nach dem Motto: Auch ein kritischer Bericht über die Missionen ist besser als keiner. In diesem Sinne ist der Bundeswehr angeraten, die Realität der Einsätze authentisch und transparent in die Gesellschaft zu kommunizieren.

Literaturverzeichnis

- Armborst, Andreas (2014): Sicherheitsforschung. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): Sicherheiten und Unsicherheiten. Münster: Lit Verlag, 31-52.
- Arson, Elliot/Wilson, Timothy D./Akert, Robin M. (2008): Sozialpsychologie. 6., akt. Aufl. München: Pearson.
- Asmus, Ronald D./Everts, Philip P./Isernia, Pierangelo (2005): The Transatlantic Gap in Public Opinion. In: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 397-424.
- Aust, Stefan/Mülherr, Silke/Schiltz, Christoph B. (2016): Bundeswehr soll Terrorabwehr im Inland mit Polizei üben (12.06.2016). <<http://www.welt.de/politik/ausland/article156147097/Bundeswehr-soll-Terrorabwehr-im-Inland-mit-Polizei-ueben.html>> [20.06.2016].
- Bathelt, Severin/Jedinger, Alexander/Maier, Jürgen (2016): Politische Kenntnisse in Deutschland: Entwicklung und Determinanten, 1949–2009. In: Roßteutscher, Sigrid/Faas, Thorsten/Rosar, Ulrich (Hg.): Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 181-207.
- Biehl, Heiko (2012): United We Stand, Divided We Fall? Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz. In: Langer, Phil C./Pietsch, Carsten/Seiffert, Anja (Hg.): Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 169-186.
- Biehl, Heiko (2016): Die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr. In: Biehl, Heiko et al.: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2015. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 29-40.
- Biehl, Heiko/Fiebig, Rüdiger (2011): Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsempfinden. In: Biehl, Heiko/Fiebig, Rüdiger/Giegerich, Bastian/Jacobs, Jörg/Jonas, Alexandra: Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 95-107.
- Biehl, Heiko/Giegerich, Bastian/Jonas, Alexandra (Hg.) (2013): Strategic Cultures in Europe. Security and Defence Policies Across the Continent. Wiesbaden: VS Springer.
- Biehl Heiko/Keller, Jörg (2016): Ein anderer Blick auf den Einsatz. Die Forschung des SOWI zu Auslandseinsätzen. In: Dörfler-Dierken, Angelika/Kümmel, Gerhard (Hg.): Am Puls der Bundeswehr. Militärsoziologie in Deutschland zwischen Wissenschaft, Politik, Bundeswehr und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, 189-205.
- Biehl, Heiko/Schoen, Harald (2015): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: Springer VS.

- Delli Carpini, Michael X./Keeter, Scott (1996): *What Americans Know About Politics and Why It Matters*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Diekmann, Andreas (2013): *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 7. Aufl. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Die Welt Online (2013): *Diesen Institutionen vertrauen die Deutschen* (06.02.2013). <<https://www.welt.de/wirtschaft/article113432065/Diesen-Institutionen-vertrauen-die-Deutschen.html>> [06.12.2016].
- Ehrenstein, Claudia/Sturm, Daniel F./Jungholt, Thorsten (2016): *Von der Leyens Pläne sind bewusste Provokation* (12.04.2016). <<http://www.welt.de/politik/deutschland/article154286806/Von-der-Leyens-Plaene-sind-bewusste-Provokation.html>> [20.06.2016].
- Eisenman, David P./Glik, Deborah/Ong, Michael/Zhou, Qiong/Tseng, Chi-Hong/Long, Anna/Fielding, Jonathan/Asch, Steven (2009): *Terrorism-Related Fear and Avoidance Behavior in a Multiethnic Urban Population*. In: *American Journal of Public Health* 99: 1, 168-74.
- Fantapié Altobelli, Claudia/Hensel, David/Langhinrichs, Birthe/Mühlbach, Cordelia/Znanewitz, Judith (2015): *Trendforschung zur Optimierung und Sicherstellung der externen Personalbedarfsdeckung der Bundeswehr*. 1. Zwischenbericht: Ergebnisse der Referenzstudie. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität.
- Feaver, Peter D./Kohn, Richard H. (Hg.) (2001): *Soldiers and Civilians. The Civil-Military Gap and American National Security*. Cambridge: MIT Press.
- Fiebig, Rüdiger (2009): *Bedrohungswahrnehmungen und Sicherheitsempfinden*. In: Thomas Bulmahn et al.: *Sicherheits- und Verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland*. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2008 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 119-133.
- Fiebig, Rüdiger (2012): *Die Deutschen und ihr Einsatz*. Einstellungen der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz. In: Langer, Phil C./Pietsch, Carsten/Seiffert, Anja (Hg.): *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187-204.
- Fiebig, Rüdiger/Pietsch, Carsten (2009): *Die Deutschen und ihre Streitkräfte*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48, 36-41.
- Franke, Jürgen (2012): *Wie integriert ist die Bundeswehr? Eine Untersuchung zur Integrationssituation der Bundeswehr als Verteidigungs- und Einsatzarmee*. Baden-Baden: Nomos.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2015): *Verteidigungsetat wächst um 1,2 Milliarden Euro* (17.03.2015). <<http://www.faz.net/aktuell/politik/bundeswehr-etat-waechst-schon-2016-um-1-2-milliarden-euro-13488303.html>> [24.10.2016].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2016): *Von der Leyen will Bundeswehr mit 130 Milliarden Euro sanieren* (26.01.2016). <<http://www.faz.net/aktuell/politik/verteidigung-von-der-leyen-will-bundeswehr-mit-130-milliarden-euro-sanieren-14035401.html>> [09.11.2016].
- Frevel, Bernhard (2016): *Sicherheit. Ein (un)stillbares Grundbedürfnis*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Gigerenzer, Gerd (2013): *Risiko. Wie man die richtigen Entscheidungen trifft*. München: Bertelsmann Verlag.
- Goodwin, Robin/Willson, Michelle/Stanley, Gaines (2005): *Terror Threat Perception and Its Consequences in Contemporary Britain*. In: *British Journal of Psychology* 96: 4, 389-406.
- Guasti, Petra/Mansfeldova, Zdenka (2013): *Perception of Terrorism and Security and the Role of Media*. Conference Paper for the 7th ECPR General Conference. France, Bordeaux 2013. <http://www.seconomicsproject.eu/sites/default/files/content-files/downloads/Bordeaux_seconomics_PG_ZM_2.pdf> [24.10.2016].
- Gusy, Christoph (2010): *Sicherheitskultur – Sicherheitspolitik – Sicherheitsrecht*. In: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 93, 111-128.
- Harber, Kent D./Yeung, Douglas/Iacovelli, Anthony (2011): *Psychosocial Resources, Threat, and the Perception of Distance and Height: Support for the Resources and Perception Model*. In: *Emotion* 11: 5, 1080–1090.
- Haverkamp, Rita (2014): *Grundzüge eines Sicherheitsbarometers in Deutschland*. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): *Sicherheiten und Unsicherheiten*. Münster: Lit Verlag, 15-30.
- Hill, Andrew A./Wong, Leonhard/Gerras, Stephen J. (2013): „Self-Interest Well Understood“: The Origins and Lessons of Public Confidence in the Military. In: *Daedalus. The Journal of the American Academy of Art & Sciences* 142: 2, 49-64.
- Höfig, Chariklia (2015): *Meinung oder Methodenartefakt? Zum Einfluss der Antwortskalierung bei der Messung sicherheitspolitischer Einstellungen*. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde*. Wiesbaden: Springer VS, 323-348.
- Holst, Christian (1998): *Sicherheit und Bedrohung. Determinanten subjektiver Sicherheit in der Bundesrepublik zu Beginn der neunziger Jahre*. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Holsti, Ole R. (1998/99): *A Widening Gap Between the Military and Civilian Society? Some Evidence 1976–1996*. In: *International Security* 23: 3, 5-42.
- Huddy, Leonie/Feldman, Stanley/Capelos, Theresa/Provost, Colin (2002): *The Consequences of Terrorism: Disentangling the Effects of Personal and National Threat*. In: *Political Psychology*, 23: 3, 485-509.
- Huddy, Leonie/Feldman, Stanley/Weber, Christopher (2007): *The Political Consequences of Perceived Threat and Felt Insecurity*. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 614, 131-153.
- Hummelsheim, Dina/Oberwittler, Dietrich (2014): *Unsicherheitsgefühle und ihr Einfluss auf die Lebenszufriedenheit in Deutschland*. In: Hoch, Hans/Zoche, Peter (Hg.): *Sicherheiten und Unsicherheiten*. Münster: Lit Verlag, 53-74.
- Hurwitz, Jonathon M./Peffley, Mark A. (1987): *How Are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model*. In: *American Political Science Review* 81: 1099-1119.
- Hurwitz, Jonathon/Peffley, Mark A./Seligson, Mitchell A. (1993): *Foreign Policy Belief Systems in Comparative Perspective: The United States and Costa Rica*. In: *International Studies Quarterly* 37: 245-270.

- Infratest dimap (2016): ARD-DeutschlandTREND Januar 2016. Eine Studie im Auftrag der tagessthemen. <<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-469.pdf>> [06.12.2016].
- Jacobs, Jörg (2008): Militärkritisch oder militärraffin? Grundhaltungen der Bevölkerung ausgewählter europäischer Staaten. In: Dörfler-Dierken, Angelika/Portugal, Gerd (Hg.): Friedensethik und Sicherheitspolitik. Wiesbaden: VS-Verlag, 201-218.
- Knelangen, Wilhelm (2006): Innere Sicherheit als neue Aufgabe für die Bundeswehr? In: Krause, Joachim/Irlenkäuser, Jan C. (Hg.), Bundeswehr – Die nächsten 50 Jahre: Anforderungen an deutsche Streitkräfte im 21. Jahrhundert. Opladen: Barbara Budrich, 253-273.
- Köhler, Horst (2005): Einsatz für Freiheit und Sicherheit. Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005 in Bonn. Berlin: Bundespräsidialamt.
- Krasmann, Susanne/Kreissl, Reinhard/Kühne, Sylvia/Paul, Bettina/Schlepper, Christina (2014): Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit. Zur medialen Vermittlung und Wahrnehmung der Terrorismusbekämpfung. Berlin: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.
- Mader, Matthias (2015): Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Wiesbaden: Springer VS, 69-96.
- Mader, Matthias (2017): Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung. Wiesbaden: Springer VS.
- Maier, Jürgen (2009): Was die Bürger über Politik (nicht) wissen – und was die Massenmedien damit zu tun haben – ein Forschungsüberblick. In: PVS (Politische Vierteljahresschrift) Sonderheft 42, 393-414.
- Maslow, Abraham (1943): A Theory of Human Motivation. In: Psychological Review 50, 370-396.
- Meier, Ernst-Christoph/Nelte, Klaus-Michael/Huhn, Walter (Hg.) (2008): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik. Deutschland in einem veränderten internationalen Umfeld. 7., vollst. überarb. Aufl. Hamburg/Berlin/Bonn: Mittler.
- Mondak, Jeffery J. (1999): Reconsidering the Measurement of Political Knowledge. In: Political Analysis 8: 57-82.
- Mondak, Jeffery J. (2001): Developing Valid Knowledge Scales. In: American Journal of Political Science 45: 224-238.
- Nellis, Ashley M. (2009): Gender Differences in Fear of Terrorism. In: Journal of Contemporary Criminal Justice 25: 3, 322–340.
- Noll, Heinz-Herbert (1994): Zustand der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt Wohlbefinden der Bürger: Befunde zur subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 12, 5-8.
- Ose, Dieter (Hg.) (2008): Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel. Baden-Baden: Nomos.
- Peffley, Mark A./Hurwitz, Jonathon M. (1993): Models of Attitude Constraint in Foreign Affairs. In: Political Behavior 15, 61-90.

- Persky, Joseph (1990): Retrospectives: Ceteris Paribus. In: *Journal of Economic Perspectives* 4: 2, 187-193.
- Pfaffenzeller, Stephan (2010): Conscription and Democracy. The Mythology of Civil-Military Relations. In: *Armed Forces & Society* 36: 3, 481-504.
- Pöttschke, Jana (2016): Die Wahrnehmung terroristischer Bedrohungen. Determinanten und Konsequenzen in den USA und in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Unveröffentlichte Dissertation. Universität Mannheim.
- Rahbek-Clemmensen, Jon/Archer, Emerald M./Barr, John/Belkin, Aaron/Guerrero, Mario/Hall, Cameron/Swain, Katie E. O. (2012): Conceptualizing the Civil-Military Gap: A Research Note. In: *Armed Forces and Society* 38: 4, 669-678.
- Rattinger, Hans/Schoen, Harald/Endres, Fabian/Jungkunz, Sebastian/Mader, Matthias/Pöttschke, Jana (2016): Old Friends in Troubled Waters: Policy Principles, Elites, and U.S.-German Relations at the Citizen Level After the Cold War. Baden-Baden: Nomos.
- Reichelt, Julian/Meyer, Jan (2010): Ruhet in Frieden, Soldaten! Wie Politik und Bundeswehr die Wahrheit über Afghanistan vertuschten. Köln: Fackelträger Verlag.
- Richter, Gregor (2016): Wie attraktiv ist die Bundeswehr als Arbeitgeber? Ergebnisse der Personalbefragung 2016. Forschungsbericht 113. Potsdam: ZMSBw.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung. 7., völlig überarb. u. erw. Aufl. München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Sjöberg, Lennart (2000): Factors in Risk Perception. In: *Risk Analysis* 20: 1, 1-11.
- Skitka, Linda J./Bauman, Christopher W./Aramovich, Nicholas P./Morgan, G. Scott (2006): Confrontational and Preventative Policy Responses to Terrorism: Anger Wants a Fight and Fear Wants 'Them' to Go Away. In: *Basic and Applied Social Psychology* 28: 4, 375-384.
- Stein, Petra (2014): Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 135-151.
- Steinbrecher, Markus (2015): Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. In: Biehl, Heiko et al.: *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2015*. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 47-55.
- Steinbrecher, Markus/Huber, Sandra/Rattinger, Hans (2007): Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979. Baden-Baden: Nomos.
- Vetter, Angelika (1997): Political Efficacy – Reliabilität und Validität. Alte und neue Meßmodelle im Vergleich. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- von Bredow, Winfried (2015): Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär. Deutschland seit der Vereinigung. Wiesbaden: Springer VS.
- Wagner, Corina/Pöttschke, Jana/Rattinger, Hans (2015): Eine Bedrohung für die Partnerschaft? Bedrohungswahrnehmungen und Länderimages im deutsch-amerikanischen Verhältnis. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger*. Wiesbaden: Springer VS, 263-291.

- Wanner, Meike (2015a): Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zur Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. In: Biehl, Heiko et al.: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2014. Forschungsbericht 111. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 42-49.
- Wanner, Meike (2015b): Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In: Biehl, Heiko et al.: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2015. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 80-88.
- Wanner, Meike (2015c): Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zur Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. In: Biehl, Heiko et al.: Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2015. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 71-76.
- Wanner, Meike (2015d): Die mediale Darstellung der Bundeswehr. Analyse von Einflüssen auf die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung der Streitkräfte. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hg.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden: VS Springer, 179-205.
- Wanner, Meike/Biehl, Heiko (2014): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2013. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.
- Westle, Bettina (2011): Politisches Wissen in Deutschland. Ein Vergleich von Bürgern mit türkischem Migrationshintergrund und einheimischen Deutschen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42, 835-850.
- Westle, Bettina/Rütter, Astrid/Begemann, Christian (2016): Effekte politischen Wissens im Rahmen des sozialpsychologischen Modells zur Erklärung des Wählerverhaltens. In: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hg.): Wahlen und Wähler, Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS, 351-370.
- Wilcox, Pamela/Ozer, Murat M./Gunbeyi, Murat/Gundogdu, Tarkan: (2009): Gender and Fear of Terrorism in Turkey. In: Journal of Contemporary Criminal Justice 25: 3, 341-357.
- Windzio, Michael/Simonson, Julia/Pfeiffer, Christian/Kleimann, Matthias (2007): Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung. Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Zaller, John R. (1992): The Nature and Origins of Mass Opinion. Cambridge et al.: Cambridge University Press.

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) ist aus dem ehemaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) am Standort Potsdam und dem ehemaligen Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) mit Sitz in Strausberg hervorgegangen. Damit ist aus zwei renommierten Wissenschaftseinrichtungen mit langjähriger Tradition ein neues wissenschaftliches Zentrum in Potsdam entstanden. Das ZMSBw betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zu den Autoren:

Dr. Markus Steinbrecher, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Dr. Heiko Biehl, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Chariklia Höfig, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Meike Wanner, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.